dezember

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 28.11.74/Nr.3

3,00 DM

Waffenbrüder Strauß / Mao:

Allianz gegen den Fortschritt

Walter Jens: Jagd auf Demokraten

Schweiz sfr 3,80
Holland hfl 3,80
Österreich S 25,–

Konkret 12/74, S. 24

Bodo Zeuner

Das Geschwätz des Jahres

Über den »Gewerkschaftsstaat«

Die Propagandisten der Unternehmer unternehmen zur Zeit ein waghalsiges Experiment: Sie versuchen den westdeutschen Lohnabhängigen eine Vorstellung aufzuschwatzen, deren Schwachsinnigkeit sich für jeden täglich an seiner Lohntüte und an seinem Arbeitsplatz -wenn er noch einen hat - offenbart: Das Märchen von der »Übermacht der Gewerkschaften« und vom »Gewerkschaftsstaat«.

Kaum ein wirtschafts- oder gesellschaftspolitischer Leitartikel in der westdeutschen Unternehmerpresse - und das ist, da von Unternehmern beherrscht, fast die ganze Presse -, in dem nicht das Horrorbild eines die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft kontrollierenden Gewerkschaftsmolochs beschrieben wird. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände baute in ihrer gesellschaftspolitischen Grundsatzerklärung vom August dieses Jahres die Gewerkschaften mit ihrem »Machtanspruch« und ihren »syndikalistischen Ambitionen« zum Hauptfeind einer »freien und marktwirtschaftlichen Ordnung« auf, und einige Kapitalisten und Kapital-Apologeten malen das Schreckgespenst in ganzen Büchern aus. Zwei Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wohin die ganze Richtung läuft:

Beispiel I: Jürgen Eick, Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hat unter dem Titel »Wie man eine Volkswirtschaft ruinieren kann« ein Buch geschrieben, das in den Direktionsetagen der Unternehmen herumgereicht wird. Unter dem anmaßenden Anspruch, ein »Manual wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischer Kardinaluntugenden« zu liefern, hat er so etwas wie ein Lexikon reaktionärer Redensarten und Wehklagen produziert (»Alle in einer Firma, egal, welche Tätigkeit sie ausüben, sitzen in einem Boot«, »Es gibt in der Bundesrepublik keine Unternehmerfreiheit (i) mehr«, »ein Maximum an Demokratie stellt nicht zugleich auch ein Optimum dar« etc.) und dabei den Gewerkschaften einen bevorzugten Platz eingeräumt. Nach Eick ist es »ein Irrtum zu glauben, daß eine Demokratie mit Parlament, Regierung und Parteien noch möglich wäre, wenn die Macht der Gewerkschaft in Übermacht umschlägt«. Schon jetzt hätten die Gewerkschaften »in unserem Land eine Macht wie nie zuvor.«

Und worin besteht diese Macht? Zum einen in »ihren ureigentlichen Funktionen als Tarifpartner«, zum anderen »erteilen sie sich unentwegt in allen Fragen der Wirtschaft und der Politik, die für die Nation als Ganzes von Bedeutung sind, das Wort.« Dies sind die einzigen Begründungen für die These von der noch nie dagewesenen Macht der Gewerkschaften. Als Tarifpartner nämlich seien die Gewerkschaften dabei, voller »Unvernunft« zu fordern, »was absolut nicht drin« ist - Paradebeispiel ist 'der ÖTV-Streik vom Februar, .den Eick sich nur aus dem »Machtanspruch eines Mannes«, des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker, erklären kann. Als Politischer Anwalt von Arbeitnehmerinteressen spielten die Gewerkschaften sich zu Unrecht auf, weil nur ein Teil der Arbeitnehmer Gewerkschaftsmitglied sei, und dieser illegitime Machtanspruch sei besonders gefährlich, weil sich unter den 518 Mitgliedern des Bundestages »250 Gewerkschafter« befänden.

Am meisten erregt den FAZ-Herausgeber aber die Vorstellung, daß »zu alledem die sogenannte paritätische Mitbestimmung hinzukommt«: »Das wäre ein Paradies für Gewerkschaftsfunktionäre. Nun hätten sie alle Unternehmen an der Strippe und könnten von den Gewerkschaftszentralen aus die Wirtschaft lenken, nach ihrem Sinne.«

Welche Klein-Fritzchen-Vorstellung der FAZ-Denker Eick übrigens von der gegen die Gewerkschaften zu verteidigenden parlamentarischen Demokratie verbreitet, zeigt der Satz: »Wenn die Politik der Bundesregierung dem überwiegenden Teil der Bevölkerung mißfällt, so kann sie den Kanzler und seine Minister abwählen«. Dieselben Leute pflegen sonst das imperative Mandat als Anschlag auf die Grundfesten unserer »Freiheitlich-demokratischen Grundordnung« zu brandmarken. Aber wenn es um den »Gewerkschaftsstaat« geht, ist ihnen nichts zu dumm.

Dies gilt auch für das zweite Beispiel, den Hamburger Großverleger Gerd Bucerius (»Die Zeit«, Teilhaber bei Bertelsmann und Holtzbrink). In seiner larmoyanten Rechtfertigungsschrift »Der angeklagte Verleger« klingt alles ein bißchen feuilletonistischer, manches entspringt sicherlich echter Naivität. Für Bucerius, der im Unternehmer das »anfeuernde« Moment einer »offenen Gesellschaft« sieht, sind die Gewerkschaften schon heute der eigentliche Souverän: »Es gibt hierzulande keine Macht mehr außer der ihren.« Daß Heinz Oskar Vetter mit gewerkschaftlichen Aktionen zur Durchsetzung der Mitbestimmung gedroht hat, führt Bucerius zu der Frage: »Welche andere Organisation in der BRD hätte die Kraft für eine solche Drohung Die Unternehmer selbst würden Hans-Günther Sohl auslachen, wenn er zu einem

Boykott der Wirtschaft durch die Unternehmer auffordern würde. Vierundzwanzig Stunden nach Sohls Drohung hätte der Staat die großen Unternehmen sequestiert - er würde es tun müssen, weil sich die Gesellschaft von niemandem unter Druck setzen lassen darf.« Wenn's so einfach wäre, gäbe es jeden Tag Anlaß zur Verstaatlichung aller Großunternehmen - aber lassen wir das.

Es lohnt nicht, die Unternehmerphantasien im einzelnen zu widerlegen. Soweit sie sich auf die gegenwärtige »Macht« der Gewerkschaften bezieht, genügt es festzuhalten, daß bei einer Arbeitslosenquote von über 2 Prozent (Kurzarbeit nicht mitgerechnet), bei durch Drohung mit Arbeitsplatzverlust erzwungener verschärfter Ausbeutung in den Betrieben (die Unternehmer frohlocken schon wieder, wie 1966/67, über einen Anstieg der »Arbeitsmoral«) und bei einer Reallohnsteigerung von einem Prozent (1973) von einer wirklichen »Macht« der Interessenvertretung der Lohnabhängigen nicht die Rede sein kann, zumal da eine durchschnittliche Senkung der Reallöhne im letzten Jahr nicht durch die Stärke der Gewerkschaftsorganisation, sondern gegen sie, in spontanen Streiks oder der Drohung damit, verhindert wurde.

Langfristiges Ziel der »aktiven Lohnpolitik« der Gewerkschaften ist die Umverteilung von Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer - aber in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik sind sie dabei keinen Schritt vorangekommen, und in den letzten Jahren, so hat das gewiß nicht gewerkschaftsnahe Westberliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt, hat sich die Schere zugunsten der Unternehmer weiter geöffnet: Die Nettoeinkommen der Selbständigen nahmen von 1968 bis 1972 im Jahresdurchschnitt nominal um 14 Prozent zu, die der Arbeiter, Angestellten und Rentner 9 bis 10 Prozent.

Und politisch? Wie steht es mit der Macht einer Organisation, die bisher keine der wesentlichen Forderungen ihres Grundsatzprogramms durchsetzen konnte, weder betriebliche noch überbetriebliche paritätische Mitbestimmung, weder eine »wirkungsvolle Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle«, noch »die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum« (DGB-Grundsatzprogramm von 1963)?

Interessanter und wichtiger für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung als die Widerlegung der dummdreisten Unternehmerpropaganda von der Gewerkschaftsübermacht ist die Frage, warum diese Propaganda bei einem Teil der westdeutschen Lohnabhängigen dennoch anzukommen scheint. Ein Indiz dafür ist z. B. die Niederlage des DGB bei den Sozialwahlen dieses Jahres: Bei den Angestellten wählten nicht einmal alle DGB-Mitglieder die Liste ihrer Organisation, und auch bei den Arbeitern, in den Ortskrankenkassen, gab es Einbrüche. Nutznießer waren fast immer sogenannte »Interessengemeinschaften«, die das Gerede vom »Machtanspruch« der Gewerkschaften für ihre Zwecke dienstbar machten.

Wie ist es möglich, daß westdeutsche Arbeitnehmer diesem Gerede Glauben schenken? Die Antwort scheint paradox: Die westdeutschen Gewerkschaften können gerade deshalb mit einem gewissen Erfolg als übermächtig hingestellt werden, weil sie sich in Wirklichkeit in einer Schwächeperiode befinden.

Diese Schwäche ist nur zum Teil mit der Wirtschaftskrise zu erklären. Daß die Unternehmer zur Zeit fast widerstandslos Löhne kürzen, das Arbeitstempo steigern und Arbeitsplätze wegrationalisieren können, liegt auch am Zustand der Gewerkschaften. Durch ihre Selbstverpflichtung auf die »Stabilitätspolitik« der Bundesregierung, auf »Orientierungsdaten« und auf die sogenannte »gesamtwirtschaftliche Vernunft«, die unter kapitalistischen Bedingungen immer die Vernunft des Kapitals ist, haben sich die Gewerkschaftsführer von den konkreten Interessen der Mitglieder und von den Aktiven in den Betrieben isoliert. Mit ihrem entschiedenen Auftreten gegen die spontanen Streiks von 1973, in denen sich viele Belegschaften gegen Reallohnabbau zur Wehr setzten, haben die Führungen zu Niederlagen beigetragen und viele Mitglieder in die Resignation getrieben.

Diese Isolierung der Führungsgruppen macht sich die Kapitalpropaganda jetzt in zynischer Weise zunutze, indem sie den angeblichen Machtanspruch dieser Führungsgruppen zur nationalen Gefahr stilisiert. In der »Gewerkschaftsstaat«-Propaganda ist nämlich stets nur von der Übermacht der »Funktionäre«, des »Gewerkschaftsapparats« die Rede, die Mitbestimmungskonzeptionen erscheinen als Ausgeburt des persönlichen Ehrgeizes einer kleinen Gruppe, und der wackere Eick stellt sich sogar einen Streik als Werk »eines machtbesessenen Funktionärs« vor: »Er kann der Bevölkerung Strom und Wasser abstellen; er kann die Straßen in Müll-Landschaften verwandeln . . .« usw.

Nun werden dem FAZ-Mann dies die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die besser wissen, wer in diesem Februar gestreikt hat, nicht glauben; dennoch kann die Funktionärsverteufelung der Unternehmerpropaganda zur Zeit in fataler Weise an Erfahrungen anknüpfen, die aktive Gewerkschafter in den Lohnkämpfen der letzten Jahre mit der gegen sie gekehrten Machtausübung von Führungsgruppen gesammelt haben.

Die Unternehmerpropaganda von der Gewerkschaftsallmacht dient also einem doppelten Zweck: Sie soll einerseits die Entfremdung zwischen den Gewerkschaftern und ihrer Organisation noch vertiefen und damit den gewerkschaftlichen Widerstand weiter schwächen; sie soll andererseits von den wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Krise ablenken..

Wären die Gewerkschaften als Arbeitnehmerorganisation wirklich mächtig, dann würde die derzeitige Propaganda für das Kapital zu einem Bumerang. Wirklich mächtig können unter kapitalistischen Bedingungen nur diejenigen Gewerkschaften sein, die organisierter Ausdruck einer kampfstarken Arbeiterklasse sind, deren Führung die Aktionen der Basis verteidigt, koordiniert und vorantreibt, nicht aber blockiert - dies haben Erfahrungen in England und Italien in den letzten Jahren gezeigt. Wenn Führung und Basis nicht voneinander getrennt sind, dann hätte freilich auch das Gerede vom Machtanspruch der Gewerkschaften und vom Gewerkschaftsstaat wenig Sinn denn es wäre dann gleichbedeutend mit dem »Machtanspruch der Arbeiter« und dem »Arbeiterstaat«. - Wollten sie dagegen polemisieren, dann müßten die Unternehmer-Propagandisten sehr viel deutlicher enthüllen, wessen Machtansprüche und wessen Staat sie selber verteidigen.

dezember
konkret
Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 28.11.74/Nr. 3
3,00 DM

Waffenbrüder Strauß / Mao:

Allianz gegen den Fortschritt

Walter Jens: Jagd auf Demokraten

Schweiz sfr 3,80
Holland hfl 3,80
Österreich S 25,–

in konkret Dezember 1974

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt von Wolfgang Abendroth

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt von Franz Josef Degenhardt

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt von Karl Hauenschild

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt von Wolfgang Roth

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt von Heidemarie Wieczorek-Zeul

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

konkret intern

Schwarz +Rot = Braun von Martin Buchholz

In den Hintern gebissen von Norbert Blüm

Student ans Gewehr von Ulrich Maske, Georg Leber

Ulrich Maske sprach mit Verteidigungsminister Georg Leber über die Bundeswehr-Uni

Kommt jetzt große Krise? von Alexander von Hoffmann

Hugenbergs Erben blasen zur Treibjagd von Walter Jens

1 800 000 Tote beim Super-Gau von Ursula Junge

Mitte der achtziger Jahre sollen in der Bundesrepublik vierzig Kernkraftwerke stehen. 24 davon sind heute schon fertig, im Bau oder in festem Auftrag. Dabei sind sich die Wissenschaftler über die Gefahren noch lange nicht einig. Zur Anhörung von Experten vor dem Bundestag Anfang Dezember gibt Ursula Junge einen Überblick über den Stand der Diskussion:

Zum Tode von Holger Meins und Günter v. Drenkmann von Hermann L. Gremliza

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Mit Ford und Totschlag
US-Exportartikel Kriminalität

Mit einem Lesering durch die Nase von Hartmut Schulze

Planeten-Wirtschaft von Mario Angelo
Über dem Krankenbett des Kapitalismus kreist eine neue Sorte von Geiern: Die Astrologen

Frau Irene antwortet von Gabi Hendriksen
Wenn der Mann betrunken nach Haus kommt, die Kinder verprügelt und Mutti vergewaltigt, dann fragt man Frau Irene um Rat. Frau Irene ist die Briefkasten-Tante einer großen Illustrierten. Oft ist sie ein Mann, ein promovierter Psychologe oder ein abgehalfterter - und dadurch lebensweise gewordener - Altredakteur. Gabi Hendriksen hat ausprobiert, wozu die Onkel und Tanten Irene fähig sind, wenn sie mit einem wirklich ausgefallenen Problem konfrontiert werden. Sie schrieb an Springers »Hör zu«, an Bauers »Wochenend« und »Neue Revue«, an Burdas »Buntes Freizeit Magazin« und an »Für Sie« aus dem Jahreszeiten-Verlag diesen Brief:

Das Geschwätz des Jahres von Bodo Zeuner
Über den »Gewerkschaftsstaat«

Frischwärts von Peggy Parnass
Nach einem bekannten Verleger-Wort ist Redaktion der Quatsch, der zwischen die Anzeigen muß. Die Anzeigen-Verkäufer der großen Zeitschriftenverlage preisen den redaktionellen Teil deshalb auch gern als »anzeigenfreundliches Umfeld« an. Natürlich gibt es da Unterschiede, etwa zwischen Nachrichtenmagazinen und Modezeitungen. Das sauberste Umfeld aber bieten Zeitschriften wie» Schöner Wohnen«, »Selbermachen« oder »Vital, Gesundheit, Freizeit, Lebensfreude«. Das »Vital«-Novemberheft wirbt im redaktionellen Teil für »Frischzellen- Für 1000 Mark um Jahre jünger«. KONKRET-Autorin Peggy Parnass machte eine Frischzellen-Kur mit und berichtete darüber für »Vital«. Als ihr Beitrag erschien, erkannte sie ihn kaum wieder. Auf Rückfrage erfuhr sie, daß ihre Geschichte vor Abdruck dem Chef der Frischzellenklinik vorgelegt worden war.KONKRET dokumentiert, wie »Vital« aus einem realistischen Bericht ein Stückchen kritische Werbung machte. Alle kursiv gesetzten Passagen wurden von »Vital« gestrichen:

Filme im Dezember

Bericht zur Zage der Nation von Gerald Mackenthun

Drogen, Suff und Industrie von Rüdiger Bloemeke
Über Joe Cocker

Platten im Dezember

Rumpelstilzchen und die Frankfurter Schule von Iring Fetscher

Post

radikalauer von Toms Mots

Konkret 12/74, S. 2

Wolfgang Abendroth

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Die Wahlen in Bayern und in Hessen sind vorüber. Sie haben mit einem Sieg von CSU und CDU geendet, mit einem Erfolg ihres reaktionärsten Flügels, mit einem Triumph für Strauß und Dregger.

Der Geschlagene hieß Helmut Schmidt. Tausende Industriearbeiter sind - enttäuscht von einer Regierung und einer sozialdemokratischen Parteiführung, von der sie die Vertretung ihrer Interessen erwartet hatten - der Wahlurne fern geblieben. Hunderttausende Angestellte, Beamte und Hausfrauen, die einst in den Bundestagswahlen 1972 begriffen hatten, daß CDU und CSU die Machtinteressen des Monopolkapitals gegen sie vertreten, haben - durch Stagnation und Rezession verschreckt - die Front gewechselt. Sie ließen sich einreden, die Gefährdung ihrer Einkünfte durch die Inflation, die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze durch die Krise sei die Schuld derer, die in Bonn regieren. Denn Helmut Schmidt, seine Regierungsmannen und sein Parteivorstand hatten entschieden, es sei »wortradikal« und die »Krise der Hirne«, ihnen zu sagen, daß dies alles die Konsequenz kapitalistischer Produktionsverhältnisse sei. Helmut Schmidt hatte alles darangesetzt, die Gewerkschaften zum »Maßhalten« bei der Verteidigung des Realeinkommens der breiten Massen durch den Inflationsprozeß voll ausgleichende Lohnforderungen zu zwingen. Noch am Tage nach den Wahlen mußte auf seinen Wink die IG Metall vor dem zweifelhaften »Angebot« der Gewinne scheffelnden Unternehmer der Stahl-Erzeugung kapitulieren.

Alles das wiederholt genau, was einst in den Jahren 1929 und 1930 unter Hermann Müller in der Weimarer Republik geschehen ist. Helmut Schmidt bleibt das »Verdienst«, aus der Geschichte nichts gelernt zu haben. Werden die Landtagswahlen uz Hessen und in Bayern ihn endlich daran erinnern, wohin die Reise geht? Kaum, wenn nicht der allzu schmale Kern klassenbewußter Arbeiter und demokratischer Intellektueller ihn zwingt, zu lernen.

Helmut Schmidt und sein Willy Brandt bleiben das kleinere Übel gegenüber den Kohl und Stoltenberg, den Strauß und Dreggen Also gilt es, das kleinere Übel gegen das größere Übel zu schützen. Der Unfug der »Sozialfaschismus«-Theorie darf sich nicht wiederholen. Aber man kann Helmut Schmidt nur schützen, indem man ihn eindeutig zur Ordnung ruft. Ohne energische Kritik an Helmut Schmidt - innerhalb der SPD und der Gewerkschaften, aber von klaren marxistischen Positionen aus auch außerhalb der SPD -, ohne eine Strategie der Verteidigung aller Lebensinteressen der abhängig arbeitenden Klasse, wird Helmut Schmidt bald vor den Strauß und Dregger kapitulieren müssen.

Deshalb: Keine Angst vor Helmut Schmidts Hamburger Tiraden, im eigenen Interesse auch von Helmut Schmidt, von dem zu hoffen bleibt, daß er den Weg seines akademischen Lehrers Karl Schiller nicht zu Ende gehen will.

Konkret 12/74, S. 2

Franz Josef Degenhardt

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Mit den Schmidts und Apels unsoweiter sind nun endlich die Fähnleinführer dran, die Horsti Schmandhoffs mit jenem Zug zum Höheren um Nase, Kinn und Mund, die, von denen unsere Mütter immer sagten, sie seien »etwas Besonderes«, obwohl sie im selben Viertel wohnten wie wir.

Wir Hitlerjugendunwürdigen fanden sie nicht besonders gefährlich, und das sind sie auch nicht. Sie treten zwar gern barsch und laut als Macher auf, aber als Opportunisten von echtem Schrot und Korn tun sie das Nötige meist schneller und lautloser als die anderen.

Das Nötige, »die konkreten Bedingungen«, das »gegebene Kräfteverhältnis« (H. Matthöfer in konkret 2/74) ist ihnen vorgeschrieben, das wollen und können sie nicht verändern, und diese konkreten Bedingungen, zum Beispiel Macht und Einfluß der sozialistischen Staaten, schreiben ihnen Entspannungs-, Abrüstungs- und Friedenspolitik vor. Die »Schwierigkeiten, die durch die Umwälzung der Strukturen der Weltwirtschaft hervorgerufen werden« (H. Matthöfer in konkret 2/74) drängen sie zum Beispiel zu Verhandlungen mit der Sowjetunion über Energieversorgungsverträge. Und das macht er ja, der Macher Helmut Schmidt, schneller und lautloser als andere.

Also: keine Angst vor Helmut Schmidt.

Konkret 12/74, S. 2

Karl Hauenschild

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Die Quatscherei von den ‚Linken` und den ‚Nicht-Linken` halte ich langsam für groben politischen Unfug. Wer ist das denn überhaupt: ‚*Die* Linke in der Bundesrepublik?` Wer bestimmt das denn, was ein ‚Linker` und ein ‚Nicht-Linker` ist? Und was sollen die journalistischen Mätzchen in Ihrem ‚offenen Brief`, Helmut Schmidt madig zu machen und im gleichen Atemzug an die 76er Wahlen zu erinnern?

Es wird für Helmut Schmidt als Bundeskanzler und für Willy Brandt als Parteivorsitzender schwer genug sein, der SPD das Provil zu geben, welches zukünftige Wahlen nicht zu Zitterpartien á la Bayern und Hessen werden läßt. Für mich steht fest: Die Mütze, die Sie Helmut Schmidt aufsetzen möchten, wird die Arbeitnehmer-Wähler (auch ‚linke` Arbeitnehmer-Wähler) bestimmt nicht von den Stühlen reißen. Denn Matthöfer hat recht: Wer davon träumt, die Massen zu mobilisieren und am Parlament vorbei den Sozialismus zu erkämpfen, der wird sich einen Bruch heben.

Ich meine, das gilt auch für jene, die das gegen Helmut Schmidt und durch die SPD hindurch versuchen wollen.

Karl Hauenschild, Vorsitzender der IG Chemie

Konkret 12/74, S. 2

Wolfgang Roth

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Man braucht keine Angst vor ihm zu haben. Am 9. Mai 1974 wurde Helmut Schmidt von den Führungsgremien der SPD einstimmig zum Bundeskanzlerkandidaten nominiert. Drei prominente Sprecher des linken Flügels der SPD sicherten im Parteirat der SPD Schmidt ihre Loyalität zu. Als sie das machten, wußten sie genau, daß Schmidt für die Linke bisher wenig Sympathie gezeigt hatte, und daß er mehr als »schwierig« ist. Sie wußten ganz genau, soviel politische Phantasie haben Harry Ristock, Heidemarie Wieczorek-Zeul und Karsten D. Voigt, daß Polemiken, wie jene auf dem Hamburger Parteitag, künftig ebenso stattfinden wie flapsige Bemerkungen gegen die Investitionslenkung und starke Worte gegen Jusos. Die drei Genossen wußten also> warum sie ihre Solidarität formulierten. Schmidt war und ist der einzige Politiker der SPD, dem man nach Willy Brandts Rücktritt zutraute, die Regierung wirksam zu führen.

Er ist in einer Situation Regierungschef, in dem die kapitalistische Weltwirtschaft in einer tiefen Krise ist. Diese Krise kann auch zu einem modernen Faschismus führen. Der Wahl-Sonntag in Bayern und Hessen hat uns schon einen Hauch von Faschismus beschert. Das kann bei 2,5 Prozent Arbeitslosigkeit bald zur stinkenden Wolke werden. Schmidt als Regierungschef der Koalition zu unterstützen, ist nicht nur das Gebot für Patentsozialdemokraten, sondern für jeden, der die Kräfteverhältnisse im Kampf gegen rechts real einschätzt.

Ich habe also vor allem Angst, daß manche vor lauter Schmidt die Strauß und Dregger nicht sehen.

Mitglied des Parteivorstands der SPD

Konkret 12/74, S. 2

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Wer hat Angst vor Helmut Schmidt

In KONKRET 2/1974 eröffneten Hans Matthöfer und Hermann L. Gremliza die Diskussion über das Langzeit-Thema: Ist Helmut Schmidt ein Linker? Und wenn nein, wie muß sich die bundesdeutsche Linke dann zu ihm stellen? KONKRET fragte drei Sozialdemokraten, von denen sich die SPD vor Jahren getrennt hat.

Für den, der von einer marxistischen Analyse der Gesellschaft ausgeht, beruht Politik auf objektiven ökonomischen Entwicklungstendenzen und ist nicht Sache von Privatentscheidungen einzelner Personen. Deshalb beschäftige ich mich nicht mit Helmut Schmidt, sondern mit den Schwierigkeiten sozialdemokratischer Reformpolitik unter verschärften wirtschaftlichen Krisensymptomen. Diese Schwierigkeiten beruhen einerseits darauf, daß

1. die Durchsetzung von Reformen zunehmend erschwert wird durch abflachendes wirtschaftliches Wachstum, verschärfte Verteilungskämpfe und damit zusammenhängend eine verstärkte Organisierung der konservativen Kräfte, die Angst und Unsicherheit zur Abwehr von Reformpolitik provozieren. Sie haben ihre Ursache zum

2. darin, daß »Stabilitätspolitik«, die eine Ziffer von einer Million Arbeitslosen allmählich realistisch erscheinen läßt, und Aussagen, die wirtschaftliche Krise könne nur durch Anwachsen der Unternehmereinkommen auf Kosten der Einkommen der abhängig Beschäftigten gelöst werden, Angst- und Unsicherheitskampagnen der Konservativen und Reaktionären objektiv Nahrung geben.

Die Jungsozialisten setzen sich deshalb sowohl in der SPD als auch in der Öffentlichkeit für die Entwicklung und Durchsetzung einer demokratischen Planung ein, die Eingriffe in die zentralen wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmen ermöglicht. Damit ist die Konzeption der Investitionslenkung und -Planung mit der Forderung nach Vergesellschaftung und aktuellen, kurzfristigen Forderungen verknüpft. Die Jungsozialisten treten für eine offensive Politik der SPD ein, die der konservativen Grundtendenz die Mobilisierung für Reformpolitik entgegensetzt.

Vorbeiregieren an der Partei, Versuche, die Theorie-Diskussion in der Partei einzuengen, Versuche, die Politik der SPD am konservativen Trend zu orientieren, stärken die Politik der Konservativen: Denn konservative Politik macht immer noch die CDU/CSU am besten.

Konkret 12/74, S. 3

konkret intern

Unter den rund hundert Leserbriefen (kleine Auswahl Seite 30), die KONKRET in den letzten vier Wochen erreichten, fand sich auch einer des Lesers Gucky Schlickum aus Hamburg 63: «Meine Hauptschwierigkeit bestand darin, einen Tisch zu finden, auf dem genügend Platz war, denn zum freihändigen Lesen müßte ich reaktionsschneller Weltmeister im geschickten Papierfalten sein.« Aus Protest schickte Gucky das gelesene Heft zurück - quer durchgerissen. (Wehmütig gedachten wir des Grafen Luckner, der in solchen Fällen ein Telefonbuch halbierte - aber wenn Gucky schön übt...). Weil aber auch viele andere Leser und die Vertriebsleute sich beschwerten, werden wir den Streit ums Format nun beenden: Das Januar-Heft von KONKRET kann wieder freihändig gelesen werden: 64 Seiten im Magazin-Format und geheftet. O.K.?

Noch nervöser als Gucky Schlickum hat das neue KONKRET die Karrenschieber des CSU-Chefs Strauß gemacht. Der «Bayernkurier« wettert gegen das «Volksfrontblatt neuen Typs«, das mit «DKP-Agitatoren« gegen «einen angeblich drohenden Rechtsruck in der deutschen Presse antreten« will. William S. Schlamm («Herr Kohl ist einer meiner Freunde«) wirft (mit sich) um sich: «Ein veräscherter roter Phönix steigt wieder aus der Kloake: KONKRET, das linksradikale Porno-Magazin ... wird vom linksradikalen Appartatschik Hermann L. Gremliza von neuem herausgegeben.« Kein KONKRET-Druckfehler, dieser Appartatschik - vielleicht ist es eine neue Nuance im Braunwelsch der Reaktion. Dritte Stimme (aus dem Raten, den das Volk braucht): Die «Deutschen Nachrichten«, Organ der NPD. Dort heißt es, daß die Hoffnung, KONKRET könne «eine Neuauflage der Ossietzkyschen 'Weltbühne' werden«, eine «begründete Hoffnung« sei - «angesichts so bekannter Marxisten wie Hans Matthöfer und Walter Jens«. Andererseits will gerade William Schlamm mit seiner «Zeitbühne« eine Neuauflage der «Weltbühne«. Es herrscht da wohl eine gewisse Verwirrung unter den Vaterlandsvertretern: Im Hintern der Reaktion ist es eben duster, aber nicht windstill.

Das vorliegende KONKRET-Heft mußte am Freitag, dem 8. November, redaktionell abgeschlossen werden. Am Samstag, 9. November, starb Holger Meins, am Sonntag darauf wurde Günter von Drenkmann erschossen. Deshalb kann KONKRET erst im nächsten Heft ausführlich berichten. Stellung bezieht KONKRET schon diesmal (auf Seite 15). Hier nur noch ein Zusatz: Wer verhindern will., daß Menschen wie Günter Drenkmann entführt oder erschossen werden, hat dafür zu sorgen, daß Menschen wie Holger Meins menschenwürdig behandelt werden. Bis heute haben Ulrike Meinhof und ihre Freunde als unschuldige Mitbürger zu gelten - wie jeder, der unverurteilt in Untersuchungshaft sitzt. Behandelt die Staatsgewalt sie anders, ist das Rechtsbruch. Gibt der Staat das Recht auf, provoziert er, daß seine Bürger ihm nacheifern. Wer die Isolationshaft aufrechterhält oder verteidigt, scheint das zu wollen.

Aus

Konkret 12/74, S. 4

Martin Buchholz

Schwarz +Rot = Braun

Hochsaison für krachlederne Pekinesen: »Die Bayern haben in Peking einen Stein im Brett«, kabelte China-Korrespondent Gerd Ruge schon im April an seine Hamburger »Welt«-Redaktion. Immer wieder werde man von den Chinesen auf Straußens Artikel im »Bayernkurier« lobend angesprochen. CSU-Leute wie Richard (»Kopf-ab«) Jäger würden in Peking »besonders hofiert«, berichtete das SPD-Bundestagsmitglied Uwe Holtz im Oktober nach einer Parlamentarier-Reise in die Volksrepublik. Peking sei zu einem »Mekka für kalte Krieger« geworden.

Nun also macht sich der große Vorsitzende selbst auf die Socken: Die Chinesen baten Strauß, noch vor der Kanzler-Reise unbedingt bei Mao vorbeizukommen Strauß kommt. Er ist ja überall im Kommen.

»Die internationalen Beziehungen wandeln sich drastisch«, stellte Deng Hsiao-ping, Vize-Minsterpräsident aus Peking, im April vor der UNO fest: »Die ganze Welt ist in Unruhe geraten. Diesen Zustand nennen wir Chinesen ‚große Unordnung unter dem Himmel`. Die ‚Unordnung` ist der Ausdruck der ständigen Zuspitzung der verschiedenen, grundlegenden Widersprüche der heutigen Welt, welche die Zersetzung und den Untergang der verfaulenden reaktionären Kräfte beschleunigt.«

Aber die »verfaulenden reaktionären Kräfte« werden zunächst einmal in Peking kräftig gepäppelt. Nur zwei Beispiele:

Nachdem Allende ermordet worden war, hatte man in Peking nichts Eiligers zu tun, als dem Botschafter der Unidad-Popular-Regierung, Armando Uribe, einem engen Freund Allendes, zu erklären, er werde nicht mehr als Botschafter Chiles angesehen. Damit wurde eine Totenfeier für den ermordeten Präsidenten verhindert. Seither ist die Volksrepublik China eine der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Stützen für das Faschisten-Regime in Santiago, wie jüngst erst wieder die Bonner Junta-Botschaft unter Hinweis auf »die engen Freundschaftsbande« zwischen beiden Ländern hervorhob.

Während die chinesische Führung jedesmal Einspruch gegen die Aufnahme von Kommunisten in Delegationen bürgerlicher Parlamente erhebt, empfing sie in diesem Jahr u. a. den rechtsradikalen »Nigger-Hasser« US-Senator Jackson und den konservativen Oppositionsführer Heath aus Großbritannien mit allen Honneurs. Sie kamen ebenso wie Helmut Kohl (als Chef der Chinesisch Demagogischen Union?) auf ausdrückliche Einladung.

Für Kohl brachte die chinesische Führung einen besonderen Toast auf die »Freundschaft zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China und auf eine deutsche Nation« aus. Im CDU-Informationsdienst fand die »proletarische Linie« der Mao-Kommunisten diesen Niederschlag: »Die Chinesen veräumten es nicht, auf die Notwendigkeit einer politischen Einigung Europas hinzuweisen; denn nur ein geeintes, starkes Europa sei auf die Dauer in der Lage, dem Osten Europas das notwendige politische Selbstvertrauen entgegenzusetzen. Welche Rolle Vize-Premier Teng dabei dem Vorsitzenden Kohl und der CDU zudenkt, deutete sich in den Worten an: ‚Ihre Partei ist im politischen Leben der Bundesrepublik eine wichtige Partei`.`

Nun also geht Franz Strauß auf seine »Land des Lächelns-Tournee«. Aus dem Reich der Mitte wird ein Heim-ins-Reich der Rechten. Ist das die »große Unordnung«, die Deng Hsiao-ping meinte?

Denn Strauß ist gewiß einer, der Ordnung schaffen will - eine »Neuordnung Europas« im Sinne bundesdeutscher Monopol-Anarchisten. Sein Programm liegt auf dem Tisch -1968 zum erstenmal im Seewald-Verlag aufgelegt - heute aktueller denn je: »Herausforderung und Antwort - ein Programm für Europa«. Die in diesem Artikel zitierten Worte des Vorsitzenden Franz sind dem »Programm für Europa« entnommen.

Er hielt es schon 1968 mit Mao. Wie dieser will er, »auf dem Berge sitzend, den Kampf der Tiger im Tal beobachten«. Und zwar so: »Pragmatisches Denken sollte in der Lage sein, zu erkennen, daß Rotchina ein Interesse an einer Potenz an der Westgrenze des sowjetischen Imperiums in Mitteleuropa hat, während wir an einer stärkeren Bindung der Sowjets an ihrer asiatischen Ostgrenze interessiert sind.« Hier begegnen sich »unsere und die chinesischen Interessen«.

Wie gesagt, das schrieb Strauß schon vor sechs Jahren - lange bevor es die Chinesen so offen aussprachen. Mit faszinierender Logik sagte Strauß die künftige Politik der Volksrepublik China voraus und auch deren künftige Bündnispolitik mit der europäischen Reaktion. Denn erst Ende August letzten Jahres - nach dem 10. Parteikongreß der KP Chinas - wurde aus Peking Klartext gemeldet: »China befürchtet, daß sich die Bundesrepublik auf eine Widervereinigung Deutschlands unter neutralistischen Vorzeichen einlassen könnte. Nach chinesischer Auffassung würde dies das Ende eines europäischen Verteidigungssystems bedeuten. Dann hätte die Sowjetunion ihre europäische Flanke gesichert . . .« (»Hamburger Morgenpost«). Und NATO-Generalsekretär Luns erkannte gleich, daß sich die Volksrepublik China der Nützlichkeit der NATO »voll bewußt« sei.

Die Ratschläge des großen Mandarins hörten sich wie aus einer Militärdienstvorschrift an: »Mao warnt: Die Russen schlucken euch zuerst -Sein Rat an die Europäer: Grabt euch ein!« (Überschriften der »Hamburger Morgenpost« vom 31. B. 73). Als im Oktober dieses Jahres der stellvertretende Außenminister Chinas, Tschiao Kuan-hua, beim Besuch in der Bundesrepublik noch einmal die Notwendigkeit der NATO und deren weitere Stärkung unterstrich, kommentierte das die »FAZ« fast so wohlgefällig wie die Zeitung der Maoistischen KPD (Horlemann-Semler), die »Rote Fahne«: »Das ist ein hervorragender Sieg der revolutionären Außenpolitik der Volksrepublik China und zugleich Ausdruck der welthistorischen Bedeutung ihres Kampfes gegen die Hegemonialbestrebungen der beiden imperialistischen Hauptmächte USA und Sowjetunion.«

Im April hatte der stellvertretende Außenminister Ho Ying (es gibt da mehrere Vizes) im Gespräch mit dem bayrischen Staatsminister Jaumann (CSU) die Entspannungspolitik in Europa als Erleichterung sowjetischer Aggressionen denunziert. Dazu die »Welt«: »Der bayrische Gast hatte dem, was der chinesische Gastgeber über die Absicht der Sowjets gesagt hatte, wenig hinzuzufügen. Warnender könne auch Strauß im Wahlkampf nicht auftreten als Chinas stellvertretender Außenminister.«

So ist das mit »unseren Interessen«: Mit Strauß und Mao gegen die »Supermächte«, insbesondere gegen die Sowjetunion, die den »gefährlicheren Sozialimperialismus« gepachtet hat und damit zum »Hauptfeind« geworden ist (Dokumente zum X. Parteitag der KPCh, Peking 1973). Kein Wunder also, daß »Rotchina ein Interesse an einer Potenz an der Westgrenze der sozialistischen Imperiums in Mitteleuropa hat«, wie Strauß vorhersagte.

»Der Wettstreit zwischen den Supermächten umfaßt den ganzen Erdball. Europa, wo sie sich konstant gegenüberstehen, ist der strategische Schwerpunkt des Ringens.« Das ist nun wieder Originalton Deng Hsia-ping vor der UNO. (Deng wurde übrigens erst 1973 von Mao und Tschu-En-Lai rehabilitiert, nachdem er während der Kulturrevolution nach Liu Shao-Shi als »Bourgois«, »Verräter«, »Hundesohn«, »giftige Schlange« der meistkritisierte Politiker war. Dafür überraschte er dann in seiner UNO-Rede - inzwischen wieder ins KPCh-Politbüro aufgerückt - mit der These von den »drei Welten«, nach der die Staaten der Welt nicht nach sozialökonomischen, sondern nur nach quantitativen Kriterien der Macht aufgeteilt sind.)

Das sind Mannesworte, die Deng auch marxistisch und sogar leninistisch zu untermauern versucht. Weil ja Lenin in seiner Schrift »Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus« auch ein Kapitel der »Aufteilung der Welt unter die Großmächte« widmete. Nur, wenn man bei Lenin nachliest - rein wissenschaftshalber - steht da: »Unzweifelhaft ist die Tatsache, daß der Übergang des Kapitalismus zum Stadium des Monopolkapitalismus, zum Finanzkapital, mit einer Verschärfung des Kampfes um die Aufteilung der Welt verknüpft ist.« Die Politik des Finanzkapitals müsse zwangsläufig - so ist dort zu lesen- auf einen Kampf der Großmächte um die ökonomische und politische Aufteilung der Welt hinauslaufen. Eben darum ist ja auch das bundesdeutsche Finanzkapital an einem Europa der Konzerne interessiert, um den USA Widerpart zu bieten. Wenn's irgend geht, natürlich unter deutscher Führung.

Doch die chinesische Führung setzt diesen Kampf des Finanzkapitals um die Aufteilung der Welt gleich mit dem übernationalen Klassenkampf zwischen Sozialismus und Imperialismus. Findet da also ein Match zweier Supermächte, zweier »Tiger im Tal« ohne jeden Klassen-Hintergrund statt? Vonwegen: Um in der leninistischen Erklärung zu bleiben, erklärt die VR China nun, daß in der Sowjetunion wieder »eine Monopolbourgeoisie, das Finanzkapital« herrsche (so die Mao-Zeitung »Peking-Rundschau«). Das Finanzkapital hat also wieder die Macht an sich gerissen und - aus marxistisch-leninistischer Sicht folgerichtig stehe nun im Stadium des Imperialismus als höchster Stufe seiner Machtentfaltung, gleichzeitig aber auch auf der letzten, wo es dann nur noch bergab gehen kann.

Wenn man dieser chinesischen Logik folgt, muß sich das Rad der Geschichte rückwärts gedreht haben. Denn daß in Rußland die sozialistische Oktober-Revolution gesiegt hat, ist unbestritten. Irgendwann muß es dann aber wieder retour

gegangen sein. Die Monopole entrissen dem Proletariat wieder die Produktionsmittel und schafften unter einem Deckmäntelchen (»Sozialismus in Worten, Imperialismus in Taten« so Deng) wieder die früheren Verhältnisse. So raffiniert, daß kein Mensch außer den chinesischen Führern etwas von dieser erfolgreichen Konterrevolution gemerkt hat. Und die russischen Arbeiter, die ja den chinesischen Angaben zufolge die Machtfrage schon erfolgreich beantwortet hatten, hielten brav still.

Während es nach chinesischer Lehre also keine friedlichen Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus gibt, ist der Weg umgekehrt offenbar denkbar: Es gibt den friedlichen Weg zurück - und die Geschichte läuft die ganze Strecke in entgegengesetzter Richtung, wie ein Film, den man zurückkurbelt. Nach dieser Logik wird sich also die ehemalige Sowjetgesellschaft von ihrer jetzigen Phase der monopolkapitalistischen Herrschaft weiter ganz still und friedlich zum Frühkapitalismus, dann zum Feudalismus und zur Leibeigenschaft, schließlich zur Sklaverei und zur Urgesellschaft zurückentwickeln. Eines Tages werden dann Lungenfische vom Land ins Meer zurückklettern und Chinas großer Deng wird am Ufer stehen und ausrufen: »Seht ihr, das war die sozialimperialistische Führungsclique.«

(Mag man das glauben oder nicht: Mit Marxismus-Leninismus hat das nun mal nichts zu tun. Es ist eher Sumsininel-Sumsixram: Marxismus-Leninismus bloß umgekehrt.)

Die Frage, warum die Sowjetführer als Vertreter des Finanzkapitals aber gleichzeitig »Revisionisten« sein sollen, ist ein weiteres chinesisches Preisrätsel, das allerdings weder vorwärts noch rückwärts zu lösen ist. Wenn sie Monopolbourgeois sind, dann ist auch ihre Ideologie eine bourgeoise oder gar eine »faschistische« wie die Chinesen behaupten, nur können sie dann nicht auch noch »revisionistisch« sein. Eins von beiden geht nur.

Doch schon beim ersten Auftritt eines UNO-Delegierten aus Peking (damals war es Tschu-En-lais Stellvertreter, Tschiao Kuan-hua, der kürzlich Herrn Genscher besuchte) war die bürgerliche Presse dankbar für diese »Supermacht«-Theorie (die auch tatsächlich lange vor der KPCh von bürgerlichen Ideologen wie J. K. Galbraith entwickelt worden war). Der »Tagesspiegel« damals: »Entkleidet man die chinesische Erklärung ihres ideologischen und propagandistischen Beiwerks, bleibt ein respektabler politischer Standpunkt übrig.« Der Standpunkt nämlich (im November 1971), daß die von den Sowjets vorgeschlagene und von den Amerikanern abgelehnte Weltabrüstungskonferenz unsinnig sei. Die beiden »Supermächte« würden sich in Wirklichkeit nur »um den Ausbau ihres Kernwaffenmonopols« bemühen und dafür »den atomaren Habenichtsen Abstinenzvorschrift« auferlegen. Soweit der »respektable« Standpunkt der Chinesen, der sich später des öfteren wiederholte:

· Die VR China, die sich als Freund der arabischen Staaten ausgibt, lehnte es in der UNO ab, ihre Unterschrift unter die Resolution des Sicherheitsrates zu setzen, die auf eine Räumung aller besetzten arabischen Gebiete hinzielt.

· Die VR China stimmte auf der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung gegen den Vorschlag der Sowjetunion über eine zehnprozentige Kürzung des Militärbudgets der ständigen Mitgliedstaaten des UNO-Sicherheitsrats und die Verwendung eines Teils der eingesparten Mittel für die Entwicklungshilfe.

· Die VR China lehnte es in jedem Fall ab, sich internationalen Verpflichtungen im Bereich der Abrüstung anzuschließen, und weigert sich immer noch, an der Arbeit des UNO-Ausschusses zur Vorbereitung der Weltabrüstungskonferenz teilzunehmen.

Sie will kein »Habenichts« sein. Und da stimmt sie mit Franz Strauß völlig überein: Auch er will gern was Atomares haben. Schon 1967 erklärte er dem britischen Premier Wilson, daß der Atomsperrvertrag als Vergewaltigung der »atomaren Habenichtse« anzusehen sei, als neues »Diktat« über die Deutschen: »Das ist ein neues Versailles und zwar eines von kosmischen Ausmaßen.«

Gemäßigter liest man's im »Programm für Europa«:

»Nur eine negative Antwort kann auf die Frage gegeben werden, ob und wie Ländern, die den Sperrvertrag unterzeichnen, ein Honorar in Form von Garantien gegen »nukleare Erpressungen` bezahlt werden kann. Die ‚Garantie` über den Sicherheitsrat ist lediglich eine Farce, und zwar die gleiche wie die feierliche Bekundung, man werde gegenüber den Habenichtsen weder Nuklearwaffen einsetzen noch mit ihrem Einsatz drohen als ob die bloße Existenz eines

Nuklearpotentials nicht schon eine potentielle Erpressung darstellt.« Hier wird auch klarer, was Strauß mit »Potenz« an den Ost- und Westflanken der Sowjetunion meint. Er braucht »Nuklearpotential« für »potentielle Erpressung«. Eben darum braucht er ein »potentes«, oder wie es meist ausgedrückt wird: ein »starkes Europa«. »Weder in Moskau noch in Warschau liegt für uns ein ‚Schlüssel zur Wiedervereinigung` bereit.« Nein: »Nur im Rahmen eines vereinigten Europas wird die deutsche Frage zu lösen sein.«

Und den Schlüssel holen wir uns in Peking.

Ein Zufall, daß es immer unisono klingt, wenn Strauß und Mao Nein sagen? Nein zum Atomsperrvertrag. Nein zur Abrüstungskonferenz. Nein zur Bonner Entspannungspolitik. Nein zu den Verträgen von Moskau und Warschau. Nein zu dem Abkommen über Berlin (West). Nein zur Europäischen Sicherheitskonferenz.

Ein Zufall, daß es immer unisono klingt, wenn sie Ja sagen? Ja zum faschistischen Chile. Ja zur offensiven Europa-Politik. Ja zum Europa der Konzerne. »Die EWG wird Europa von den USA unabhängiger machen, und damit wird Europa eine selbständigere Position sowohl den USA als auch der Sowjetunion gegenüber einnehmen. Man kann verschiedene Ausgangspunkte bei der Bewertung der EWG haben und die verschiedensten Standpunkte äußern, doch objektiv betrachtet wird eine erweiterte EWG eine solche Rolle haben«, erklärte Pekings Botschafter in Oslo, Hao De-tsin, im »Arbeiterbladet« kurz vor dem norwegischen Nein zur EWG im Herbst 1972.

Hauptsache: es geht gegen die Sowjets. In diesem Zusammenhang zitiert Strauß am liebsten Churchill (auch in seinem Buch), der einmal auf die Frage nach der »Befreiung« der osteuropäischen Länder die Antwort gab: »Es gibt ein Hilfsmittel, das - allgemein und spontan angewendet - wie durch ein Wunder die ganze europäische Szene verwandeln und innerhalb weniger Jahre ganz Europa oder doch dessen größten Teil frei und glücklich machen könnte . . . wir müssen eine Art Vereinigte Staaten von Europa schaffen!«

Strauß wußte, wer ihm beim Aufbau eines solchen Europa helfen kann, und er weiß es noch immer. »Der russischchinesische Gegensatz bedeutet, in politischer Beleuchtung, für Europa keinen Nachteil, sondern einen Vorteil...« Und: »Sollte es daher nicht notwendig sein, aus dem Dreiecksverhältnis Moskau, Peking, Washington . . . ein Viereckverhältnis mit Einschluß Europas zu machen, um die Konstellation der Kräfte in unserem Sinne auswiegen zu können? Dazu aber bedarf es der politischen Einigung des Kontinents. Wie wichtig dies für unsere Probleme ist, hat gerade einmal Mao Tse Tung gezeigt, als er in einer Polemik gegen die Aggressions- und Annexionslust Rußlands auch die Besetzung osteuropäischer Gebiete durch die Sowjetunion erwähnte.« Strauß erinnert auch daran, daß in der chinesischen Propaganda die DDR des öftern als »sowjetisch besetzte Zone« bezeichnet wurde, daß Tschu En Lai vor westdeutschen Geschäftsleuten betonte, er kenne nur ein Königsberg und kein Kaliningrad.

Strauß: »Was ich meine, ist einmal, daß uns das Vorgehen der Chinesen gegen die Sowjetunion in der politischen Defensive stärkt, denn es liefert uns handfeste, also taktische und nicht nur mühsam konstruierte Argumente gegen die angeblich realpolitische Anerkennung des Status quo.« Es geht also darum, den Status quo in Europa zu verändern. Das geht aber nur offensiv. Ergo: »Und es ist zum anderen, daß wir - nicht zuletzt angesichts eben dieses sowjetisch-chinesischen Konfliktes - Chancen zur politischen Offensive haben werden, sobald sich Europa auf der Basis der langfristigen Parallelität seiner fundamentalen Interessen geeint und dadurch kräftig genug geworden ist, in der Welt nicht mehr nur Objekt, Leidender und allenfalls Störenfried, sondern Subjekt - also politisch Handelnder - zu sein.«

Strauß glaubte nie an einen ernsthaften amerikanisch-chinesischen Konflikt: »Warum sollten die Chinesen die Amerikaner eigentlich attackieren, obwohl dadurch nichts für sie zu gewinnen, viel aber zu verlieren wäre . . . Die Massenvernichtungsmittel, die sich Peking unter ungewöhnlichen Anstrengungen zulegt, haben wahrscheinlich eben den Zweck, die Russen abzuschrecken, wenn sich unter dem Schirm einer solchen ‚Patt'-Situation der Weg zur Ausdehnung Chinas nach Norden einmal öffnen sollte. Denn dahin drängt China!«

Das also ist die Straußsche Analyse: China drängt auf Veränderung des Status quo - ebenso wie ein »offensives«, »starkes« Europa mit Atom-Potenz. Das sind die gemeinsamen Interessen (man könnte sich ja in der Mitte treffen): China will in Richtung Norden. Strauß in Richtung Osten. Ziel ist in jedem Fall die Sowjetunion.

»Die Lage ist klar«, schrieb der große Vorsitzende Mao im Januar 1940 in seinem Aufsatz »Über die neue Demokratie«: »Wenn nicht die Politik des Bündnisses mit Rußland, wenn nicht das Bündnis mit dem sozialistischen Staat, dann unbedingt die Politik des Bündnisses mit den Imperialisten, unbedingt das Bündnis mit dem Imperialismus. Sobald sich der Kampf zwischen der sozialistischen Sowjetunion und dem Imperialismus noch mehr verschärft, wird China entweder auf der einen oder auf der an deren Seite stehen müssen. Das ist unvermeidlich. Die Imperialisten haben dic Absicht, gegen die UdSSR, gegen di, Kommunisten zu kämpfen. Gehst du ei r Bündnis mit ihnen ein, fordern sie von dir: ‚Richtung Norden - los!` Und von deiner Revolution bleibt nichts übrig.«

Mao Tse Tung, der diese Schrift nur nicht mehr neu auflegen läßt, hat damit eine Analyse seiner eigenen Politik gegeben. Und Strauß kennt Chinas Richtung: »Richtung Norden-los!« Sollte sich Strauß ausgerechnet in diesem Punkt täuschen, wo er doch ansonsten die künftige Politik der Volksrepublik Chinas eindeutig vorausgesagt hat, und ihm sogar Mao recht gibt.

Das also ist die Übereinstimmung zwischen »unseren und den chinesischen Interessen«. Und so muß man sich auch gegenseitig behilflich sein.

Denn: »Auf die Dauer kann es kein Deutschland geben, das wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg ist. Deshalb braucht die deutsche Politik einen europäischen Rahmen.« Im Klartext: Deutschland kann nur selber Supermach werden, wenn es durch Europa groß wird - vielleicht wieder zu einem Groß-Deutschland?

Damit zeigt Strauß, daß er gelehrig ist. Denn diese »Europa-Idee« war anderen schon lange vor ihm gekommen. So zurr Beispiel seinem Freund und Gönn Hermann Josef Abs, der Gallionsfigur des Bundesdeutschen Finanzkapitals (sein Deutsche Bank verfügt über fast di Hälfte des Nominal-Aktienkapitals in der Bundesrepublik). Ihm bescheinigte amerikanische Untersuchungsbehörde im November 1946: »Abs war der spiritus rector der niederträchtigen Deutsche Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Nazi-Regimes verband. Die Deutsche Bank des Hermann Josef Abs, handelte wie eine Spitzeninstitution der deutschen Regierung und diente der wirtschaftlichen Durchdringung der Satellitenstaaten und der in Europa besetzten Länder. Abs setzte seine ganze Kraft zur Ausdehnung der Herrschaft Deutschlands über Europa ein.«

Und das soll sich geändert haben« Warum soll Abs heute ein anderer sein': Im Jahre 1941 hatte er folgende Vision von einem »vereinigten Europa«, das der »Supermacht USA« gegenüberstünde: »Die Perspektiven, die sich für die deutsche Wirtschaft nach dem Kriege stellen und die auf einen engeren Zusammenschluß aller europäischen kontinentalen Volkswirtschaften hinauslaufen, rechtfertigen ja unter außenhandelsmüßigen Aspekten eine Betrachtung, die Kontinentaleuropa dem amerikanischen Kontinent gegenüberstellt. Dabei ist daran zu denken, daß der Begriff Kontinentaleuropa, unter dem man bisher die europäischen Staaten ohne Großbritannien und Rußland verstand, durch die kriegerischen Entwicklungen im Osten eine neue Prägung erhalten wird. Auch die Wirtschaft Rußlands wird zumindest in wesentlichen Teilen einem zukünftigen kontinentalen europäischen Wirtschaftsraum zuzuzählen sein.«

Ja, das hätten sie gerne gehabt. So eine »EWG« gab's dann doch nicht. Doch der Traum von der Super-Macht Europa ist nicht ausgeträumt.

Kasten auf Seite 6

Maos Partner

Von 1960 bis 1972 stieg Chinas Außenhandel mit kapitalistischen Ländern von 1,4 auf 3,8 Milliarden Dollar. Nach Japan, Hongkong und Kanada ist die Bundesrepublik Pekings viertgrößter Handelspartner. Der größte Teil der Importe geht in die Rüstungsindustrie. Bis 1980 wollen bundesdeutsche Konzerne ein Stahlwerk, drei Maschinenfabriken und vier chemische und petrochemische Anlagen in China errichten.

Bonn unterstützt Maos Rüstung durch die Lieferung von 2000 Jeeps, Panzerabwehrwaffen sowie elektronische Ausrüstungen. Über die Max-Planck-Gesellschaft gibt die Bundesrepublik wissenschaftlich-technische und finanzielle Unterstützung auf dem Gebiet der Kernforschung. Wie der chinesische stellvertretende Ministerpräsident, Frau Li Hsian-nian, auf einem Empfang für eine Wissenschaftler-Delegation der Max-Planck-Gesellschaft erklärte, strebe China danach, in einem kurzen Zeitraum den »Supermächten« das Atom-Monopol

streitig zu machen. Die VR China wollte daher alle Möglichkeiten nutzen, um die deutschen Forschungsergebnisse auf diesem Gebiet umfassend kennenzulernen und zu verwerten.

Und so knüpfte Mao seine Kontakte zur westdeutschen Industrie und ihren politischen Repräsentanten:

Juli 1972

Der Vorsitzende des Außenpolitischem Ausschusses des Bundestages, Gerhard Schnöder (CDU), besuchte auf offizielle Einladung des »Instituts des chinesischen Volkes für auswärtige Angelegenheiten« China zu einem »Informationsbesuch«. Er traf u. a. mit Ministerpräsident Tschou En-lai, Außenminister Tschi Peng-fei sowie dem stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, Kuo Mojo, einem der engsten Vertrauten Mao Tse-tungs, zusammen.

Januar 1973

Eine Delegation der chinesischen Gesellschaft für technische Importe besuchte die Bundesrepublik, um Maschinen und Ausrüstung für Walzwerke zu begutachten. Sie wurde von der Demag AG und der Siemag/Schloemann AG betreut.

April/Mai 1973

Besuch einer chinesischen Journalistendelegation unter Leitung des Chefredakteurs von »Renmin Ribao« in der BRD. Am 2.5. führte die Delegation mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Strauß ein Gespräch, bei dem beide Seiten »weitgehende Übereinstimmung« feststellten.

Mai 1973

Eine Delegation von 18 führenden Vertretern der westdeutschen Industrie reiste auf Einladung des Vorsitzenden des chinesischen Staatlichen Komitees zur Förderung des Außenhandels nach China. Sie stand unter Leitung von Berthold Beitz, Aufsichtsratsvorsitzender der Fried. Krupp GmbH. Die Delegation wurde von Ministerpräsident Tschou En-lai empfangen. Mitglieder der Delegation waren unter anderen: Dr. Ernst Wolf Mommsen, Vorsitzender des Vorstandes der Fried. Krupp GmbH; Cai Graf zu Rantzau, Mitglied des Vorstandes der Dresdner Bank AG; Dr. Hans Gröbe, Vorsitzender des Vorstandes der AEG: Dr. Konrad Henkel, Vorsitzender der Geschäftsführung der Henkel GmbH, Präsident des Verbandes der Chemischen Industrie; Christian-Peter Henle, Mitglied der Gesamtleitung Klöckner & Co.; Dr. Alfred Herrhausen, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG; Heinz C. Hoppe, Mitglied des Vorstandes und Export-Chef der Daimler-Benz AG; Heinz Hufnagel, Mitglied des Vorstandes der Mannesmann AG.

Dezember 1973

Einen der größten Verdichter-Aufträge, der je vergeben wurde, erhielt die Demag AG (Duisburg) aus China. Für Raffinerien und Anlagen der Petrochemie werden Verdichtersätze im Werte von 31 Millionen Mark nach China geliefert.

März 1974

Die Gutchoffnungshütte Sterkrade AG, Oberhausen, und die AEG-Telefunken erhalten gemeinsam einen Auftrag für 23 komplette Fördermaschinen, Auftragswert: 20 Millionen Mark. GHH-Sterkrade liefert die mechanischen Teile der Doppeltrommelfördermaschinen und AEG-Telefunken die elektrotechnische Ausrüstung.

März 1974

Vergabe eines Auftrags für ein Kaltwalzwerk im Werte von ca. 500 Millionen Mark als Teil eines Stahlkombinats im Industriezentrum Wuhan an ein westdeutsches Konsortium unter Führung der Duisburger Demag AG und der Diemag/Schloemann AG, an dem auch Unternehmen aus Belgien und Österreich beteiligt sind. Das Kaltwalzwerk soll

1977 in Betrieb genommen werden und jährlich 1 Millionen Tonnen Stahlbänder produzieren. Zur Vorbereitung des Vertrages waren 170 Mitarbeiter westdeutscher Firmen anderthalb Jahre in China. Zum Aufbau und zur Einrichtung des Walzwerkes sollen etwa 230 BRD-Spezialisten nach China entsandt werden, wo sie im Durchschnitt neun Monate, zum Teil aber bis zu drei Jahren tätig sein werden. Rund 170 Chinesen sollen in der BRD an technischen Schulungskursen teilnehmen.

April 1974

Die Commerzbank AG, Frankfurt, verhandelt mit der Volksrepublik China über »konkrete Projekte« im Rahmen ihrer Partner-Banken Banco di Roma, Rom, und Credit Lyonnais, Paris.

April 1974

Eine bayerische Wirtschaftsdelegation unter Leitung des bayerischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Anton Jaumann besucht China auf Einladung des »chinesischen Rates für die Förderung des internationalen Handels«. Der Delegation gehören Repräsentanten von MAN, der holzverarbeitenden Industrie und von Siemens an. Mitglied der Delegation ist auch der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans Roser. Jaumann kritisierte im Anschluß an seine Reise, daß die Regierung der BRD »die chinesische Karte nicht spielt«. Mit Rücksicht auf die Sowjetunion sei sie zu vorsichtig.

Kasten auf Seite 7

Worte des Vorsitzenden Mao

(die Peking heute verschweigt)

Über die Sowjetunion

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat dem Sowjetvolk in schöpferischer Anwendung der marxistisch-leninistischen Theorie auf die Lösung praktischer Aufgaben ständige Siege in Aufbau des neuen Lebens gesichert. Das Programm des Kampfes für den Aufbau des Kommunismus in der UdSSR, wie es vom XX. Parteitag der KPdSU aufgestellt worden ist, dient als hervorragendes Musterbeispiel.

Aus: Rede auf der Jubiläumstagung des Obersten Sowjet der UdSSR, 6. November 1957

Immer- heute wie in Zukunft – wird unsere Generation, werden unsere nachfahren von der Sowjetunion lernen, die sowjetischen Erfahrung studieren müssen. Nicht vor der Sowjetunion lernen, bedeutet, einen Fehler begehen.

Aus: Rede auf der erweiterten Arbeitsberatung des ZK der KP Chinas, 30. Januar 1962

Auf die Hilfe der Sowjetunion verzichten hieße, die Revolution zur Niederlage verurteilen. Wird das durch die Lehren der antisowjetischen Kampagnen nicht mit außerordentlicher Anschaulichkeit bewiesen?

Aus dem Aufsatz: »Über die neue Demokratie«, Januar 1940

Die sogenannten Friedensprediger fabrizieren eine nicht enden wollende Flut von verlogenen Meldungen, Berichten, Dokumenten, lassen sich sogar über irgendwelche ‚geheimen Aggressionspläne der Sowjetunion gegenüber China' aus und soweiter. All das wird getan, um die wahre Sachlage zu verschleiern und die öffentliche Meinung zu manipulieren.

Aus dem Aufsatz »Gegen das Kapitulantentum«. Juni 1939

Über die USA

Die unversöhnlichen inneren und äußeren Widersprüche bedrohen jeden Tag wie ein Vulkan den amerikanischen Imperialismus, der auf diesem Vulkan sitzt. Dieser Tatbestand zwang die amerikanischen Imperialisten, einen Plan zur Versklavung der ganzen Welt zu entwickeln. Wie wilde Tiere streunen sie in Europa, Asien und anderen Erdteilen herum, sammeln die reaktionären Kräfte in verschiedenen Ländern, den Abschaum der Gesellschaft, zimmern das imperialistische und antidemokratische Lager zusammen, stellen es allen demokratischen Kräften mit der Sowjetunion an der Spitze

gegenüber und rüsten zum Krieg, wobei sie darauf aus sind, in ferner Zukunft einen dritten Weltkrieg zu entfesseln, um die demokratischen Kräfte zu zerschlagen.

Aus dem Referat: »Die gegenwärtige Lage und unsere Aufgaben, 25. Dezember 1947

Die Imperialisten führen nicht Gutes im Schilde, Länder, die den Krieg verloren haben, stellen keine Gefahr dar. Die Hauptgefahr geht weiterhin von den USA aus.

Aus dem Schlußwort auf der Beratung der Sekretäre der Provinz- und Stadtkomitees der KP Chinas, Januar 1957

Konkret 12/74, S. 8

Norbert Blüm

In den Hintern gebissen

Gegen Privilegien der Kirchen zog die FDP auf ihrem Hamburger Parteitag zu Felde. Wer wollte da nicht mit von der Partie sein, wenn es gilt, Privilegien zuleibe zu rücken. Eine freie Gesellschaft Kann keine Vorrechte akzeptieren, weil sie eine Beschränkung der Freiheit derjenigen sind, die keine besitzen. Soweit, so gut.

Aber warum gerade die Kirchen aufs Korn nehmen? Wer sich den billigen Dienst erschöpfter Nonnen in Kindergärten, Krankenhäusern, Krüppelheimen vor Augen hält, sieht eher Ausbeutung statt Privilegierung.

Es gibt wahrhaftig lohnendere Objekte für den liberalen Reformeifer; und von Mut, gegen die Kirchen zu kämpfen, kann in unserer säkularisierten Gesellschaft bestenfalls in dem Sinne gesprochen werden, in dem vom Mut der »Sieben Schwaben« die Rede ist. Die triumphalistische Kirche hat sich längst selbst aus der Gesellschaft heraustriumphiert (auch wenn es einige vom alten triumphatorischen Personal noch nicht gemerkt haben sollten), und auf jene dienende Kirche kann auch ein weltanschaulich neutraler Staat nicht verzichten.

Denn jener unerläßliche ethische Basiskonsens, auf den die pluralistische Gesellschaft angewiesen bleibt, ist aus höchst unterschiedlichen Quellen gespeist. Die Menschenrechte allein vom atheistischen Humanismus her zu begründen, den christlichen aber auszuschließen, hieße mit diesem Monopol ein neues Privileg zu etablieren.

Religion ist keine Privatsache. Und wenn sie von öffentlicher Bedeutung ist, dann ist nicht einzusehen, warum ausgerechnet der Kirche der öffentlich-rechtliche Status entzogen werden soll, den in unserem Lande mancherorts sogar Verkehrsbetriebe besitzen.

Freilich, die Liberalen haben immer Schwierigkeiten gehabt, den Raum zwischen Individuum und Staat als Feld relativer Autonomie gesellschaftlicher Kräfte zu akzeptieren. Sie, die den Staat aus der Vordertür des Privatraumes verdrängt haben - darin besteht ihr historisches Verdienst -, haben ihn nur allzuoft durch die Hintertür gesellschaftlicher Notwendigkeiten, die sie nicht erkannt hatten, wieder eingelassen. Der Radius individueller Lösungsmöglichkeiten reicht eben nicht, alle gesellschaftlichen Aufgaben zu lösen. Wer die Selbstorganisation der Gesellschaft, gewollt oder ungewollt, demontiert, ebnet der Verstaatlichung der Gesellschaft den Weg. So soll denn auch konsequenterweise anstelle der Konkordate die staatliche Gesetzgebung treten.

Sicher, das wird niemand bestreiten, ist die Kirche als historische Gestalt nicht nur einmal als Bedrohung der Freiheit des Bürgers aufgetreten. Aber es gehört ebenso zur historischen Wahrheit, daß die kirchliche »Zwei-Schwerter-Lehre« staatliche Omnipotenz verhinderte und die Macht des Staates relativierte.

1974 besteht wieder die Gefahr einer Staatskirche noch eines Kirchenstaates, jedenfalls nicht hierzulande. Aber auch 1974 bedarf der Staat noch institutioneller Gegenmacht, gesellschaftlicher Schranken, die er nicht übersteigen soll. Die Kirche ist nicht von Staates Gnaden.

Man muß nicht Ausflüge in die höheren ideologischen Gefilde unternehmen, um zu erkennen, daß das FDP-Kirchenpapier kein progressives Papier ist. Wer die Kirchensteuer abschaffen will, überläßt die Kirchen privaten Spendern. Geld haben in dieser Gesellschaft, jedenfalls in *der* Menge, die Macht gibt, nicht diejenigen, die an Veränderungen interessiert sind. Es ist keine himmlische Phantasie, sondern eine höchst irdische Vermutung, daß eine von Kirchensteuern emanzipierte Kirche des Lied singt, des Brot sie ißt.

Und so hat sich der emanzipatorische Enthusiasmus der Jungdemokraten (und der Kirchenpapier-Anhänger) wieder einmal selbst in den Hintern gebissen.

Konkret 12/74, S. 9

Ulrich Maske, Georg Leber

Student ans Gewehr

Ulrich Maske sprach mit Verteidigungsminister Georg Leber über die Bundeswehr-Uni

KONKRET: Herr Minister, sind Sie zufrieden mit einem Jahr Bundeswehrhochschule?

LEBER: Ich bin zufrieden mit diesem ersten Studienjahr. Es hat Probleme gebracht. Aber nicht so viele Probleme, wie ich mir am Anfang vorgestellt habe. Das, worüber ich am meisten zufrieden bin, ist, daß der Studienbetrieb seinen normalen Gang geht.

Im Oktober konnten die beiden Bundeswehrhochschulen in Hamburg und München ihr zweites Studienjahr einläuten. Gewiß, die Bibliotheken sind noch fast leer, es sieht nicht sehr wissenschaftlich aus. Fachleute sagen, man werde fünf Jahre brauchen, sie aufzubauen. Gewiß, es wird eine Durchfallquote von 40 Prozent der kasernierten Studenten vorausgesagt. Aber Leber ist zufrieden. Der militärisch-industrielle Komplex hat seinen Stiefel in der Tür des Bildungswesens.

KONKRET: Könnte aus Ihrer Sicht die Bundeswehrhochschule Vorbildcharakter haben für zivile Hochschulen?

LEBER: Ich habe nie von einem Vorbildcharakter gesprochen. Wir wissen, daß wir hier auf gewissen Gebieten neue Wege versuchen, die natürlich auch woanders beobachtet werden. Ich halte das für ganz gesund, daß auch in Bezug auf die Ausgestaltung einer Hochschule so etwas wie eine Konkurrenzsituation sich abzeichnet.

Wie sagte Helmut Schmidt (noch als Verteidigungsminister): »Wenn wir es nicht schaffen, den aus den Fugen geratenen Universitäten zu zeigen, wie eine militärische Uni einwandfrei arbeiten kann, wer dann?«

Ein Artikel in »WEHRKUNDE« verdeutlicht: »Neu an den Bundeswehrhochschulen wird vermutlich auch sein, daß sich in ihnen nicht jene Unruhe in Richtung auf »Systemveränderung« ausbreiten wird, die das soziale Klima der Universitäten in unserm Lande bestimmt. Unvorstellbar ist, daß es an den neuen Hochschulen zu Streiks, Boykottbewegungen, Leistungsverweigerungen, Seminarsprengungen, Sitzungsstörungen, »Wandzeitungen« und anderen Erscheinungen der Rebellion kommen könnte. Es besteht - schon wegen des Mitteleinsatzes- die politische und moralische Pflicht und Schuldigkeit, ein Beispiel geglückter Reform zu geben. Dieses wird so ist zu hoffen - positiv auf die gesamte Hochschulreform wirken.

Major Klaus von Schubert in der ZEIT: »... die schon ein Stück Hochschul- und Studienreform der allgemeinen, allzu trägen Entwicklung vorwegnehmen.«

Erich Frister, Bundesvorsitzender der GEW: »Ein Teil der sozialdemokratischen Führungsgruppe ist der Meinung, daß die heutige Hochschule weg muß. Im Ellwein-Konzept sehen sie einen Hebel, die Uni kaputtzumachen.« (Ellwein ist heute Leiter der Hamburger Bundeswehrhochschule)

KONKRET: Wie ist Ihre persönliche Meinung zu einer Integration von ziviler Hochschule und Bundeswehrhochschule?

LEBER: Wir sind von Anfang an offen gewesen dafür. Ich habe das ausdrücklich erklärt vor der Eröffnung des Studienbetriebs an der Bundeswehrhochschule Hamburg. Für den Fall, daß es zu einer integrierten Gesamthochschule kommt, wird die Bundeswehr hier auch offen sein.

KONKRET: Welche Prinzipien der Bundeswehrhochschule würden Sie dann für unabdingbar halten?

LEBER: Überhaupt keine, außer, daß der spezifische Auftrag, die spezifische Aufgabe, die wir mit den Bundeswehrhochschulen erfüllen müssen, gewahrt bleibt. Ich denke, das ist aber auch nirgendwo umstritten.

Doch. Dieses »außer« bedeutet zum Beispiel: »Der Soldat muß seinen Vorgesetzten gehorchen. Er hat ihre Befehle nach besten Kräften vollständig, gewissenhaft und unverzüglich auszuführen.« (Soldatengesetz) Der Studierende aber ist Soldat. Er hat faktisch keine wirksamen politischen Rechte, die es ihm ermöglichen, seine Interessen zu vertreten, Einfluß auf den »Wissenschaftsbetrieb« zu nehmen. Leiter und Dozenten werden vom Bundesverteidigungsministerium eingesetzt. Der Stiefel entscheidet über den Kopf.

KONKRET: Herr Minister, Sie sagten bei Ihrer Ansprache zu den Studenten der Bundeswehrhochschule: »Sie sind aus den Pflichten und den Rechten der für Sie als Soldaten geltenden Gesetze nicht entlassen.« Das bedeutet, die Bundeswehrhochschulstudenten bleiben Soldaten und für sie sind ja bekanntlich Teile des Grundgesetzes, der Grundrechte, außer Kraft gesetzt. Sind Sie nicht der Meinung, daß es im Widerspruch zur Wissenschaftsfreiheit, zur Bindung der Wissenschaft an demokratische Maßstäbe steht?

LEBER: Nein, überhaupt nicht, denn die soldatischen Aufgaben ergeben sich aus geltendem Recht, aus Gesetzen, die nicht außer Kraft gesetzt werden können, dies ist nicht eine freie Entscheidung oder eine einfache Handhabung des Bundesverteidigungsministers. Ich bin verpflichtet, Gesetze einzuhalten und Soldaten, die Berufssoldaten oder Soldaten auf Zeit werden, stehen eben ganz einfach unter dem Gebot der spezifischen Gesetze, auch für die Dauer eines Studiums.

»Der Studienwunsch des Bewerbers wird mit den Erfordernissen der von ihm gewählten Teilstreitkraft, Truppen- oder Waffengattung koordiniert(Bundesministerium der Verteidigung).« »Das Bundesministerium der Verteidigung kann der Bundeswehrhochschule Forschungsaufträge erteilen . . .«

KONKRET: Und wie ist dafür Sorge getragen, daß der Geist der Bundeswehr auch in den Seminaren seinen Einzug hält?

LEBER: Der Geist der Bundeswehr?

KONKRET: Gibt es keinen militärischen Geist bei der Bundeswehr?

LEBER: Wir haben das, was ich unter Gelöbnis des Soldaten verstehe. Das reicht aus. Das ist die besondere Pflicht, unter der der Soldat steht, der sich ja schon zu einem Beruf entschieden hat. Das ist der Unterschied zu einem Studenten an einer anderen Hochschule.

Der Unterschied: »Militärische Ausbildung und Studium bilden eine Einheit und ergänzen sich wechselseitig (Verteidigungsministerium).«

Major Martin Müller (CDU): »Die CDU begrüßt grundsätzlich das Konzept der Bundeswehrhochschulen, weil es insgesamt den Einsatzwert der Streitkräfte erhöht. Sie ist der Auffassung, daß die zusätzliche Einrichtung eines Fachbereichs für Militärwissenschaften diesem Ziel noch besser gerecht wird.«

O.A. Friedrich (Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände):

.. schließlich ist ein weiterer Aspekt zu sehen, unter dem die Unternehmerschaft an solchen bildungspolitischen Reformen der Bundeswehr interessiert ist: ein sicherheitspolitischer. Die Wirtschaft der Bundesrepublik ist wie die gesamte Gesellschaft darauf angewiesen, daß zur Gewährleistung friedlicher Weiterentwicklung eine schlagkräftige Bundeswehr existiert, die in der Lage ist, ihren Verteidigungsauftrag zu erfüllen . . .«

KONKRET: Herr Minister, meinen Sie, daß Absolventen der Bundeswehrhochschule, wenn sie einmal in Konkurrenz zu Bewerbern in Gesellschaft und Industrie stehen, Vorteile haben würden gegenüber Absolventen ziviler Hochschulen?

LEBER: Dies glaube ich nicht. Worum es geht, ist etwas anderes. Sehen Sie, ein Offizier auf Zeit oder ein Unteroffizier war oft nach 12 Jahren oder nach 15 Jahren Dienstzeit doch vor der Situation: Was soll er jetzt anfangen? Oft mußte er neu anfangen. Dies wird neu sein in der Zukunft. Es wird noch eine Reihe von Jahren dauern, jemand, der 12 Jahre Offizier ist, hat ein wissenschaftliches Studium, hat den praktischen Umgang mit technischen Geräten gelernt, hat Erfahrungen damit,

hat das Führen von Menschen, das Umgehen mit Menschen gelernt und kann quer hinübersteigen in die Wirtschaft.

Menschen führen in der Bundeswehr und quer hinübersteigen also. Die Fächer sind in der Tat nach militär- und wirtschaftsstrategischen Aspekten ausgesucht: Pädagogik, Wirtschafts- und Organisationswissenschaften, Informatik, Luft- und Raumfahrttechnik, Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen, Vermessungswesen. »Nach seinem Ausscheiden aus der Bundeswehr hat der Offizier je nach gewählter Vertiefungsrichtung vielfältige Berufsmöglichkeiten im Zivilbereich . . . Der Pädagoge mit der Vertiefungsrichtung Berufspädagogik nimmt in Betrieben, Industrieverbänden, Kammern und Gewerkschaften Lehr- und Unterrichtsaufgaben wahr, ist in der Ausbildungs- und Berufsberatung tätig . . . (Verteidigungsministerium)«

Abseits der demokratischen Öffentlichkeit soll eine Kaderschmiede »Menschenführer« für Armee und alle gesellschaftlichen Bereiche produzieren. »WEHRKUNDE«: »Dem deutschen Universitätsleben wird es gut tun, eine neue Form universitären Lebens zu erhalten, in der ein klares Engagement in Staat, Gesellschaft und Beruf angezielt wird. Die Bundeswehrhochschulen werden - schon von ihrer Zwecksetzung her - politisch orientiert sein, und zwar in allen ihren Wissenschaften.«

KONKRET: Herr Minister, wie ist es möglich, daß Gelder für die Bundeswehrhochschule da sind, während in den anderen Hochschulen katastrophale Mängel herrschen, die Stipendien für Studenten längst nicht ausreichen und in Hamburg jetzt ein Stellenstop im öffentlichen Dienst durchgesetzt wird?

LEBER: Wir haben einen Stellenstop, der auch für die Bundeswehr und auch für den ganzen zivilen Bereich gilt. Wir haben eine genau so große Enge in personaler Hinsicht, wie das in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes auch der Fall ist. Die 40-Stunden-Woche macht uns z.B. erhebliche Schwierigkeiten. Wir bekommen nicht mehr Stellen. Hier unterscheidet sich also auch der militärische Bereich, der Bundeswehrbereich nicht von dem übrigen Bereich des öffentlichen Dienstes. Und das haben Sie, glaube ich, doch sehr deutlich gehört, daß auch die Bundeswehrhochschulen - wenn ich Ihre Frage mal jetzt so deute - nicht im Geld schwimmen, sondern knapp sind, daß sie ihre Aufgaben, so wie Studenten und Lehrer sie erfüllt sehen möchten, nur mit allergrößter Enge erfüllen können. Wir sind heute noch nicht so weit, daß wir alle Stellen haben, die wir eigentlich brauchten. Und das ist der eigentliche Punkt, der mir Sorgen macht. Also, darüber muß im Haushaltsausschuß und muß mit dem Finanzminister in den nächsten Monaten noch gesprochen werden.

Stellenstop für die Bundeswehr? »Sie werden mehr Geld bekommen, Sie werden mehr Stellen bekommen, es wird mehr gebaut werden.« (Minister Leber vor den Studenten der Hamburger Bundeswehrhochschule, 14.10.74)

Konkret 12/74, S. 11

Alexander von Hoffmann

Kommt jetzt große Krise?

Es geht derzeit merkwürdig zu unter den Experten und Verantwortlichen westlicher Politik. Sie leugnen nicht -können nicht gut leugnen - die Epidemie der Krisen im politisch-ökonomischen System der von ihnen so genannten freien Welt; keiner von ihnen bietet dafür eine einleuchtende Erklärung an oder eine praktikable Heilbehandlung; dennoch geben sie sich so, als hätten sie die Situation im Griff; nur gelegentlich lassen sie eher unfreiwillig erkennen, daß sie eine umfassende, das System gefährdende Krise doch nicht mehr für ganz ausgeschlossen halten.

Bislang galt als Dogma, das System bürgerlich-liberaler Demokratie plus Kapitalismus habe die Möglichkeit der fundamentalen Krise schlechthin überwunden. Zum Beweis dafür wurden die drei Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg angeführt, in denen es eine große Krise (als Maßstab dafür gilt allgemein die Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre) nicht mehr gegeben habe.

Aber die historische Dauer eines Zustandes ist niemals ein stichhaltiges Argument für die Wahrscheinlichkeit seines Fortbestehens, und schon gar nicht, wenn man sich auf nur 30 Jahre beruft. Wichtiger noch: Selbst diese 30 Jahre waren durchaus keine so glanzvolle Epoche.

In der Bundesrepublik etwa gelang es nie, den wachsenden Reichtum rational zu verteilen, die Macht der immer stärkeren Kapitalkonzentration zu kontrollieren, gesellschaftlich notwendige Investitionen in ausreichendem Maße durchzusetzen. Die übernationalen Organisationen (EG, OECD, GATT, IWF und so weiter) haben entscheidende Probleme nie gelöst -zum Beispiel die Probleme rationaler Produktion und Verteilung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, einheitlicher Konjunktur-, Struktur- und Steuerpolitik, gemeinsamer Kontrolle supranationaler Unternehmen.

Entsprechend scheiterten auch alle Ansätze zu politischer Rationalisierung (EG, WEU, Nato). Statt zur Entwicklung regionaler oder globaler Kooperation von Regierungen kam es zu einer Art privater Weltregierung von Großkonzernen, von deren Macht selbst Zweifler während der Ölkrise überzeugt wurden.

Vielleicht am folgenschwersten aber war die Unfähigkeit der westlichen Industriestaaten, die Entkolonialisierung zu bewältigen, jene Umwälzung auch nur zu erkennen, geschweige denn mitwirkend durchzusetzen, die kommen mußte, nachdem Südamerika, Afrika und Asien aus macht- und rechtlosen Kolonien zu politisch selbständigen Gebieten geworden waren.

Bis dahin waren die Ressourcen dieser Erdteile, einschließlich der Arbeitskraft ihrer Bewohner, zu diktierten Niedrigstpreisen vereinnahmt - sprich: ausgebeutet - worden und hatten in den wenigen Industriestaaten entscheidend mitgeholfen, den Luxus diverser Wirtschafts-»Wunder«, üppigen Konsums, bürgerlicher Freiheit zu ermöglichen. Das lief noch eine Weile so weiter, aber mit dem wachsenden Selbstbewußtsein der Dritten Welt mußte der Punkt erreicht werden, jenseits dessen die neuen Staaten ihren berechtigten -Anspruch auf gleichen Luxus nicht mehr nur anmelden, sondern mit allen ihnen verfügbaren Machtmitteln durchzusetzen versuchen würden. Die Explosion der Rohstoffpreise, die grandiosen Industrialisierungsprojekte der nahöstlichen Ölländer sind Indizien dafür, daß diese Phase jetzt mit Macht und auf Kosten der Industriestaaten eingesetzt hat.

Hier gerät jene Krise ins Blickfeld, die derzeit am auffälligsten ist: die Verschlechterung des Geld- und Währungssystems in den westlichen Industrieländern, die Inflation. Am Grunde von Inflation in hoch entwickelten Staaten liegt immer dies: Unzureichende Versorgung mit Gütern des notwendigen - oder als notwendig empfundenen - Bedarfs bei reichlicher Versorgung mit Geld. Letzteres ist in den genannten Staaten systembedingt und systemnotwendig, die Güterknappheit kann auf zweierlei Weise entstehen: Erstens, indem Güter dem Wirtschaftskreislauf entzogen, unproduktiv verschwendet oder gar vernichtet werden, und zweitens, indem Naturprodukte wie Rohstoffe und Lebensmittel nicht in ausreichendem Maße zu beschaffen sind.

Der westlichen Inflation in ihrer gegenwärtigen Phase - ein Problem ist sie seit je gewesen - liegen beide Ursachen zugrunde. Verschwendung und Vernichtung von Gütern gab es ständig und in gigantischen Proportionen- Kriege (Korea,

Indochina), extreme militärische Rüstung, unproduktive Forschung (das Weltraumabenteuer), aber auch die individuelle Motorisierung nebst Straßenbau, die Errichtung von Millionen Einzelwohnhäusern und vieles mehr.

Aber zum ersten Mal werden jetzt die superreichen Nationen auch der anderen, der natürlichen Knappheit inne. Begriffen haben sie es immer noch nicht ganz, wie etwa die beruhigenden Mitteilungen der Experten über die Größe der vorhandenen Weltölreserven zeigen. Sie orientieren sich an einer Vergangenheit, die vom Bedarf allein der Industrieländer bestimmt war. Wie lange aber wird das Öl, werden Eisenerz, Kupfer, Gold, Chrom, Molybdän, Erdgas, ja selbst Kohle reichen, wenn erst einmal die fast drei Milliarden Menschen der Dritten Welt denselben Pro-Kopf-Verbrauch an diesen Rohstoffen haben wie die 840 Millionen in den Industriestaaten? Dies Ziel kann ihnen mit keiner plausiblen Begründung verwehrt werden, und den Weg dahin haben sie angetreten.

Kommt also jetzt die große Krise? Unbestreitbar haben die nie beseitigten, sich vielmehr ständig ausbreitenden Strukturfehler des westlichen Systems gegenwärtig zu einer auffälligen Häufung von Einzelkrisen geführt, wie es sie so noch nie seit dem zweitem Weltkrieg gegeben hat. Ebenso unbestreitbar ist nirgends eine rationale politisch-ökonomische Strategie zur Überwindung der Multikrise in Sicht. Durch nationale Einzelstrategien ist ihr mit Sicherheit nicht zu begegnen.

Zum Beispiel auch nicht durch die »Stabilitätspolitik«, die hierzulande als Allheilmittel gepriesen und auch allen anderen Industriestaaten empfohlen wird. Diese konservative Politik der Geldverknappung hat die Inflation nicht zu beseitigen vermocht, und die negativen Folgen dieser Politik wie Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit haben bereits ein Ausmaß erreicht, das in Kürze die Rückkehr zu einer Politik reichlicheren Geldes und damit zu verstärkter Inflation erzwingen wird.

Der bis zum Überdruß wiederholte Hinweis der Bundesregierung, die Inflation in Westdeutschland sei geringer als irgendwo sonst, mag als Wahlkampfargument nützlich sein, in der Sache ist er bedeutungslos. Krankheit bleibt Krankheit, auch wenn die Nachbarn noch kränker sind. Im übrigen birgt gerade das konstante Nachhinken der westdeutschen hinter der allgemeinen Inflationsrate paradoxerweise neue Krisenkeime. Es führt zur ständigen Aufblähung des Exports (in manchen Branchen werden derzeit nahe an 70 Prozent der Produktion exportiert) und dadurch wiederum zu inflationsfördernder Güterverknappung im Inland. Paradox hoch zwei: Würden die anderen Industriestaaten wirklich gemäß Bonner Empfehlung ebenfalls harte Stabilitätspolitik treiben, so schwände das Inflationsgefälle zwischen ihnen und der Bundesrepublik und es wäre mit den hohen westdeutschen Exportüberschüssen vorbei, die allein seit Jahrzehnten größere Produktionseinbrüche und Massenarbeitslosigkeit hierzulande verhindert haben.

Umgekehrt trägt der massive westdeutsche Export dazu bei, die Zahlungsbilanzen der importierenden Länder ins Defizit zu treiben. Die Defizite haben in manchen Ländern derart alarmierende Ausmaße erreicht, daß als letzter Ausweg Importsperren anvisiert werden. Was ein dadurch herbeigeführter Zusammenbruch des Welthandels für die exportlastige BRD-Wirtschaft bedeuten würde, liegt auf der Hand.

Eine übernationale Politik, mit der sich die Krisenherde beseitigen ließen, steht nicht zu erwarten. Sie müßte ja auch Planung und den verfemten »Dirigismus« zum Inhalt haben, müßte sozialistische Züge tragen, wenn die Verschwendung wichtiger Ressourcen und die unkontrollierte Aktivität privater Weltkonzerne gestoppt, wenn die Güter dieser Erde endlich rational verwaltet und verteilt werden sollen.

Trotz allem muß die große Krise nicht kommen - jetzt noch nicht. Denn so erschreckend unabsehbar wären die Folgen einer westlichen Katastrophe - nicht nur für die westlichen Länder, auch für die Dritte Welt und die sozialistischen Staaten -, daß die wachsende Furcht vor ihr vorübergehend auch offen systemwidrige Gegenmaßnahmen ermöglichen mag.

So ist nicht auszuschließen, daß die westlichen Regierungen etwa mit Preis-, Kredit- und Investitionskontrollen zu experimentieren versuchen und - davon hängt der Erfolg ab - die globale Privatwirtschaft ausnahmsweise dabei einmal mitspielt.

Länder der Dritten Welt können ihre neue Politik der Zangemessener Rohstoffpreise noch einmal aussetzen - Saudi-Arabien, im letzten Herbst Vorreiter der Ölpreis-Erhöhungen, empfiehlt heute zurückzustecken. Die Sowjetunion

schließlich unterstützt kapitalistische Staaten bereits durch eigene Öl- und Erdgaslieferungen.

Sonderaktionen dieser Art können natürlich nicht die Ursachen der Krise beseitigen. Sie sind auch allenfalls über begrenzte Zeiträume durchzuhalten, weil gegen sie jeweils entscheidende Kräfte der verschiedenen politisch-ökonomischen Systeme wirken - im Westen der Drang des Kapitals zu freier Gewinnmaximierung, im Osten der Drang zu historischer Bestätigung des Sozialismus, in der Dritten Welt der Drang zu hohem Lebensstandard.

Sollte es also zu der eigenartigen Notgemeinschaft »Rettet den Westen« kommen (sicher ist das überhaupt nicht), so kann sie bestenfalls nur eine Atempause erwirken (aber auch das ist nicht sicher). Und sollte es diese Atempause noch einmal geben, so ist doch nicht damit zu rechnen, daß die westlichen Manager von Politik und Ökonomie sie dazu nutzen würden, aus dem geschlossenen System ihrer Wertvorstellungen auszubrechen und ein neues, rationales Konzept globaler Wirtschaft zu entwerfen und anzuwenden.

Sie würden in der Atempause, die sie nur mit fremder Hilfe gewinnen konnten, vermutlich einen neuen Beweis für die Überlegenheit ihres Systems, für die Überflüssigkeit jeder Systemänderung sehen - bis die große Krise das nächste Mal droht.

Konkret 12/74, S. 12

Walter Jens

Hugenbergs Erben blasen zur Treibjagd

»Die Aufgabe der Propaganda ist... nicht ein Abwägen der verschiedenen Rechte, sondern das ausschließliche Betorten des einen eben durch sie vertretenen. Sie hat nicht objektiv auch die Wahrheit, soweit sie den anderen günstig ist, zu erforschen... sonder» ununterbrochen der eigenen zu dienen... Sowie durch eigene Propaganda erst einmal nur der Schimmer eines Rechts auf der anderen Seite zugegeben wird, ist der Grund zum Zweifel an dem eigenen Recht schon gelegt. Die Masse ist nicht in der Lage, nun zu unterscheiden, wo das fremde Unrecht endet und das eigene beginnt . . . . Das Volk ist in seiner überwiegenden Mehrheit so feminin veranlagt und eingestellt, daß weniger nüchterne Überlegung, vielmehr gefühlsmäßige Empfindung sein Denken und Handeln bestimmt. Diese Empfindung aber ist nicht kompliziert, sondern sehr einfach und geschlossen. Es gibt hierbei nicht viel Differenzierungen, sondern ein Positiv oder ein Negativ, Liebe oder Haß, Recht oder Unrecht, Wahrheit oder Lüge, niemals aber halb so und halb so. . .«

Die Passage ist bekannt. Sie stammt aus Hitlers Buch »Mein Kampf'. . . und es ist nützlich, sich der Thesen, die hier vertreten werden, von Zeit zu Zeit zu erinnern: wie nützlich, das zeigt eine Lektüre der von der Deutschland-Stiftung inspirierten Publikationen mit gebotener Klarheit. Denn hier (und nicht nur hier, natürlich; aber hier in exemplarischer Weise) gibt es in der Tat nur ein - irrational beschworenes - Positiv oder Negativ, Gut und Böse. Wenn differenziert wird, dann geschieht das nur dort, wo Abweichler, und sei's in winzigen Nuancen, den Trennungsstrich zu verwischen drohen, der zwischen den Söhnen des Lichts und den Kindern der Finsternis, zwischen »Demokraten« und »Sozialisten«, »Wirtschaftsführern« und »Gewerkschaftsfunktionären«, dem »Unternehmer« und dem »Apparatschik«, dem guten Helfer und dem bösen Hascher, dem Anwalt des Volkes und dem Anwalt der Volksfront zu ziehen ist.

Ein Abweichler ist Rainer Barzel, weil er wagte, sich mit einer öffentlichen Erklärung von Franz Josef Strauß zu distanzieren und deshalb *den Ton seines Parteivolks nicht mehr trifft.* Ein Abweichlerganz zu schweigen von Blüm und Konsorten - ist auch Walther Leisler Kiep, dem darum von einem auf die Wahrung der reinen Lehre Bedachten, dem Sprecher der »Sudetendeutschen Landsmannschaft«, Walter Becher, angeraten wurde, sich *um einen Posten im Kabinett Schmidt zu bewerben.*

Abweichler sind alle diejenigen, die, wiewohl zögernd und zagend, dem jeweils rechtesten Kurs der rechtesten Ultras Paroli zu bieten suchen. Abweichler sind also Männer, die nicht wie Dregger und Strauß, wie Abelein, Wallmann und *Lö*wenthal denken: Der »Privatmann« Kiep zum Beispiel oder der als »hilflos« eingestufte Intendant Holzamen

Abweichler sind Leute, die wider besseres Wissen mit den *Hyänen der Entspannung* (pardon, der »Entspannung« natürlich) paktieren - mit jenen Roten, die der Teufel holen mag: mit den roten Institutionen und den roten Subjekten. *Alles unter einen Hut* heißt die Devise, um Gottes willen keine Differenzierung zwischen Schlechten und weniger Schlechten!

Und also fungiert dann der Hessische Rundfunk als eine *Zentrale für Anarchie und Schmutz,* also ist der »Pressedienst Demokratische Initiative« eine kommunistische *Volksfrontorganisation* (nach der Vorstellung der Deutschland-Stiftung eigentlich eine Tautologie, aber auf sprachliche Exaktheit kommt es unseren Agitatoren nicht an: das Wort *kommuni*stisch paßt immer), und also ist die SPD... na, was wohl? Was soll sie schon sein, diese Partei, die man offenbar nur auf zweierlei Art als Ehrenmann verlassen kann: Beim Austritt oder beim - Tod?

Diese Teufels-Partei! Heinemann: Ein

pietistischer Sozialist, der nach dem Scheitern der »Gesamtdeutschen Volkspartei« in der SPD eine neue Karriere-Plattform fand. Annemarie Renger: *Eine Frau, die Deutschland ins Archiv verbannt.* Lauritz Lauritzen: *immer am Recht vorbei. (Links* und *kriminell* sind, so scheint es, für das Deutschland-Magazin austauschbare Begriffe.) Brandt: Ein Verräter der *den Alliierten Landraub, Vertreibungen, Volksfront-Regierung anriet!*

Schlimm genug, wenn ein Sozi an etwas glaubt: doch schlimmer noch, wenn er, wie Hans Jochen Vogel, überhaupt nichts mehr glaubt! Wenn er ein Pragmatiker ist! Dann gibt es nur *eine* Entschuldigung für diesen Mann - krank muß er sein, krank wie unser Kanzler, krank wie Helmut Schmidt, von dem Frau Etta Schiller befürchtet, daß er, nach illustrem

Beispiel, eines Tages in den Teppich beißen werde. (So jedenfalls weiß es das Deutschland-Magazin zu berichten: wobei es den Namen *Etta,* vertrauter Germanen-Ideologiefolgend, in *Edda* verwandelt.)

Welch eine Teufelsbrut, welch ein Gesindel hockt da auf der Regierungsbank zusammen: Kreaturen vom Schlag des *zwielichtigen kommunistisch geschulten Partei-Apparatschiks Wehner!* Maihofer: auf einer *Gemeinschaftsveranstaltung* mit Dutschke auftretend! (Diskussionen mit Linken sind bekanntlich Gemeinschaftsveranstaltungen: Wer mit Dutschke redet, sitzt mit ihm in einem Boot. So einfach ist das.) Matthöfer: Hat *sich als Eppler-Adlatus mit seinen links-tendenziösen Erklärungen als »Radikaler im öffentlichen Dienst« qualifiziert.* Klaus *Bölling: Der ehemalige Intendant des roten Mini-Senders Bremen hat sich seine journalistischen Sporen bei»i Zentralorgan der kommunistischen »FDJ«... verdient. Damaliger Chef: der heutige SED-Boß Erich Honecker.* Helmut Schmidt: *Erstes Wochenende als Bundeskanzler: Konferenz mit den deutschen Gewerkschaftsbossen. Interview mit der Moskauer »Prawda«. Und dann für niemanden mehr zu sprechen.*

Armes Deutschland, arme Nation! Von Verrätern, Ungläubigen und Kommunisten ins Unglück getrieben! Von Schriftstellern repräsentiert, die, wie Günter Wallraff, als *linksextreme Klassenkämpfer-* auftreten! Das Vaterland in der Hand des *publizistischen Linkskartells!* (Eines Kartells, zu dem nach dem Deutschland-Magazin, unter anderem »Der Spiegel« gehört.) Die Nation -von einem Außenminister repräsentiert, der *außer Sächsisch* keine Fremdsprache spricht! (Und was *sächsisch* heißt, das weiß man ja. Deutsch jedenfalls ist Ulbrichts Sprache nicht.)

Gottlob, daß es da noch die Deutschland-Stiftung gibt: Mit ihrer entschlossenen Absage an Mitbestimmung jeglicher Art und an die Demokratisierung unserer Gesellschaft. (»Demokratisierung«, Alfred Dregger weiß es genau, ist *in seinem Ursprung eine kommunistische Vokabel.)* Das Deutschland-Magazin in seinem unermüdlichen Kampf für Sitte und Ordnung und gegen Wertzerfall und Staatsverdrossenheit, für Hierarchie und Autorität und gegen sozialistische Gleichheit, für die Stärke der Starken und die Schwäche jener, deren Schwäche naturgewollt ist: die Schwäche der Frauen und Gastarbeiter, der Arbeiter und der Randständigen - die Schwäche all jener, die eben Pech haben, wenn sie zum Beispiel krank werden und nicht in einem arztreichen Ballungsgebiet leben. (Sie müßten doch wissen, daß die Niederlassungsfreiheit der Ärzte wichtiger ist, als die optimale Versorgung der Bevölkerung. Können sie nicht lesen, was im Deutschland-Magazin steht?)

Emanzipation: Das ist für die Deutschland-Stiftung eine linke Parole. Eine Parole jener kleinen Verschwörer-Zirkel, auf deren Machenschaften, wenn es nach Ziesel geht, die durch Axel Springer, Otto von Habsburg, Franz Josef Strauß und Hanns Martin Schleyer (Motto: *Ein Herz für die Menschen)* repräsentierte Majorität in unserem Land nicht hineinfallen wird; denn das Volk hat einen Sinn für das Gute.

Das liebe Volk, das brave Volk. Das Volk der Deutschland-Stiftung e.V. Volk! Nicht *Deformation* des Volkes! Nicht das *Ensemble gesellschaftlicher Kräfte,* wie ein Marx-Leser besonderer Art, General Karst, im Deutschland-Magazin betont. (Da hat Ordonnanz offenbar etwas verwechselt.) Das Volk der Militärs und Magnaten ist ein Volk, das, allem Extremismus abhold, der *demokratischen Mitte* vertraut.

Einer »Mitte«, wohlgemerkt, wie sie durch Salazar und die chilenischen Offiziere garantiert wird - durch Männer, deren Hohelied im Deutschland-Magazin erklingt: Pinochet alias Stauffenberg, Salazar als Ordnungsgarant, die Diktatoren als Verteidiger der freien Welt. Einer »Mitte«, deren Ideologie antirational, antisozial und antiliberal ist. Einer »Mitte«, deren Vertreter das Toleranz-Gebot der Aufklärung niemals erreicht hat: Kein Lessing ist ihnen begegnet. Einer »Mitte«, deren vom Geist der Inquisition geprägte Mentalität (die Zeugnisse, denke ich, sprechen für sich) in einem Augenblick, wo sich das große konservative Kartell formiert, Dynamit-Charakter besitzt.

Hugenbergs Erben blasen zur Treibjagd. Reaktionäre Agitation zielt darauf ab, politische Praxis zu werden. Was das bedeutet, wer dann bestimmen wird, wer, heute noch von Mitbestimmung träumend, die Zeche zu bezahlen hat, und wie es dann um jene Freiheit aussehen wird, die, nach Rosa Luxemburg, immer auch die Freiheit der Andersdenkenden ist: das lehren die Publikationen der Männer (Frauen treten selbstredend kaum auf), die, verbunden durch die gleichen Interessen und die gleiche Ideologie, in der Deutschland-Stiftung das ihnen angemessene Kampfinstrument fanden.

Hier ist zu lernen, was ein Klassenstandpunkt ist. Zu lernen, mit Hilfe welcher Appelle an Vorurteile und Ressentiments die Deklassierten dazu gebracht werden sollen, sich auf den Standpunkt derer zu stellen, die sie deklassieren. Zu lernen, daß es

in deutschen Landen wieder eine Rechte gibt, die nicht argumentiert, sondern zuschlägt. Eine Rechte, der es nicht um Widerlegung, sondern um Vernichtung geht.

Agent Brandt. Lügner Scheel. Rechtsbrecher Ehmke. Eppler - ein Fall für den Psychiater. Wer so redet, dies steht zu befürchten, schlägt nicht nur mit Worten zu, wenn er die Macht besitzt. Die Spuren schrecken: Auch die Hugenberg-Presse blies nicht aus Freude an der Blasmusik die große Hetzjagd ein. Das zum Abschuß bezeichnete Wild wollte erlegt sein.

Konkret 12/74, S. 14

Ursula Junge

1 800 000 Tote beim Super-Gau

Mitte der achtziger Jahre sollen in der Bundesrepublik vierzig Kernkraftwerke stehen. 24 davon sind heute schon fertig, im Bau oder in festem Auftrag. Dabei sind sich die Wissenschaftler über die Gefahren noch lange nicht einig. Zur Anhörung von Experten vor dem Bundestag Anfang Dezember gibt Ursula Junge einen Überblick über den Stand der Diskussion:

Fangen wir mit einer Lüge an: »Bisher war die häufig öffentlich vorgetragene Kritik der Kernenergiegegner wenig sachlich und fachlich nicht fundiert. Bedenklich ist, daß die Kritik meist polemisch vorgetragen wurde und wird. Gestaute Emotionen, Halbwissen oder gar Unwissen und subjektive Glaubensbekenntnisse sind keine seriöse Basis für die qualifizierte Auseinandersetzung mit der Sache. Ernsthafte Wissenschaftler haben sich nicht auf die Seite der Gegner gestellt.«

Das steht in einer Werbebroschüre der Hamburgischen Electrizitäts-Werke AG und der der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG »zum besseren Verständnis der Kernenergie«.

US-Wissenschaftler haben jetzt in einer neuen, der sogenannten Rasmussen-Studie festgestellt: Die Wahrscheinlichkeit einer Druckkesselexplosion in einem Kernkraftwerk ist etwa sechsmal größer als bisher angenommen. Und die für das BASF-Kraftwerk in Ludwigshafen erstellte Lindackers-Studie rechnet für einen solchen Katastrophen-Fall mit 100 000 Toten sofort und bis zu 1,7 Millionen Toten durch Spätschäden.

Grund genug, möchte man meinen, sich mit den Gefahren der Kernenergie zu beschäftigen, bevor die ganze Bundesrepublik mit Reaktoren übersät ist.

Da gibt es zunächst die Gefahren, die auch ohne Unfall, beim normalen Betrieb der Kernkraftwerke, auf die anwohnenden Menschen lauern:

Der Mensch war immer schon der natürlichen Strahlenbelastung durch kosmische Einstrahlung und natürliche Radioaktivität aus Boden und Baustoffen ausgesetzt. Die Belastung hängt vor allem von der Höhenlage ab. Die mittlere Schwankungsbreite der natürlichen Strahlung in der Bundesrepublik liegt bei etwa 30 Millirem pro Jahr. In dieser Bestandsaufnahme herrscht noch Einigkeit unter den Teilnehmern der Kernenergiediskussion.

Bei den Konsequenzen daraus beginnt der Konflikt. Professor Schulten vom Kernforschungszentrum Jülich nimmt die Sache leicht: »Wenn man von einem Holzhaus in ein Steinhaus umzieht, steigt die Strahlenbelastung um ein vielfaches. Ebenso beim Umzug von der Küste ins Hochgebirge. Da macht man sich keine Sorgen.« Volker Hauff, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Technologie-Ministerium, scheint Schultens Position mit der Angabe zu stützen, daß der Stand der Technik es erlaubte, bei Kernkraftwerken weit unter den 30 Millirem zu bleiben, und zwar bei unter 1 Millirem pro Jahr. Und das sogar, wenn mehrere Kernkraftwerke beieinanderstehen. Auch Dr. Arnold Spang von der Kraftwerk Union Erlangen beruhigt: »Das heißt mit anderen Worten, die Gefahr in der Umgebung eines Kernkraftwerks ist vernachlässigbar.«

Zwar weiß man, daß auch die natürliche Strahlung strahlenbiologische, genetische und somatische Auswirkungen hat. Nur: es gibt noch keine exakten Untersuchungen über die Gefährlichkeit künstlicher Strahlenbelastungen. Die genetischen Folgen können sich erst in zukünftigen Generationen zeigen, können heute noch nicht statistisch erfaßt werden.

Der Vergleich von natürlicher Radioaktivität und künstlicher ist eine Irreführung. Durch den künstlichen Spaltungsprozeß werden radioaktive Substanzen erzeugt, die in der Natur nicht existieren. Sie verteilen sich in Luft, Wasser und Nahrung und können so in den menschlichen Körper gelangen. Dort konzentrieren sie sich in bestimmten Körperorganen und können große Schäden anrichten. Der Hamburger Kernenergiekritiker Holger Strohm: »Jede zusätzliche Radioaktivität ist demnach nicht harmlos, sondern bedingt dosisabhängig ein Ansteigen genetischer Schäden, Totgeburten und Krebserkrankungen.«

Auch in der HEW-Broschüre wird eingeräumt, daß in der Nähe eines Kernkraftwerks radioaktive Stoffe (z.B. Jod 131) abgelagert werden. Wird das Gelände milchwirtschaftlich genutzt, ist eine Anreicherung der Kuhmilch denkbar. Würde ein Kleinstkind nur mit solcher Milch ernährt, erhielte seine Schilddrüse eine jährliche Strahlendosis von 4 Millirem. Diese Menge ist so gering, daß sie gegenüber der natürlichen Strahlung vernachlässigbar ist.

Diesem lockeren Umgang mit Radioaktivität stehen Untersuchungsergebnisse aus den USA gegenüber, die eindeutig zeigen: nicht nur bei Kindern, die besonders empfindlich si auch bei Erwachsenen, die einer Niedrigst-Radioaktivität regelmäßig ausgesetzt waren, tritt eine erhöhte Krebshäufigkeit auf.

Je mehr Kernkraftwerke gebaut werden, desto dringlicher stellt sich die Standortfrage. Professor Häfele aus dem Kernforschungszentrum Karlsruhe will die Werke vorsichtshalber nicht in die Zentren des Verbrauchs legen, obwohl natürlich die Elektrizitätswirtschaft wegen der höheren Leitungskosten ein anderes Interesse hat. Gewisse unleugbare Risiken werden auch von Professor Birkhofen, Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission (RSK), zugegeben. Deshalb fordert er besondere Auflagen für den Bau von Atomreaktoren, die umso nötiger sind, je näher die Anlagen an die Städte heranrücken. Professor Winnacker, ehemaliger Vorsitzender des Deutschen Atomforums, denkt radikaler. Er kann einen Verzicht auf Kernkraftwerke in Ballungszentren nicht einsehen: »Entweder sie sind sicher, dann können sie grundsätzlich überall hin, oder sie sind unsicher, dann dürfte man sie nirgends bauen.« Eines ist sicher: Wären die Standortbestimmungen aus den USA, Großbritannien oder Kanada angewandt worden, dürften einige der westdeutschen Reaktoren nicht an ihren jetzigen Standorten stehen.

Da die Reaktoren aber Riesenmengen Kühlwasser brauchen, hat man sie einfach an die großen Flüsse gebaut, wo man das Wasser fast kostenlos bekommt. Allein am Rhein sollen in den nächsten 13 Jahren 16 -18 Kernkraftwerke in Betrieb genommen werden, die den Fluß mit je 300 Millionen bis 1,2 Milliarden Kalorien pro Sekunde aufheizen.

Für Dr. Hauff ist es selbstverständlich, daß es keine absolute Sicherheit gibt, daß ein Restrisiko bleibt. Und für Diplomphysiker Franzen vom Institut für Reaktorsicherheit der Technischen Oberwachungsvereine in Köln ist es ebenso selbstverständlich, daß über die Verminderung dieses »gewissen Restrisikos« letzten Endes Kosten-Nutzen-Analysen entscheiden.

Nicht in allen Ländern hält man die Risiken für so klein:

· Die Niederlande stoppten den Bau von 3 Kernkraftwerken, bis alle ungelösten Sicherheitsfragen beantwortet werden können.

· Großbritannien hat sein Kernenergieprogramm um zwei Drittel gekürzt. Im Juni 1974 entschloß sich die englische Regierung, keine Leichtwasserreaktoren amerikanischen Typs in England bauen zu lassen. Vor weiteren Genehmigungen von Kernkraftwerken müssen drei Gefahrenpunkte abschließend untersucht sein: das Kesselplatzen beim Druckwasserreaktor, das Notkühlsystem und die Notabschaltung.

· Der Schwedische Reichstag hat das Kernenergie-Programm auf fast ein Drittel reduziert.

Hauptgrund für die wachsende Angst vor den Kernkraftwerken ist die Unsicherheit über die Wahrscheinlichkeit und die Folgen eines GAU (größter anzunehmender Unfall), eines Brechens der Hauptkühlleitung, oder eines Super-GAU, einer Druckkesselexplosion. Die westdeutsche Elektrizitätsindustrie behauptet, auch im GAU-Fall werde die Umgebung des Kraftwerkes nicht gefährdet, weil das Notkühlsystem zuverlässig arbeite. Zusätzlich wird eine Beruhigungspille gereicht: Die Eintrittswahrscheinlichkeit betrage ja nur 1:100 000. Doch erstens sagt die Ein*trittswahrscheinlichkeit wenig* darüber aus, wann der Unfall *tatsächlich* eintritt und außerdem ist die Wahrscheinlichkeit nach der neuesten Untersuchung nur 1:17 000. Ist aber die Erde erst einmal radioaktiv verseucht, läßt sich das auch mit den teuersten Methoden nicht mehr rückgängig machen.

Wie neuerdings zugegeben wird, sind z. B. Dampfkesselexplosionen in Kraftwerken weit unterschätzt worden: statt1:50 000 vielmehr 1:1000 in sieben Jahren. Das über 20 bis 30 Jahre unfallfrei funktionierende Kraftwerk gibt es nicht.

Im Juni 1972 gab die Reaktorsicherheitskommission der Bundesrepublik eine deutliche Empfehlung: Alle Fragen, die mit dem Notkühlsystem zusammenhängen, müßten dringend versuchstechnisch beantwortet werden. Die Reaktoren, für die jetzt eine Genehmigung erteilt werden soll, haben eine weitaus größere Leistung als die bestehenden und werfen zusätzlich neue Kühlprobleme auf. Man hat noch keinerlei Erfahrung mit diesen Großkraftwerken. Trotz dieses zugegebenen Unwissens werden in der Bundesrepublik weiter Betriebsgenehmigungen für Kraftwerke erteilt.

Nächstes Problem: Wohin mit den Massen von Atommüll, die in den kommenden Jahren anfallen werden? Mit der bisherigen Lagerung im alten Salzbergwerk Asse (Niedersachsen) ist diese Frage nicht gelöst. Die Funde von radioaktivem Material auf der Müllkippe in Obrigheim im Juli 1974 lassen Beteuerungen über die Zuverlässigkeit der Sicherheitssysteme fragwürdig erscheinen. Und auch der CDU-Abgeordnete Lenzer muß noch mit seinen Befürchtungen leben, daß die Wahrscheinlichkeit eines Mißbrauchs wächst und ebenso die Chance, »daß kriminelle oder irrationale politische Kräfte die Absicht fassen könnten, radioaktives Material für ihre Zwecke zu benutzen«.

Professor Mandel, Vorsitzender des Deutschen Atomforums, spürt den wachsenden Widerstand der Bevölkerung, »eine Vertrauenskrise im Verhältnis zwischen den wenigen Sachkennern und der großen Masse der Laien«. Deswegen seien »große Anstrengungen erforderlich, um das Vertrauen der breiten Öffentlichkeit in die Fachleute und damit in die Kernenergie immer wieder zu gewinnen«.

Ein Blick auf die innige Verflechtung zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat läßt das Vertrauen weiter schwinden. Holger Strohm bringt ein charakteristisches Beispiel: »So sind der Antragsteller beim Niedersächsischen Sozialministerium für die Genehmigung des Atomkraftwerkes Esenshamm die NWK und die PREAG. Die NWK gehört zu 67,7 Prozent der PREAG. Die PREAG gehört zu 86,3 Prozent der VEBA. die VEBA gehört zu 40 Prozent dem Staat. Der Rest gehört einflußlosen Kleinaktionären. Das heißt, der Antragsteller genehmigt sich selbst seinen Antrag. Damit ist das Genehmigungsverfahren, wie es das Atomgesetz von 1959 vorschreibt, zu einer scheindemokratischen Angelegenheit geworden.«

Nun sollen die Einspruchsverfahren auch noch verkürzt werden. Heute bauen die Unternehmen bereits, während die Einspruchsverfahren noch laufen. Professor Mandel droht mit einer schlechten Energieversorgung in der Zukunft und will damit vor einer »Politisierung der Genehmigungsverfahren« warnen. Einige Barrieren gegen diese Politisierung werden bereits geplant:

· die Standardisierung von Kernkraftwerken, die an jedem Standort genehmigt werden müssen,

· eine langfristige Standortplanung mit verwendbaren Standorten auf Abruf,

· Einrichtung von Kernkraftparks.

Gerade beim letzten Punkt wird deutlich: man rechnet damit, daß die Bevölkerung, die beim ersten Kraftwerk keinen Widerstand geleistet hat, sich bei weiteren kaum ernsthaft widersetzen wird.

Bernd Lupberger, Vorstandsmitglied des Energieversorgungs-Unternehmens Bayernwerk, warnt: »Jedes Hindernis auf dem Wege zur Atomkraft verstärkt unsere Abhängigkeit von den Ölländern.« Auch Dr. Hauff bekräftigt: »Kernenergie ist versorgungssicher.« Früher galt dies für die Ölversorgung. Kann man von den Uranländern etwa nicht abhängig werden?

Die Elektrizitätsindustrie lobt den billigen Strom aus dem Atomreaktor. Im Kernkraftwerk Stade soll ein Kilowatt Strom um einen halben Pfennig günstiger erzeugt werden als im konventionellen Ölkraftwerk Schilling nebenan.

Doch das ist eine Milchmädchenrechnung. Denn sie berücksichtigt nicht:

· 18 Milliarden Mark, die der Steuerzahler für die vier Atomprogramme der Bundesrepublik aufgebracht hat.

· Die Übernahme von Ausfallbürgschaften für unplanmäßige Abschaltungen durch die Bundesregierung oder EURATOK (z.B. für das Kraftwerk Wurgassen 40 000 Mark pro Tag).

· Die Übernahme der primären Folgekosten durch den Staat, wie z. B. die Erschließung des alten Salzbergwerkes Asse zur Atommüll-Lagerung. Und die 1000jährige Bewachung des radioaktiven Mülls.

Sekundäre Folgekosten für Schäden in der Bevölkerung und Umwelt, die erst mit einer gewissen Zeitverzögerung sichtbar werden.

Das Urteil über weitere Kernkraftpläne kann deshalb nur so lauten, wie Rainer Barzels Votum zu den Ostverträgen- aber mit Recht: »So nicht. Und jetzt nicht.«

Konkret 12/74, S. 15

Hermann L. Gremliza

Zum Tode von Holger Meins und Günter v. Drenkmann

Wahr ist, das Franz Strauß mit der Sache nichts, im Wortsinne nichts zu tun hat. Wahr ist aber auch, daß Menschen wie Mein und Drenkmann in einem Land sterben, wo die Partei 62 Prozent erreicht, deren Vorsitzender politische Gegner »wilde Tiere« nennt und die »roten Ratten in ihre Löcher treiben« will.

Der lebende Holger Meins war nicht unser Genosse und der tote ist nicht unser Idol. Wo er politisch gewirkt hat, war es zu Schaden derer, denen er helfen wollte, und zum Nutzen derer, die uns am liebsten hinter Gittern sehen würden. Wie wenig er Herr seiner politischen Wirkung war, zeigte noch sein grauenhafter Tod; der den Auftakt zu einer Orgie von Polizeistaats-Propaganda gab.

Daß Meins und seine Freunde von der RAF noch heute den Demokraten und Sozialisten in diesem Land mehr schaden als Alfred Dregger und Hans Filbinger zusammen, kann uns nicht hindern, zu unterscheiden: Zwischen »schuldigen« Opfern und »unschuldigen« Tätern, schießenden Getriebenen und schwätzenden Treibern, zwischen Gehetzten und Hetzern. Ohne Strauß und- Dregger; Filbinger und Stoltenberg, Springer und Bauer wären Holger Meins und Günter von Drenkmann noch am Leben.

Konkret 12/74, S. 16

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

»Kaum zu glauben: Nun ist Theodor Eschenburg siebzig geworden. Wir Jüngeren, denen er, lübsche Patrizierwürde mit der Unbestechlichkeit eines amerikanischen Supreme-Court-Richters verbindend, siebzehn Jahre lang die Ehre erwiesen hat, Journalist unter Journalisten zu sein- wir Jüngeren grüßen ihn: Ad multos annos! Und wir wünschen uns von ihm weiterhin: Nulla habdomas sine linea.« Kaum zu glauben: Nun ist **Theo Sommer,** der dies in der »Zeit« geschrieben hat, ein rechter Schmock geworden. Wir Jüngern, denen er, welke Stilblüten mit der Aufdringlichkeit eines älteren Skatbruders verbindend, viele Jahre die Qual bereitet hat, seine Kommentare nach einem politischen Gedanken abzusuchen - wir Jüngeren rufen ihm zu: Shut up!

Hermann Schmitt aus Vokkenhausen, SPD-MdB und Vizepräsident des Deutschen Bundestags, hat der »BILD«-Zeitung ein Interview gegeben und darin über die Wahlniederlagen von Hessen und Bayern gesagt: »Keine Partei kann es sich leisten, in ihrem Schaufenster Waren auszustellen, die sie nicht im Lager hat . .. .Ich glaube, daß wir an Parteiausschlüssen nicht vorbeikommen . . . Willy Brandt muß dafür sorgen, daß es nicht bei Versprechungen bleibt, sondern Taten folgen.« So recht hat Schmitt noch nie gehabt: Natürlich muß man Wahlen verlieren, wenn man (wie 1972) den »demokratischen Sozialismus« ins Schaufenster legt und nach gewonnener Wahl eine Politik macht, die eine Million Arbeitslose wenn schon nicht produziert, so doch nicht verhindert. Natürlich hätte Willy Brandt müssen und muß Helmut Schmidt dafür sorgen, daß den Versprechungen (»Sicherheit der Arbeitsplätze«) Taten folgen. Und sicherlich wird man an Parteiausschlüssen nicht vorbeikommen: Zum Beispiel solcher Leute, die zusammen mit Gerhard Löwenthal im Bund Freies Deutschland als SPD-Mitglieder ihre Partei diskreditieren. Und auch solcher Leute, die wiederum zusammen mit Gerhard Löwenthal im Bund Freiheit der Wissenschaft die Berufung demokratisch-sozialistischer Hochschullehrer boykottieren. Wie zum Beispiel Hermann Schmitt-Vockenhausen. Oder Leute, die Axel Springers CSU-Organ »Bild« mit Interviews gegen die eigenen Genossen munitionieren. Oder will die SPD weiter zittern, daß Schmitt-Vockenhausen vier Wochen vor der nächsten Wahl unter Protest gegen die kommunistisch unterwanderte SPD zur CDU überläuft? Günther Müller, Herbert Hupka und Klaus-Peter Schulz haben vor vier Jahren auch so angefangen.

Kiepenheuer & Witsch verlegt Werke von Heinrich Böll. Zuletzt erschien dort »Die verlorene Ehre der Katharina Blum«, Bölls große Anklage des »Bild«-Journalismus. Gegen ein anderes Buch aus diesem Verlag, in dem ein Hamburger Ex-Verleger seine ehemaligen Mitarbeiter durch einige Dutzend Lügen verunglimpfte, gingen die Betroffenen vor Gericht. Dort trafen sie auf den Redaktionsanwalt des Hamburger Springer-Hauses, Gerhard Thedens, der die Interessen des Kiepenheuer & Witsch-Geschäftsführers **Neven DuMont** vertrat. Die Katharina Blum, lieber Herr Böll, schreit nach einem Anhang.

In der »Feder«, herausgegeben von der IG Druck und Papier, redigiert vom Vorstandsmitglied Eugen Stotz, war zu lesen, daß der Hamburger Korrespondent der „Frankfurter Rundschau«, Dieter Stäcker, zu denen gehöre, die über Leute schreiben, ohne sie vorher zu befragen. Außerdem sei eine von Stäcker verfaßte Geschichte über eine Hamburger Bau-Affäre in allen tatsächlichen Punkten falsch. Unterzeichnet war dieser redaktionell aufgemachte Angriff von einem Herrn Baumann. Kaum ein Leser - mit Ausnahme natürlich von Eugen Stolz - konnte ahnen, daß dieser Baumann von Beruf Pressesprecher der an der Affäre beteiligten Baugesellschaft »Neue Heimat Nord« ist. Stäcker wußte es und beantragte eine einstweilige Verfügung. Als Anwalt der Gegenseite meldete sich der frühere Springer-Syndikus und jetzige Hamburger FDP-Vorsitzende **Hermann Arning,** den der IG Druckvorstand mit einer Prozeßvollmacht gegen das IGDruck-Mitglied Stäcker versehen hatte.

Über die »Ostpolitik des Vatikans« schreibt im »Rheinischen Merkur« der frühere Präsident des Bundesnachrichtendienstes **(BND), Reinhard Gehleu.** Zu krank, um vor dem Guillaume-Ausschuß zu erscheinen und über die illegale Bespitzelung bundesdeutscher Politiker durch seinen Dienst auszusagen, scheint er doch kräftig genug, zum »Abwehrkampf der Kirche gegen die atheistische kommunistische Welt und Ideologie« zu blasen und den Vatikan wegen dessen Anpassung an die »illusionäre Politik der angeblichen Entspannung« zu rügen: »Es ist offenbar die feste Überzeugung des Papstes und seiner engsten Mitarbeiter, daß die kommunistische Revolution früher oder später auf der ganzen Welt siegreich sein wird.« Redaktioneller Begleittext: »Die Sicht des Vatikans und die Sicht des Nachrichtenmannes müssen sich nicht decken, sie können sich aber ergänzen, zumal wenn die eine von einem so erfahrenen und letzten Werten verbundenen Mann wie Gehlen kommt.« Armer Paul VE Was aber die letzten Werte und die Verbindungen angeht, da ist Gehlen schon ein Mann,

der das vierte Gebot (»Du sollst Vater und Mutter ehren . . .«) bis zum äußersten, bis hin zu den letzten Vettern befolgt hat, so daß der BND schließlich von der ganzen Gehlen-Mischpoche durchsetzt war. Denkbar, daß sein Sohn, gefragt, wie er zum BND-Residenten in Rom aufsteigen konnte, mit seiner knappen Antwort den Schlüssel zu Gehlens päpstlicher Neigung geliefert hat: »Vati kanns!«

Es geht nichts über präzise Information, und wer noch nicht gewußt hat, daß das Russische Reich (1974) von Bojaren regiert wird, tut gut daran, den **»Spiegel«** zu lesen: ..Kein Zweifel: Der Kreml weiß, daß sich etwas ändern muß im Russischen Reich, wenn es mit dem Westen konkurrieren will - aber über Ausmaß, Ziel und Gefahren der Änderungen sind sich die Bojaren nicht einig. Nur eines haben sie gemein: Sie sind alt.« Unter uns Bojaren nannte man das früher eine Schmonzette. Aber es geht ja weiter: »Die Mehrheit der Minister in Kossygins Kabinett stammt noch aus der Zeit Chruschtschows . . .« Und der war - im Russischen Reich - bekanntlich der Haushofmeister Peter des Großen.

Selten hat Willy Brandt eine so gute Presse gehabt. **Die »Welt«** lobte ihn und die »**FAZ**« nahm ihn gegen Angriffe ihres Lagers in Schutz, zu denen es gar nicht gekommen war: »Der SPD-Vorsitzende verdient keinen Vorwurf dafür, daß er bei seinem Besuch in Lissabon die portugiesischen Linkssozialisten nicht laut und vor aller Öffentlichkeit, sondern diskret vor dem Kommunismus warnte. Die portugiesischen Linkssozialisten, noch im Hochgefühl des gemeinsam mit den Kommunisten errungenen Sieges über das alte Regime Caetano und über Spinola, scheinen im Augenblick wenig geneigt, auf antikommunistischen Rat zu hören. Man muß also vorsichtig und geduldig zu Werke gehen.« Es ist ja auch höchste Zeit, daß die deutsche Sozialdemokratie, deren strategische und taktische Qualitäten in den über hundert Jahren ihres Bestehens den Siegeszug des demokratischen Sozialismus ermöglicht haben (kleinere Unfälle wie der von 1932/33 trüben das Bild kaum), ihre politische Weisheit exportiert. Damit in Portugal anstatt der Kommunisten Herr Caetano wieder ins »demokratische Kräftespiel« kommt. Vielleicht hat Brandt in seinen vertraulichen Gesprächen schon detaillierte Anregungen gegeben - denn was Portugal jetzt braucht, ist sicher ein Extremistenerlaß und ein Abgrenzungsbeschluß. Den Rest besorgen dann der CIA und die Multis.

Eine neue Variante gibt's in der Diskussion um das imperative Mandat in der SPD: Die Rechten in der Bundestagsfraktion haben es erzwungen und ein Linker hat sich unter Protest gebeugt: MdB **Karl-Heinz Hansen,** engagierter Gegner des Milliarden-Projekts MRCA (KONKRET 1/74), hat im Verteidigungsausschuß des Bundestags dafür gestimmt allerdings nicht ohne eine persönliche Erklärung zu Protokoll zu geben: »Ich halte die dem militärischen Auftrag für MRCA zugrundelegende militärstrategische Konzeption für fragwürdig und damit diesen Auftrag auch weiterhin für zweifelhaft . . . In diesem Sinne ist mein Votum die Übernahme des Mehrheitsvotums meiner Fraktion.« Im Klartext, so Hansen: »Ich bin hier nur Stimmvieh.«

Geburtstagsfeier bei der Bonner Prominentenwirtin Ria Atzen. Der Herr, der hinter dem Rücken von Rut Brandt mit dem Ex-Kanzler plaudert, hatte im Frühjahr 1972 versucht, der Reaktion mit Hilfe von Überläufern die Bonner Macht zu ermogeln. Zehntausende haben damals in den Betrieben von Hoesch und Klöckner und Fetten & Guillaume aus Protest gegen diesen Staatsstreich-Versuch die Arbeit niedergelegt und sind mit »Willy«-Parolen auf die Straße gezogen. Viele von ihnen wurden registriert und bei Entlassungen als erste auf die Straße gesetzt. Sie werden sich freuen, zu sehen, daß der lästige Streit begraben ist und man sich jetzt bei Rehrücken und einer Trockenbeeren-Auslese wieder ganz gut versteht.

Konkret 12/74, S. 17

Mit Ford und Totschlag

US-Exportartikel Kriminalität

Die Kriminalität und Gewalt werden zu einer Gefahr für die Stabilität unserer Gesellschaft.
Richard Nixon

Gewalt ist so amerikanisch wie Apfelkuchen.
Rap Brown

Das sind die USA: Der Präsident war ein Verschwörer, sein erster Vize ein Betrüger und Steuerschwindler. Der zweite Vize und jetzige Präsident hat Steuern hinterzogen. Dessen Vize hat jahrelang Politiker und Journalisten bestochen. Einer der Geschmierten wurde Außenminister und meineidig. Die ranghöchsten Berater des ersten Präsidenten stehen als Anführer einer Einbrecherbande vor Gericht.

Das sind die USA: Seit Anfang des Jahrhunderts wurden 800 000 Menschen Opfer von Verbrechen. Jedes Jahrwerden 20 000 Personen ermordet und 100 000 mit Schuß- und Stichwunden in Spitäler eingeliefert. Von 1966 bis 1972 stieg das Risiko der US-Bürger, einem Verbrechen zum Opfer zu fallen, um 74 Prozent. Jedes Jahr werden 365 000 bewaffnete Einbrüche verübt. Allein in New York werden zehnmal soviel Verbrechen begangen wie in ganz Großbritannien. Seit dem 1. Januar 1969 wurden in Chicago 4670 Menschen ermordet - viermal soviel wie im nordirischen Bürgerkrieg. In amerikanischen Privatwohnungen liegen 130 Millionen Schußwaffen aller Art. Alle 13 Sekunden wird in den USA ein Revolver verkauft.

Das sind die USA: Jeder zehnte US-Amerikaner hat Erfahrung mit Drogen. In New York gibt es 200 000 und in der Hauptstadt Washington 45 000 Süchtige. 80 Prozent aller College-Schüler greifen regelmäßig zu Drogen - die meisten zu Marihuana, viele auch zu Heroin. Mehrere Leibwächter des Präsidenten Nixon waren süchtig. Anfang 1973 zählte man in den USA cirka neun Millionen schwere Alkoholiker, davon 130 000 in der Armee. Sieben von zehn Jugendlichen im Alter von vierzehn Jahren haben sich an Alkoholkonsum gewöhnt. Untersuchungen im US-Staat Ohio ergaben, daß dort jeder dritte Bürger Barbiturate (betäubungsmittelhaltige Arzneien) einnimmt. In Philadelphia wurden von 1967 bis 1971 über hundert Todesfälle infolge Barbiturat-Sucht registriert.

Das Land exportiert seine Produkte in alle Welt - nach Vietnam, nach Kambodscha, nach Chile und in die Bundesrepublik: 200 000 Soldaten und Offiziere der 7. Armee. » Well«, sagt der Chef dieser Armee, General Michael S. Davison, »die Menschen, mit denen wir es in der Armee zu tun haben, kommen eben aus dem Sozialmilieu unseres Landes. Es wäre doch ungewöhnlich, wenn all diese Probleme vor den Kasernentoren haltmachen.«

Sie machen nicht halt: 73 Prozent der 7. Armee-Soldaten sind - nach einer amerikanischen Untersuchung- Alkoholiker. In einer Sondereinheit für den Einsatz atomarer Sprengköpfe waren 21 von 30 Soldaten und Sergeanten ständig alkoholisiert, fünf nahmen Haschisch. Rund 7000 Mitglieder der 7. Armee nehmen Heroin, 4000 haben Erfahrung mit LSD. General Davison resigniert: »Fast ein Infanteriebataillon aller Dienstgrade ist tot oder verwundet - und dabei schießt doch niemand auf uns.«

In den Garnisonstädten floriert der Drogenhandel, in den Nachtklubs und Bars rund um die Kasernen wird fast überall ganz offen Hasch geraucht und hinter dem Tresen Heroin verkauft. So etwa in Frankfurt in der »Bockenheimer Anlage«, in München im »Song Parnass« und im Augsburger »Big Apple«. Treffpunkte für die schluckenden deutschen Kumpane oder Kunden sind meist öffentliche Plätze - in Heidelberg die Heilige-Geist-Kirche, in Bamberg der Dom.

Der ständige Alkohol- und Drogenmißbrauch läßt die Kriminalität sprunghaft ansteigen. »Etwa 40 Prozent der Straftäter unter den GIs nehmen Drogen oder stehen im Verdacht, es zu tun«, gesteht General Davison. Und der Oberpsychiater der 7. Armee befürchte: »Das Rauschgift wird auch weiterhin zu Raub und Totschlag führen.«

Wenn bei den GIs Zahltag ist, geht die Bevölkerung in Deckung. »Vor dem Pay-day«, sagt Gendarmeriehauptmeister Albin Meschenmoor aus Baumholder, »da fang' ich an zu zittern, da hab' ich immer Angst.«

Die jüngsten Statistiken zeigen, daß amerikanische Soldaten in der Bundesrepublik allein im Jahre 1971 genau 2319 Gewaltverbrechen - 40,5 Prozent mehr als im Vorjahr und 75 Prozent mehr als 1969 - verübten. Obwohl entsprechende Zahlen für 1972, 1973 und 1974 noch fehlen, muß man mindestens mit gleichen, wenn nicht mit höheren Verbrechens-Wachstumsraten rechnen.

Die Liste der Straftaten, die schon längst zur »Benehmensnorm« der GIs in der Bundesrepublik gehören, reicht von Rowdytum in öffentlichen Anlagen bis zu Notzucht, Raub und Mord. Immer öfter werden Frauen sowie Personen, die beruflich mit GIs zu tun haben (Taxi-Fahrer, Händler, Restaurant- und Kneipenbesitzer), Opfer der Verbrecher in Uniform.

Fast täglich wird irgendwo in der Bundesrepublik eine Frau von einem GI überfallen. Drei Beispiele aus dem Jahre 1969: Der US-Soldat Mark Smith vergewaltigte und ermordete die 46jährige Irmgard Heck, die 35jährige Antje Pusch und die 16jährige Schülerin Gabriele Roeder. Sein Kamerad Richard K. Ritter vergewaltigte die 18jährige medizinische Assistentin Helga Hartung aus Burgbernheim (Uffenheim) und erwürgte sie in seinem Wagen. Der Gutachter bezeichnete Ritter als einen »Neurastheniker, der an einer fetischisierten Sexualität mit sadistischen Impulsen leidet«. Die 17jährige Verkäuferin eines Kaufhofs, Gerda Gold, aus Waldershof (Tischenreuth) wurde am 28. Februar 1969 vom US-Stabsfeldwebel Donald Patrick McGeer, 38, vergewaltigt und in Sexual-Ekstase ermordet. Eine Gerichtsexpertise ergab, daß McGeer sich im »Zustand einer langjährigen psychopathologischen Zerrüttung« befand.

Wenn diese Verbrechen nicht mit dem Tod des Opfers enden, kommen sie selten in die Zeitungen. Sowohl die Behörden als auch die Boulevardpresse scheuen sich, die heiklen Beziehungen zum amerikanischen Bündnispartner durch solche Berichte zu belasten.

Das gleiche gilt für die häufigen Raubüberfälle von US-Soldaten. Grund für solche Überfälle ist meist Finanzbedarf für Alkohol und Rauschgift. Immer wieder kommt es auch hier zum Mord: 1970 wurde in Neu-Ulm der Taxifahrer Manfred Schwarz von dem US-Soldaten Karl Manke mit einem Messerstich schwer verletzt. Schwarz gelang es, die Pistole herauszureißen und auf den Angreifenden zu schießen. Beide starben. 1971 wurde in Fürth der Taxifahrer Rudolf Stahlhofer, 48, in seinem Wagen erschossen. Seine Mörder - zwei US-Soldaten in Zivil, konnten fliehen. Beim Panzer-Übungsplatz der US-Armee in Hohenfels wurde die Leiche des Taxifahrers Bernhard Ulrich, 58, gefunden.. Er war von drei betrunkenen GIs mit Füßen zu Tode getreten worden.

Auch das Vermögen der US-Armee kommt zu Schaden. So plünderte am 1. August 1973 bei Nürnberg ein 18jähriger US-Soldat den ihm zur Überwachung anvertrauten Wagen aus und floh mit 6000 Dollar. Im Januar 1970 wurde von US-Soldaten eine ganze Partie Waffen (einschließlich 8 MPs, 7 Pistolen, 6 Granatwerfern und 27 Flammenwerfern) aus einem unbewachten Depot der Kaserne »William O'Darly« gestohlen. Man vermutet, daß diese Waffen an deutsche Kriminelle weiterverkauft wurden.

Was immer die Kriminellen bei dem Handel erlöst haben mögen - es ist nichts gegen die Millionen Dollars, die der US-Staat über den CIA illegal in Allendes Ermordung investierte, mit vorheriger Zustimmung eines noch amtierenden US-Außenministers und nachträglicher Billigung des US-Präsidenten. Oder die dicke Brieftasche, die Henry Kissinger sich von Nelson Rockefeller schenken ließ, um dessen Kapital-Imperium neue Märkte zu öffnen oder alte offenzuhalten: In Chile oder Griechenland oder Kambodscha oder der Bundesrepublik oder wo sonst der »American Way of Life« regieren soll.

Und er regiert. Der Kölner Kripo-Chef Hans Werner Hamacher: »Bis vor kurzem unbekannte Varianten der schweren Kriminalität wie Kidnapping und Flugzeugentführung waren ebenso US-Importe wie Geiselnahme und Bankraub-Boom. Die Häufigkeitszahl der Eigentumselikte, Einbruch, Diebstahl über hundert Mark und Autodiebstahl stieg in der Bundesrepublik von 1960 bis 1970 etwa gleich stark wie in USA von 1953 bis 1965 - hier von 483 auf 1061, dort von 627 auf 1249.« Laut Hamacher hat in der Bundesrepublik »soeben die Phase begonnen, die sich in den USA seit 1965 rapide vollzog«.

»Die Bundesrepublik darf kein gigantisches Chicago werden!« Das stand in der »Bild-Zeitung«. Und was steht dort, wenn mal einer einen Weg weist? Zum Beispiel: Ami go home?

Konkret 12/74, S. 19

Hartmut Schulze

Mit einem Lesering durch die Nase

Kennen Sie Gööck? Roland Gööck? Sollten Sie, denn er kann Bücher schreiben: über Traumreisen, über »alle Wunder dieser Welt« und die »Großen Rätsel« ebenderselben, über Braten und Suppen, über Spiele, Quiz, Do it yourself, über Urlaub, Zauberei und Schnaps.

Ein Bestseller ist ein Buch mit einer Auflage von 30 000. Ein Best-Best-seller hat mindestens 100 000. Ein Gööck hat 2 Millionen - wie etwa sein »Neues großes Kochbuch«. Überhaupt tut er's selten unter sechsstelligen Auflagenziffern, weil sein Verleger Bertelsmann heißt und der will schließlich »breiteste Bevölkerungsschichten für die vergeistigenden (Schnaps?) und versittlichenden Ideen und Kräfte des Buches« gewinnen. Soweit ein Zitat aus »Bücher für Millionen«, eine 200-Seiten-Hymne auf das Gütersloher Verlagshaus. Autor: Gööck.

Von ähnlichem Auflagen-Kaliber sind auch ein C. C. Bergius oder die Kinderbuch-Autorin Enid Blyton. Von Millionen verehrt, aber kaum einem Literaturwissenschaftler oder Feuilletonisten bekannt, verweisen sie - en masse - die Böll, Lenz und Grass, ja die Malpass und Simmel auf hintere Plätze.

Jedes zweite in der Bundesrepublik verkaufte Buch hat die Nummer eines Buchklub-Katalogs. In der Belletristik werden 80 (achtzig) Prozent aller gebundenen Bücher von den Klubs vertrieben. In jedem dritten Haushalt gibt es ein Buchgemeinschaftsmitglied, und dennoch kann es sich die offizielle Literaturkritik erlauben, diese 5 Millionen Leser Schlichtweg zu ignorieren. Denn sie bilden einen eigenen, abgeschlossenen Literaturmarkt, der nichts mit Frankfurter Buchmesse und nichts mit Spiegel-Bestseller-Liste zu tun hat. Dafür treffen sie sich in Clubcentern (allein Bertelsmann hat fast 150), wählen HV (Hauptvorschlags)-Bände und erhalten TreuePrämien. Für eine »Freundschaftswerbung« gibt's ein Kaffee-Service und für zwei einen Eierkocher. Vierteljährlich studieren sie die Lesering-Illustrierte und hoffen, auch mal von ihrem Star-Autor zu einem Rundflug eingeladen zu werden.

Kurz nur haben die Großkritiker gerade doch einmal ihren Streit um Kaisers Bart unterbrochen oder haben flüchtig von ihrem Leichenschmaus für die tote Literatur aufgeschaut, um diesem Millionen-Publikum, das nicht das ihre ist, ein paar halbherzige Bemerkungen zu gönnen. Allzu inhaltlich durften sie dabei freilich nicht werden, sie hätten ihre eigene Arbeit sonst allzu leicht selbst ad absurdum führen können. Nein, in der Regel blieb es beim »kulturkritischen« Lamento über die Vermassung von Literatur, über die Anonymität ihrer Produktion und Konsumphon durch Buchgemeinschaften.

Den Anlaß boten das 50jährige Jubiläum der Büchergilde Gutenberg und eine vor wenigen Wochen veröffentlichte Bertelsmann-Studie von W. Langenbucher und W. Truchseß über das Programmangebot der Leseringe. »Leseringe«? - der allgemeine Gebrauch dieses Begriffs markiert schon die Gütersloher Hegemonie. Denn wie es nur ein Maggi gibt, nämlich das von Maggi, und die braune Soße sonst »Würze« heißt, gibt es auch nur einen Lesering, den von Bertelsmann. Dem gehört aber fast jedes zweite Buchklub-Mitglied in , der Bundesrepublik an. Zählt man die anderen Buchgemeinschaften, die der Konzern inzwischen unter seine Fuchtel bekommen hat, dazu (u. a. Europäische Bildungsgemeinschaft, Deutsche Buchgemeinschaft, Christlicher Bildungsverein, Europäischer Buch- und Phonoklub . . .) stehen über 4 Millionen Mitglieder in der Bertelsmann-Kartei. Verlage, Musik-, Film- und Fernsehproduktionsbetriebe sowie rund 2,7 Millionen Buchklub-Abonnenten im Ausland ließen die Zeitung »Christ und Welt« Gütersloh zu »Europas geistiger Hauptstadt« küren.

Diese »gewissen Konzentrationstendenzen«, wie sie das Bertelsmann-eigene Institut für Buchmarktforschung beschrieb, wurden - wie ruppig im großen so ruppig auch im kleinen - mit den inzwischen sprichwörtlich unlauteren Mitglieder-Werbe-Methoden vorangetrieben. Von der Zeitschrift D-Mark darauf angesprochen, antwortet Werbeleiter Pfundtner von Bertelsmanns Europäischer Bildungsgemeinschaft kaltschnäuzig, daß er schließlich nicht hinter jedem seiner Vertreter einen Polizisten postieren könne.

Die Schulung der Kundenfänger wird mit »wissenschaftlicher Gründlichkeit« betrieben und gestaltete sich offensichtlich zu einem ganz persönlichen Spaßvergnügen des Gütersloher Godfather Fritz Wixforth, über den Roland Gööck in seinem Hofbericht schreibt: »Oft genug saß er stundenlang dabei, wenn zur Übung vor dem Mikrophon Werbegespräche

improvisiert wurden. König einer solchen Veranstaltung war, wer es schaffte, Fritz Wixforth für eine Mitgliedschaft im Lesering zu gewinnen.« Lustig, gell? Und was kann es den Spaß schon trüben, wenn einem - wie Ende Oktober wieder geschehen - das Oberlandesgericht Stuttgart laue 10.000 Mark für unlautere Werbemethoden aufbrummt! Der Erfolg zählt.

1966 klagte der Geschäftsführer der Deutschen Buchgemeinschaft, Semrau: »Bertelsmann hat mit den schlechten Werbemethoden angefangen und mit tausenden von Vertretern das Land überschwemmt. Diese Werbefeldzüge haben uns zurückgeworfen. Alle anderen Klubs werden auch diesen Weg gehen müssen.« Kurze Zeit später ist solche Eigeninitiative schon nicht mehr nötig: Seit 1970 gehört die Deutsche Buchgemeinschaft zur Hälfte selbst zum Bertelsmann-Konzern.

Natürlich bringt das Mohn-Monopol auch andere Verlage unter Kontrolle. Oft geraten sie so weit in dessen Abhängigkeit, daß bestimmte Produktionen ohne Buchklub-Mindestabnahme erst gar nicht aufgenommen werden. Denn nennenswerten Profit wirft ein Buch gemeinhin erst bei einer Auflage von 20 000 ab. Der Melzer Verlag zum Beispiel konnte seine vier Mickey-Mouse-Bände erst drucken, nachdem Bertelsmann die Abnahme von 130 000 Exemplare garantiert hatte. In den Sortimentsbuchhandel geht nur eine 20 000er Auflage.

Mit gigantischen Auflagen, billigen Auslandslizenzen, mit Autoren-Honoraren, die prozentual nur halb so hoch sind wie im übrigen Verlagsgeschäft, und mit dem Überspringen des Zwischenhandels bieten die Buchgemeinschaften ihre Titel bis zu 30 Prozent billiger als im Einzelhandel an, dem dann mit einem »Welt«-Zitat auch noch vorgeworfen wird: »Er hat keine Anstrengungen gemacht, die mit jenen der Buchgemeinschaft vergleichbar wären« (Zitiert von R. Gööck).

Insgesamt setzt die Bertelsmann-Gruppe jährlich 950 Millionen Mark um; die Hälfte davon durch ihre Buchklubs. (Zum Vergleich der Rowohlt-Umsatz: 36 Millionen im Jahr).

Nun mag der verträumte Kulturpessimist angesichts solcher Größenordnungen, angesichts der vollautomatisierten Buchfabrik mit ihren von Gabelstaplern bewegten Türmen bedruckten Papiers quengeln. Dann darf er aber nicht gleichzeitig über die kürzlich veröffentlichte Ifak-Studie »Buch und Leser 1973« (übrigens auch im Bertelsmann-Auftrag) jammern, wenn sie feststellt: Nur die Hälfte aller Bundesbürger kann als Buchleser gelten, hat in den letzten zwölf Monaten ein Buch gelesen.

In der Bundesrepublik gibt es 25 000 Gemeinden, aber nur 4 000 Buchhandlungen (nach H. Montanus immer noch 2 000 zuviel), die sich zudem auf kaum 1000 Städte verteilen. Wir wollen uns nicht durch Bertelsmanns Buchmarkt-Institut den Schimpf des »dekadenten Salonjournalismus« zuziehen und geben gerne zu, daß diese Tatsache allein die Existenz von Buchgemeinschaften rechtfertigt. Abstrakt.

Kommen wir also zu der wichtigsten Frage nach den Inhalten, denn das Buch ist - oft übersehene Banalität - keine Ware wie jede andere. Was wird da in Massen produziert, vertrieben, gelesen?

Rund 40 000 neue Titel erscheinen jährlich in der Bundesrepublik. Bertelsmanns Lesering bietet in jedem Quartal etwa 500 Bücher an, davon durchschnittlich 50 Neuerscheinungen. Langenbucher/Truchseß folgern kühn: »In der Kommunikation zwischen Autor und Leser stellen die Buchgemeinschaften eine Selektionsinstanz dar.«

Aber welchen Maximen gehorcht die Programmpolitik? Weder die Gütersloher Presseabteilung noch das - angeblich allein über die Auswahl entscheidende -Lektorat wollten KONKRET gegenüber hierauf telefonisch antworten. Dagegen definieren Langenbucher/Truchseß gleich in der Vorbemerkung ihrer Studie: Buchgemeinschaften stellen »den kommunikativ-inhaltlichen Niederschlag wirtschaftlich-unternehmerischen Handelns« dar.

So wundert's nicht, daß unter den 14 Autoren, die sie als »typisch« für den Bertelsmann-Lesering herausgefunden haben, zwei Landser- und Kriegsromanciers (W. Heinrich und H. G. Konsalik), zwei Protagonisten faschistischer oder faschistoider Literatur (Ina Seidel und Luis Trenker) und eine Reihe Verfasser billigster Kolportage wie H. G. Kernmayr oder H. U. Horster versammelt sind.

Nicht viel anders sieht die Liste der »Autoren mit hervorgehobener Prominenz«, deren Bücher in den Katalogen besonders herausgestellt werden, aus: Simmel, Bergius, Anne Golon, Vicky Baum» A. J. Cronin, H. Robbins, John Steinbeck, etc.

Am häufigsten wird allerdings Karl May angeboten. Auf Platz 4 immerhin Goethe (der mit den schönen Buchrücken). Rang 6 hat Erich Kästner (aber nur der für Kinder), gefolgt von der unvermeidlichen Pearl S. Buck. Später kommen dann noch Francoise Sagan und auf Platz 13 sogar Böll. Ein Nobelpreis war noch immer Absatz-Garantie (»Beständige Werte für Ihre Bibliothek«). Für's Renommee hat man sogar Einzelstücke von Handke, Hochhuth (dem Ex-Lektor des Leserings) oder Arno Schmidt (»Warum nicht mal ein anspruchsvolles Buch verschenken?«). Prominenz, geschweige denn hervorgehobene, hatten die allerdings nicht; ebensowenig wie der »eigenwillige Autor« Brecht.

Diese Namen gehören in die »quantitativ als Randgebiete anzusehenden Buchgruppen, (die) offensichtlich eher gewissen Zufälligkeiten als gezielter Programmpolitik« unterliegen. (Langenbucher/Truchseß)

Star-Autor bei Bertelsmann (und anderswo) ist auch ein Trio, das sich den Decknamen H. G. Konsalik zugelegt hat. Vom Arzt- bis zum Landserroman empfiehlt die Lesering-Illustrierte gegenwärtig sieben Konsalik-Stories. Auf der Seite »Lesestoff nach Männerart« Abteilung »Berühmte Autoren schrieben über den Krieg«, wird Konsaliks »Russische Sinfonie« feilgeboten. Und wenn die drei (Marroth, Günther, Hein) über Krieg schreiben, dann z. B. so: »Leskau duckte sich, als einer der Russen ihn ansprang. Er sah ein Messer in der Hand, ein verzerrtes mongolisches Gesicht schnellte auf ihn zu . . . ‚Pjoß` hörte er (Hund!). Eine helle, fast kindliche Stimme. Sie kam aus dem Gesicht wie ein dünner Schrei. Leskau hob die Hand. Er sah keinen anderen Weg. In das breite asiatische Gesicht Schoß er mit seiner 08. Ein dunkler Fleck entstand über der Nasenwurzel . . . die geschlitzten Augen sahen ihn fast erstaunt an, der rechte Arm zuckte empor und warf noch im Niederfallen das Messer auf Leskau.«

Kurzer Schwenk: »Demokratie mit wachsender Kompliziertheit der Entscheidungen und das Funktionieren der modernen Industriegesellschaft setzen den informierten, zur Reflexion befähigten Bürger voraus. ‚Kurztextlesen` reicht dazu nicht aus; ohne Buch kein soziales Lernen.« Erster Absatz eines Bertelsmann-Pressepapiers über »Die Bedeutung der Buchgemeinschaften als Institution der Lesekultur.«

Aber, nicht wahr, das Programm ist schließlich nur »eine klare Widerspiegelung der Käuferbedürfnisse.« (Langenbucher/Truchseß). Nur ist dies ein Käuferinteresse nach Monopolherren-Art, ein Käuferinteresse, das sogar noch Neckermann für seinen Elektronischen Tischrechner im Jeans-Look herbeizitieren kann.

Weiter im gleichen Ton: »Eine gezielte politische Intention - möglicherweise auch gegen die überwiegenden Käuferbedürfnisse -findet sich nur gelegentlich . . . Die Programme der untersuchten Buchgemeinschaften lassen keine einseitige Ausrichtung erkennen und sind eher als unpolitisch einzustufen.« Abgesehen davon, daß sich in der explizit politischen Sachliteratur fast ausschließlich die internationale Reaktion von Helmut Schmidt über Servan-Schreiber bis zu Arthur Schlesinger ein Stelldichein gibt (einzige Ausnahme: Robert Jungk), haben natürlich auch und gerade die 50 Prozent Belletristik im Bertelsmann-Programm ihre politische Funktion.

Langenbucher selbst wußte das schon mal besser, als er (damals ohne Bertelsmann-Auftrag) 1968 in der FAZ schrieb: »Diese Unterhaltungsromane, . . . die einige erfolgreiche Autoren wie Kirst und Simmel regelmäßig schreiben, sind die eigentliche politische Literatur der Gegenwart in der Bundesrepublik . . . Romanciers und Reporter dieser Art benutzen die Darstellungsform ‚Roman` nicht zuletzt, um direkt auf ihre Leser publizistisch einzuwirken . . . Sie sind Leitartikler, die politische Meinungsbildung treiben. Sie wissen, daß der Romanleser bei der ‚Stange` bleibt, wenn nur gut erzählt wird. Die erzählerischen Kunstmittel dienen ihnen als Vehikel für ihre außerliterarischen Zwecke.«

In diesem Sinne wird die Programmstruktur nach wie vor von den Hauptvorschlagsbänden bestimmt, die bei Bertelsmann nach einer Angabe von 1965 in einer Durchschnittsauflage von 600 000 produziert werden. Diese Bücher werden automatisch mit Abnahme-Pflicht an alle Klubmitglieder verschickt, die zu einem festgesetzten Termin keine andere Bestellung aufgegeben haben. Die Zahl der Kunden, die bewußt auswählen, steigt allerdings; ein gutes Zeichen. Kulturelle Bedürfnisse erweisen sich als ebensowenig grenzenlos manipulierbar wie ökonomische oder politische.

Konkret 12/74, S. 21

Mario Angelo

Planeten-Wirtschaft

Über dem Krankenbett des Kapitalismus kreist eine neue Sorte von Geiern: Die Astrologen

»Vergleichen wir unsere Wirtschaft mit dem Sonnensystem. Die Sonne bestimmt den Lauf der sie umkreisenden Planeten. Wenn einer dieser Planeten diesen Kreislauf stört, dann ist das Chaos da. Der Unternehmer ist die Sonne, und wenn linksradikale Gruppen den Kreislauf des Unternehmens stören, dann kommt es zu einer wirtschaftlichen Katastrophe.«

So schrieb der bundesdeutsche Altund Großmeister astrologischer Weissagekunst C. H. Huter kürzlich im Editorial des von ihm verlegten planetarischen Kampfblattes »Neue Weltschau« (»Wochenzeitung für aktuelle Weltereignisse«). Was Huter dort der In-Group seiner himmels- und schicksalskundlich vorgebildeten Leserschaft symbolträchtig verblümt zu erklären versuchte, daß nämlich die freie Marktwirtschaft, sprich das Unternehmertum, allein von der Gunst der Gestirne abhängt, ist von den Betroffenen längst erkannt.

Die Unternehmer hierzulande nämlich sind ohnehin bereits auf den Hund gekommen, und zwar auf den »Großen Hund«; nicht nur das, im Zeitalter der Mondlandungen glauben sie entdeckt zu haben, wie sie Sternbilder wie Perseus, Pegasus, Jungfrau, Delphin oder eben den Großen Hund für ihre Geschäftspolitik nutzen können. So wissen sie neuerdings, wenn Mars im zehnten Haus und zu Pluto im achten Quadrat steht, daß finanzieller Ärger droht, und wenn die Sonne 2 Grad 45 Minuten im Zeichen Waage in Konjunktion mit Pluto und Jupiter steht, daß ihre Untergebenen pflichtbewußt arbeiten.

Astrologie, genauer Wirtschaftsastrologie, heißt das neue Stichwort, das in den Vorstandstagen und Chefzimmern nicht mehr bloß Faszination ausübt, sondern längst bei Personal- und geschäftspolitischen Fragen mitentscheidet. Fast jeder Konzern, jedes größere und mittlere Unternehmen hält heute seinen eigenen Hausastrologen.

Den so stetig expandierenden Markt der Wirtschaftsastrologie teilt sich ein fast unübersehbarer Haufen Planeten-Kommentatoren (ihre Zahl wird auf 500 geschätzt), allesamt in sich zerstritten und die Kollegenschaft der Scharlatanerie zeihend. Ihrem selbstgestrickten Image entsprechend nennen sie sich auch nicht Astrologen, sondern erfinden neue, Seriosität suggerierende Berufsbezeichnungen, wie etwa Astropsychologen, Mikro-Charakteranalytiker, Computer-Astroanlaytiker und dergleichen mehr. Sterndeuter sind und bleiben sie aber allemal.

Da gibt es zum Beispiel den Wiener Stern-Propheten und Wirtschaftsastrologen Dr. Karl Pomper, 38, der sich übrigens nur als ‚Astropsychologe` angesprochen hören möchte. Neben österreichischen Großfirmen, darunter verstaatlichten Betrieben, zählt der ehemalige Geschäftsführer einer Wiener Knödelfirma auch bundesrepublikanische Unternehmen, vornehmlich im bayrischen Raum, zu seinem Kundenkreis. Was er in deren Auftrag betreibt, nennt sich planetarische Personalauslese, nach dem von ihm selbst ersonnenen »Appa-System«, (Astropsychologisches Personalauswahlsystem«), einem Misch-Masch aus Astrologie und Pseudo-Psychologie.

»Ich kann feststellen«, erläutert Pomper seine Arbeitsweise, »ob die Bewerber erfolgsorientiert sind und ob sie bei dem Unternehmen eine gewisse Zeit bleiben. Es wäre unsinnig, einen sehr qualifizierten Mann aufzunehmen, bei dem ich sehe, daß er ein halbes Jahr später wieder einen Stellungswechsel vornimmt. Diesen Mann könnte ich nicht empfehlen.

Und darüberhinaus könnte ich niemanden empfehlen, von dem ich weiß, daß er im Laufe des ersten Jahres der Beschäftigung bei einer bestimmten Firma Mißerfolgskonstellationen hat, die ein gewisses normales Maß übersteigen. Ich kann also den Erfolg eines Kandidaten feststellen. Ich kann sozusagen den erfolgsprogrammierten Manager herauskristallisieren in meinem System.«

Die Horsokop-Tüftler kristallisieren aber nicht nur Manager, sondern auch Angestellte und Arbeiter, quer durch die hierarchische Hackordnung. Und alle haben sie entsprechend unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die gleichen Startchancen, denn: »Wenn jemand die richtige Konstellation hat, dann kann er dumm wie Bohnenstroh sein, er bekommt doch einen Posten.« Das meint zumindest Erwin Kimmler, 44, aus dem niedersächsischen Sachsa, ein anderer Sterndeuter. Er nennt sich »astropsychologischer Personalberater« und möchte mit der konventionellen Astrologie nichts zu schaffen

haben, weil - so Kimmler: »90 Prozent der Astrologen sind Schwindler«.

Wie sein Wiener Kollege Karl Pomper hat sich auch Erwin Kimmler sein eigenes Planeten-Interpretationssystem gebastelt, das er stolz als »Mikro-Charakteranalyse« bezeichnet. Dieses sein System nimmt, so sagt er, »im Vergleich zur Astrologie dasselbe Verhältnis ein, wie das Elektronenmikroskop zum klassischen Mikroskop«. In Springers »Welt« durfte er zwei Artikel-Folgen lang die Vorzüge seiner Erfindung preisen, freilich als »objektiver Berichterstatter«. So konnte der niedersächsische Horsokop-Steller ganz unvoreingenommen und objektiv über seine Schöpfung tönen: »Die Mikro-Charakteranalyse ist . . . das einzige objektive wissenschaftliche Beurteilungssystem.«

Durch so massive Promotion, aber auch durch Mundpropaganda unterstützt, gerät die Wirtschaftsastrologie mehr und mehr zu einem expandierenden Dienstleistungsbereich, in dem aus existentiellen Gründen jeder gezwungen ist, die Konkurrenz mit besonderem Service auszubooten.

Das Münchner astrologische Institut »Telectron« (»Wir sind das Haus der Diskretion!«) zum Beispiel hat sich darauf spezialisiert, Unternehmern »Spezialfragen«, die sich halt so aus der Sterne Bahn ergeben, weiszusagen. Kein Wunder, denn die Leiterin dieser astrologischen Wahrsagerei, Frau Madeleine Paul, hat, den technischen Fortschritt nutzend, die traditionelle Glaskugel mit einem großen Computer vertauscht. Zum ganz besondern Kundenkreis zählen deshalb auch »vier Großfirmen, die jeder kennt«. Madeleine Paul erklärt, daß den Inhalt solcher Spezialfragen der Unternehmer bestimmt, der eine von ihr so genannte Persönlichkeitsanalyse über die jeweiligen Stellungsbewerber anfordert. Und solche Fragen können dann nach Frau Paul etwa so lauten:

»Ist der Kandidat fähig, den und den Posten in dem und dem Gebiet zu führen? Wie kann er Menschen führen? Wo ist er besonders talentiert einzustellen? Soll man die Leute in den Außenbetrieb stecken, um noch mehr aus ihnen 'rauszuholen? Soll man sie dalassen? Soll man ihnen Möglichkeiten geben?«

Der Ex-Knödel-Manager Karl Pomper bietet ähnlichen Service. Aus einer Vielzahl von Bewerbern filtert er mit Sternenhilfegenau den Aspiranten, der nach seinen in Uranus, Merkur oder Neptun vorherbestimmten und festgelegten Eigenschaften den Vorstellungen des Auftraggebers am besten entspricht. »Es gibt Leute, die sind dynamisch, vorwärtsstrebend, initiativ, risikofreudig, und es gibt Leute, die sind eher vorsichtig, umsichtig, abwägend, bedächtig. Beide Typen können zum Erfolg kommen. Aber die Methoden sind verschieden,« sagt Pomper. Und gerade deshalb sei es wichtig, daß ihm der Unternehmer genau sage, welcher »Typ Mensch« von ihm bevorzugt werde, »ob das ein dynamischer, aggressiver Typ sein soll oder ob das ein umsichtiger, beharrlich ausdauernder Typ sein soll«.

Der Sternendeuter Pomper hat dabei keine Schwierigkeiten: »Ich kann sowas ohne weiteres feststellen!« Doch auch für ihn soll kein »astropsychologischer« Eingriff in das Wirtschaftsleben ohne profitablen Nutzen bleiben: »Wenn man ein Unternehmen durchcheckt mit allen Positionen, die besetzt sind, kann man positionsgerechte Mitarbeiter heranziehen, die wesentlich effizienter sind, die ihre Arbeit wesentlich präziser und vor allem wirkungsvoller ausführen können, weil diese Arbeit dann ihren Veranlagungen entspricht.« . . .Ihren planetarischen Veranlagungen versteht sich.

Die besonderen Service-Leistungen des astrologischen Mikro-Charakteranalytikers Erwin Kimmler finden sich auf dem Gebiet des innerbetrieblichen Verfassungsschutzes. »Bei der stillschweigenden Überwachung von sehr wichtigen Personen, die einem Betrieb großen Schaden zufügen können« fände sein System besondere Anwendung, sagt der erfinderische Planeten-Schwarzkünstler. Er sieht zum Beispiel nur eine Möglichkeit, Computer-Spezialisten zu überwachen, und das ist seine Mikro-Charakteranalyse, mit deren Hilfe er messerscharf diagnostizieren kann: »Jawohl, der Mann ist ehrlich oder er hat den typischen Charaktergrundriß eines Industriespions.«

Um »mehr aus den Leuten 'rauszuholen«, um »positionsgerechtere Mitarbeiter, die wesentlich effizienter sind«, zu finden oder »den typischen Charaktergrundriß eines Industriespions« festzustellen, benötigen die Astrologen nichts weiter als die Geburtsurkunde des Bewerbers -Geburtstag, Geburtszeit und Geburtsort. »Allein aufgrund dieser Lebensdaten ist es möglich, von jedem Menschen einen Charaktergrundriß zu erstellen«, sagt dazu Erwin Kimmler.

Das erklärt, warum man neuerdings bei Bewerbungen neben den üblichen Unterlagen auch seinen Geburtsschein beifügen muß, in dem jene über das »Schicksal« so entscheidenden Faktoren astrologischer Weissagekunst verzeichnet sind. Daß der Kandidat nichts davon erfährt, daß die Sterne und nicht seine Qualifikation entscheiden, sei der Sinn der Sache, erklären

übereinstimmend alle Wirtschaftsastrologen. Faule, nachlässige Charaktere, zukünftige Streitkrädelsführer, betrügerische Buchhalter oder mißwirtschaftende Manager - die Wirtschaftsastrologie kennt keine Klassenschranken -, könnten so mit Sicherheit unbemerkt schon vor ihrer etwaigen Beschäftigung enttarnt werden und bräuchten erst gar nicht eingestellt zu werden.

Der himmlische Werkschützer Kimmler weiß hier die Vorteile der Astrologie gegenüber konventioneller »Gesinnungsschnüffelei« abzuwägen: »Sie können zwar ein Detektiv-Büro einschalten, aber was können die Leute feststellen, wenn der Betreffende einen absolut einwandfreien Lebenslauf vorweist, nicht bestraft worden ist und sich auch sonst normal bewegt hat? Damit ist aber noch lange nicht gesagt, was für einen hinterhältigen Gesellen man trotzdem eingestellt hat. Das stellt sich meistens immer erst raus, wenn's zu spät ist.« Und in diesem Zusammenhang meint Kimmler, sei die Astrologie, pardon, seine Mikro-Charakteranalyse, das Nonplusultra der Objektivität. Bei soviel Objektivität ist die sogar vom Grundgesetz geforderte Chancengleichheit natürlich auf optimalste, ja geradezu All-umfassende Weise verwirklicht, denn vor den Sternen der Unternehmer ist jeder gleich.

Selbst die Unternehmer. Sie wissen neuerdings nicht nur, wie sie das Universum gewinnträchtig zur Personalauswahl nutzen können, sie wissen auch, wie Merkur, Mars und Jupiter mit ihrem Kapital in Korrespondenz stehen. »Mein tägliches Brot«, erzählt Karl Pomper, »liegt in geschäftspolitischen Bereichen«, und er hat dazu auch gleich ein Beispiel parat:

»Nehmen wir an, ein Konzern will in den Vereinigten Staaten investieren. Die Vereinigten Staaten haben jetzt eine Periode hinter sich, wo der Saturn sehr viel mitgemischt hat, denn die Vereinigten Staaten werden durch das Zeichen des Zwillings beherrscht, und der Saturn war jetzt im Zeichen des Zwillings, was sich durch Rassenkrawalle, Arbeitslosigkeit, Dollarabwertungen und ähnliche Dinge gezeigt und manifestiert hat. Solange zum Beispiel solche negativen Kapitalaspekte ein Land treffen, kann man nicht empfehlen, daß dort investiert wird. Jetzt ist der Saturn vom Zeichen des Zwillings übergegangen in das Zeichen des Krebs und bis auf einen Rückschlag -, wenn der Saturn noch einmal kurzfristig in das Zeichen Zwilling kommt - kann man dann sagen, daß Amerika wahrscheinlich die größten Schwierigkeiten überstanden hat, und man könnte dann wieder empfehlen, in Amerika zu investieren.«

Als er noch Knödel-Manager war, seien ihm selbst oft genug solch planetarisch-puritanische Einsichten zugute gekommen, fügt Pomper hinzu.

Wirtschaftspolitische Prognosen dieser Art sind freilich schwieriger zu erstellen als die einfache charakterliche Beurteilung eines Firmenbewerbers per Weltall, obwohl die Grundzutaten astrologischer Koch-Kunst auch hier ausschlaggebend sind. Die Schwierigkeiten liegen für die Münchner »Telectron«-Frau, Madeleine Paul, etwa in Überlegungen wie diesen: »Wo ist bei dem Y-Mann die Idee entstanden, das Unternehmen zu gründen? Wann war die erste Einzahlung? Wann ist der Unternehmer zum Notar gegangen? Wann ist das erste Produkt gelaufen?«

Aus diesen Neben-Fragen ergibt sich für sie die Haupt-Frage: »Wann ist die Geburt eines Unternehmens?«, denn man kann »so gesehen praktisch mehrere Geburtstage eines Unternehmens haben«. Trotz dieser oft ungeklärten Frage nach dem Geburtsdatum, einer Frage von geradezu fundamentaler Bedeutung, kriegen die Astrologen ihre Prophetien immer wieder richtig hin, so daß sie wie Karl Pomper von sich sagen können: »Je länger mich die Leute kennen, umso größer wird mein Einfluß.«

Welche Unternehmer nun an diesem mit Ernst betriebenen Sternen-Poker mitspielen, wird wie ein Geheimnis gehütet. Eher erfährt man von den Konzernbossen die wahren Zahlen frisierter Bilanzen als das Glaubensbekenntnis, daß der Gestirne Bahn vielschichtig an dieser Bilanz mitgemischt hat. Der Pressetycoon Axel Springer und der Krupp-Aufsichtsratsvorsitzende Berthold Beitz sind bislang die einzigen der Großen, die zugegeben haben, geschäftspolitische Entscheidungen, wenigstens teilweise, planetarisch zu treffen. Springers ehemaliges Verbindungsglied zum Universum war die mittlerweile verstorbene Sterndeuterin Ina Hetzel; sein heutiger Hausastrologe ist der Kasseler »Privatgelehrte« und Sternenwärter Hans Genuit, der Interviews über seine Dienste beim Pressepotentaten Springer grundsätzlich verweigert, um nicht gekürzt wiedergegeben zu werden, und deshalb nurmehr Live-Interviews in Funk und Fernsehen zu geben bereit ist . . .

Auch sonst sind die Astrologen sehr vorsichtig, vor allem, wenn die Rede auf die Namen ihrer Auftraggeber kommt.

An der Gerüchtebörse im übersinnlichen Astrologen-Underground kursieren freilich bestimmte immer wiederkehrende Namen. Namen, von denen das »manager magazin« einige vor einem Jahr, bislang undementiert, genannt hat. Von Quelle bis Neckermann, von Unilever bis Philips, von Bertelsmann bis VW reicht das Spektrum der angeblich sternengläubigen Wirtschaftshäuser. Die abergläubische Infektion der Wirtschaft ist umfassend, sie reicht sogar bis ins Versicherungswesen. Schon 1967 schrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« zum Thema »Wirtschaftszweig` Astrologie«:

»So halten sich Sachversicherungen Versicherungsastrologen, die ihnen Katastrophen präzis voraussagen sollen. Wenn eine Versicherung ‚kneift` und ein bestimmtes Risiko in einem bestimmten Land nicht übernehmen will, kann durchaus der Hausastrologe dahinterstecken, der - und erstaunlich oft mit Erfolg- warnte. Auch Hagelversicherungen verschmähen es nicht, den Rat der Gestirne einzuholen.«

Fragt man dann in den Chefzimmern der fraglichen Konzerne und Unternehmen nach, ob denn und warum denn, so erntet man durchweg Absagen. »Was glauben Sie denn, wie wir wirtschaftlich dastehen, wenn wir uns auf die Astrologie verlassen«, heißt die stereotype, immerhin salomonische Antwort.

Nichtsdestoweniger wird von den Unternehmern das, was dementiert und doch nicht dementiert wird, dennoch getan. Pro Orakelspruch von »40 DM aufwärts bis mehrere tausend Mark« - so die fast übereinstimmende Antwort mehrerer Wirtschaftsastrologen auf die Frage nach ihren Honorarsätzen - läßt sich die Unternehmerschaft von der mit ihrem Kapital in organischer Wechselbeziehung stehenden Sternenbahn leiten.

So sind die Planeten vielseitig anwendbar, als kosmischer Verfassungsschutz, als galaktische Entscheidungshilfe, als himmlischer Ratgeber in allen Lebenslagen. Aber die soziale Marktwirtschaft wäre ja nicht sozial, wenn nicht von dem riesigen Sternen-Weissagekuchen auch ein paar Krümel an die Unternommenen abfielen. Für sie gibt es das wöchentliche Illustriertenhoroskop.

Konkret 12/74, S. 23

Gabi Hendriksen

Frau Irene antwortet

Wenn der Mann betrunken nach Haus kommt, die Kinder verprügelt und Mutti vergewaltigt, dann fragt man Frau Irene um Rat. Frau Irene ist die Briefkasten-Tante einer großen Illustrierten. Oft ist sie ein Mann, ein promovierter Psychologe oder ein abgehalfterter - und dadurch lebensweise gewordener - Altredakteur. Gabi Hendriksen hat ausprobiert, wozu die Onkel und Tanten Irene fähig sind, wenn sie mit einem wirklich ausgefallenen Problem konfrontiert werden. Sie schrieb an Springers □ Hör zu□ , an Bauers □ Wochenend□ und □ Neue Revue□ , an Burdas □ Buntes Freizeit Magazin□ und an □ Für Sie□ aus dem Jahreszeiten-Verlag diesen Brief:

Ich schreibe Ihnen wegen einem sehr persönlichen Problem. Mein Alter ist 43 Jahre, mein Mann ist vier Jahre älter als ich. Wir leben in ordentlichen Verhältnissen, mein Mann verdient als Abteilungsleiter in einem Warenhaus genug, damit wir uns alles leisten können, was wir benötigen. Ich versorge den Haushalt und leite nebenbei einen Singkreis in unserer Kirchengemeinde. Wir haben nette Freunde und gehen auch schon mal aus. Da wir uns beide nicht um Politik kümmern, haben wir auch keinen Streit. Eigentlich hätte ich keinen Grund zur Klage, wenn sich mit meinem Mann nicht eine merkwürdige Veränderung vollzogen hätte: Nach fast 22 glücklichen Ehejahren verlangt er plötzlich, daß wir miteinander den Geschlechtsverkehr aufnehmen sollen! Als wir heirateten, hatten wir vereinbart, daß derartiges zwischen uns immer unterbleiben sollte. Meinem Mann kam es aus beruflichen Gründen sehr darauf an, verheiratet zu sein, ich wollte einen Lebensgefährten haben. Alles Sexuelle ist mir zuwider. Was soll ich nun machen? Ich möchte meine Ehe nicht aufs Spiel setzen, kann aber auch nicht dem Verlangen meines Mannes nachgeben. Ihm scheint es ernst zu sein. Neulich habe ich in seiner Aktentasche solche widerlichen Porno-Hefte entdeckt, aus Dänemark oder Holland. Wenn ich mich noch länger sträube, wird mein Mann vielleicht woanders das suchen, was ich ihm verweigere, obwohl er sehr schüchtern ist. Was können Sie mir in dieser Lage raten?

Konkret 12/74, S. 24

Bodo Zeuner

Das Geschwätz des Jahres

Über den »Gewerkschaftsstaat«

Die Propagandisten der Unternehmer unternehmen zur Zeit ein waghalsiges Experiment: Sie versuchen den westdeutschen Lohnabhängigen eine Vorstellung aufzuschwatzen, deren Schwachsinnigkeit sich für jeden täglich an seiner Lohntüte und an seinem Arbeitsplatz -wenn er noch einen hat - offenbart: Das Märchen von der »Übermacht der Gewerkschaften« und vom »Gewerkschaftsstaat«.

Kaum ein wirtschafts- oder gesellschaftspolitischer Leitartikel in der westdeutschen Unternehmerpresse - und das ist, da von Unternehmern beherrscht, fast die ganze Presse -, in dem nicht das Horrorbild eines die gesamte Wirtschaft und Gesellschaft kontrollierenden Gewerkschaftsmolochs beschrieben wird. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände baute in ihrer gesellschaftspolitischen Grundsatzerklärung vom August dieses Jahres die Gewerkschaften mit ihrem »Machtanspruch« und ihren »syndikalistischen Ambitionen« zum Hauptfeind einer »freien und marktwirtschaftlichen Ordnung« auf, und einige Kapitalisten und Kapital-Apologeten malen das Schreckgespenst in ganzen Büchern aus. Zwei Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wohin die ganze Richtung läuft:

Beispiel I: Jürgen Eick, Mitherausgeber der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« hat unter dem Titel »Wie man eine Volkswirtschaft ruinieren kann« ein Buch geschrieben, das in den Direktionsetagen der Unternehmen herumgereicht wird. Unter dem anmaßenden Anspruch, ein »Manual wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischer Kardinaluntugenden« zu liefern, hat er so etwas wie ein Lexikon reaktionärer Redensarten und Wehklagen produziert (»Alle in einer Firma, egal, welche Tätigkeit sie ausüben, sitzen in einem Boot«, »Es gibt in der Bundesrepublik keine Unternehmerfreiheit (i) mehr«, »ein Maximum an Demokratie stellt nicht zugleich auch ein Optimum dar« etc.) und dabei den Gewerkschaften einen bevorzugten Platz eingeräumt. Nach Eick ist es »ein Irrtum zu glauben, daß eine Demokratie mit Parlament, Regierung und Parteien noch möglich wäre, wenn die Macht der Gewerkschaft in Übermacht umschlägt«. Schon jetzt hätten die Gewerkschaften »in unserem Land eine Macht wie nie zuvor.«

Und worin besteht diese Macht? Zum einen in »ihren ureigentlichen Funktionen als Tarifpartner«, zum anderen »erteilen sie sich unentwegt in allen Fragen der Wirtschaft und der Politik, die für die Nation als Ganzes von Bedeutung sind, das Wort.« Dies sind die einzigen Begründungen für die These von der noch nie dagewesenen Macht der Gewerkschaften. Als Tarifpartner nämlich seien die Gewerkschaften dabei, voller »Unvernunft« zu fordern, »was absolut nicht drin« ist - Paradebeispiel ist 'der ÖTV-Streik vom Februar, .den Eick sich nur aus dem »Machtanspruch eines Mannes«, des ÖTV-Vorsitzenden Kluncker, erklären kann. Als Politischer Anwalt von Arbeitnehmerinteressen spielten die Gewerkschaften sich zu Unrecht auf, weil nur ein Teil der Arbeitnehmer Gewerkschaftsmitglied sei, und dieser illegitime Machtanspruch sei besonders gefährlich, weil sich unter den 518 Mitgliedern des Bundestages »250 Gewerkschafter« befänden.

Am meisten erregt den FAZ-Herausgeber aber die Vorstellung, daß »zu alledem die sogenannte paritätische Mitbestimmung hinzukommt«: »Das wäre ein Paradies für Gewerkschaftsfunktionäre. Nun hätten sie alle Unternehmen an der Strippe und könnten von den Gewerkschaftszentralen aus die Wirtschaft lenken, nach ihrem Sinne.«

Welche Klein-Fritzchen-Vorstellung der FAZ-Denker Eick übrigens von der gegen die Gewerkschaften zu verteidigenden parlamentarischen Demokratie verbreitet, zeigt der Satz: »Wenn die Politik der Bundesregierung dem überwiegenden Teil der Bevölkerung mißfällt, so kann sie den Kanzler und seine Minister abwählen«. Dieselben Leute pflegen sonst das imperative Mandat als Anschlag auf die Grundfesten unserer »Freiheitlich-demokratischen Grundordnung« zu brandmarken. Aber wenn es um den »Gewerkschaftsstaat« geht, ist ihnen nichts zu dumm.

Dies gilt auch für das zweite Beispiel, den Hamburger Großverleger Gerd Bucerius (»Die Zeit«, Teilhaber bei Bertelsmann und Holtzbrink). In seiner larmoyanten Rechtfertigungsschrift »Der angeklagte Verleger« klingt alles ein bißchen feuilletonistischer, manches entspringt sicherlich echter Naivität. Für Bucerius, der im Unternehmer das »anfeuernde« Moment einer »offenen Gesellschaft« sieht, sind die Gewerkschaften schon heute der eigentliche Souverän: »Es gibt hierzulande keine Macht mehr außer der ihren.« Daß Heinz Oskar Vetter mit gewerkschaftlichen Aktionen zur Durchsetzung der Mitbestimmung gedroht hat, führt Bucerius zu der Frage: »Welche andere Organisation in der BRD hätte die Kraft für eine solche Drohung Die Unternehmer selbst würden Hans-Günther Sohl auslachen, wenn er zu einem

Boykott der Wirtschaft durch die Unternehmer auffordern würde. Vierundzwanzig Stunden nach Sohls Drohung hätte der Staat die großen Unternehmen sequestiert - er würde es tun müssen, weil sich die Gesellschaft von niemandem unter Druck setzen lassen darf.« Wenn's so einfach wäre, gäbe es jeden Tag Anlaß zur Verstaatlichung aller Großunternehmen - aber lassen wir das.

Es lohnt nicht, die Unternehmerphantasien im einzelnen zu widerlegen. Soweit sie sich auf die gegenwärtige »Macht« der Gewerkschaften bezieht, genügt es festzuhalten, daß bei einer Arbeitslosenquote von über 2 Prozent (Kurzarbeit nicht mitgerechnet), bei durch Drohung mit Arbeitsplatzverlust erzwungener verschärfter Ausbeutung in den Betrieben (die Unternehmer frohlocken schon wieder, wie 1966/67, über einen Anstieg der »Arbeitsmoral«) und bei einer Reallohnsteigerung von einem Prozent (1973) von einer wirklichen »Macht« der Interessenvertretung der Lohnabhängigen nicht die Rede sein kann, zumal da eine durchschnittliche Senkung der Reallöhne im letzten Jahr nicht durch die Stärke der Gewerkschaftsorganisation, sondern gegen sie, in spontanen Streiks oder der Drohung damit, verhindert wurde.

Langfristiges Ziel der »aktiven Lohnpolitik« der Gewerkschaften ist die Umverteilung von Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer - aber in der gesamten Geschichte der Bundesrepublik sind sie dabei keinen Schritt vorangekommen, und in den letzten Jahren, so hat das gewiß nicht gewerkschaftsnahe Westberliner Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung festgestellt, hat sich die Schere zugunsten der Unternehmer weiter geöffnet: Die Nettoeinkommen der Selbständigen nahmen von 1968 bis 1972 im Jahresdurchschnitt nominal um 14 Prozent zu, die der Arbeiter, Angestellten und Rentner 9 bis 10 Prozent.

Und politisch? Wie steht es mit der Macht einer Organisation, die bisher keine der wesentlichen Forderungen ihres Grundsatzprogramms durchsetzen konnte, weder betriebliche noch überbetriebliche paritätische Mitbestimmung, weder eine »wirkungsvolle Ausgestaltung der Monopol- und Kartellkontrolle«, noch »die Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum« (DGB-Grundsatzprogramm von 1963)?

Interessanter und wichtiger für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung als die Widerlegung der dummdreisten Unternehmerpropaganda von der Gewerkschaftsübermacht ist die Frage, warum diese Propaganda bei einem Teil der westdeutschen Lohnabhängigen dennoch anzukommen scheint. Ein Indiz dafür ist z. B. die Niederlage des DGB bei den Sozialwahlen dieses Jahres: Bei den Angestellten wählten nicht einmal alle DGB-Mitglieder die Liste ihrer Organisation, und auch bei den Arbeitern, in den Ortskrankenkassen, gab es Einbrüche. Nutznießer waren fast immer sogenannte »Interessengemeinschaften«, die das Gerede vom »Machtanspruch« der Gewerkschaften für ihre Zwecke dienstbar machten.

Wie ist es möglich, daß westdeutsche Arbeitnehmer diesem Gerede Glauben schenken? Die Antwort scheint paradox: Die westdeutschen Gewerkschaften können gerade deshalb mit einem gewissen Erfolg als übermächtig hingestellt werden, weil sie sich in Wirklichkeit in einer Schwächeperiode befinden.

Diese Schwäche ist nur zum Teil mit der Wirtschaftskrise zu erklären. Daß die Unternehmer zur Zeit fast widerstandslos Löhne kürzen, das Arbeitstempo steigern und Arbeitsplätze wegrationalisieren können, liegt auch am Zustand der Gewerkschaften. Durch ihre Selbstverpflichtung auf die »Stabilitätspolitik« der Bundesregierung, auf »Orientierungsdaten« und auf die sogenannte »gesamtwirtschaftliche Vernunft«, die unter kapitalistischen Bedingungen immer die Vernunft des Kapitals ist, haben sich die Gewerkschaftsführer von den konkreten Interessen der Mitglieder und von den Aktiven in den Betrieben isoliert. Mit ihrem entschiedenen Auftreten gegen die spontanen Streiks von 1973, in denen sich viele Belegschaften gegen Reallohnabbau zur Wehr setzten, haben die Führungen zu Niederlagen beigetragen und viele Mitglieder in die Resignation getrieben.

Diese Isolierung der Führungsgruppen macht sich die Kapitalpropaganda jetzt in zynischer Weise zunutze, indem sie den angeblichen Machtanspruch dieser Führungsgruppen zur nationalen Gefahr stilisiert. In der »Gewerkschaftsstaat«-Propaganda ist nämlich stets nur von der Übermacht der »Funktionäre«, des »Gewerkschaftsapparats« die Rede, die Mitbestimmungskonzeptionen erscheinen als Ausgeburt des persönlichen Ehrgeizes einer kleinen Gruppe, und der wackere Eick stellt sich sogar einen Streik als Werk »eines machtbesessenen Funktionärs« vor: »Er kann der Bevölkerung Strom und Wasser abstellen; er kann die Straßen in Müll-Landschaften verwandeln . . .« usw.

Nun werden dem FAZ-Mann dies die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, die besser wissen, wer in diesem Februar gestreikt hat, nicht glauben; dennoch kann die Funktionärsverteufelung der Unternehmerpropaganda zur Zeit in fataler Weise an Erfahrungen anknüpfen, die aktive Gewerkschafter in den Lohnkämpfen der letzten Jahre mit der gegen sie gekehrten Machtausübung von Führungsgruppen gesammelt haben.

Die Unternehmerpropaganda von der Gewerkschaftsallmacht dient also einem doppelten Zweck: Sie soll einerseits die Entfremdung zwischen den Gewerkschaftern und ihrer Organisation noch vertiefen und damit den gewerkschaftlichen Widerstand weiter schwächen; sie soll andererseits von den wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Krise ablenken..

Wären die Gewerkschaften als Arbeitnehmerorganisation wirklich mächtig, dann würde die derzeitige Propaganda für das Kapital zu einem Bumerang. Wirklich mächtig können unter kapitalistischen Bedingungen nur diejenigen Gewerkschaften sein, die organisierter Ausdruck einer kampfstarken Arbeiterklasse sind, deren Führung die Aktionen der Basis verteidigt, koordiniert und vorantreibt, nicht aber blockiert - dies haben Erfahrungen in England und Italien in den letzten Jahren gezeigt. Wenn Führung und Basis nicht voneinander getrennt sind, dann hätte freilich auch das Gerede vom Machtanspruch der Gewerkschaften und vom Gewerkschaftsstaat wenig Sinn denn es wäre dann gleichbedeutend mit dem »Machtanspruch der Arbeiter« und dem »Arbeiterstaat«. - Wollten sie dagegen polemisieren, dann müßten die Unternehmer-Propagandisten sehr viel deutlicher enthüllen, wessen Machtansprüche und wessen Staat sie selber verteidigen.

Konkret 12/74, S. 26

Peggy Parnass

Frischwärts

Nach einem bekannten Verleger-Wort ist Redaktion der Quatsch, der zwischen die Anzeigen muß. Die Anzeigen-Verkäufer der großen Zeitschriftenverlage preisen den redaktionellen Teil deshalb auch gern als »anzeigenfreundliches Umfeld« an. Natürlich gibt es da Unterschiede, etwa zwischen Nachrichtenmagazinen und Modezeitungen. Das sauberste Umfeld aber bieten Zeitschriften wie» Schöner Wohnen«, »Selbermachen« oder »Vital, Gesundheit, Freizeit, Lebensfreude«. Das »Vital«-Novemberheft wirbt im redaktionellen Teil für »Frischzellen- Für 1000 Mark um Jahre jünger«. KONKRET-Autorin Peggy Parnass machte eine Frischzellen-Kur mit und berichtete darüber für »Vital«. Als ihr Beitrag erschien, erkannte sie ihn kaum wieder. Auf Rückfrage erfuhr sie, daß ihre Geschichte vor Abdruck dem Chef der Frischzellenklinik vorgelegt worden war. KONKRET dokumentiert, wie »Vital« aus einem realistischen Bericht ein Stückchen kritische Werbung machte. Alle kursiv gesetzten Passagen wurden von »Vital« gestrichen:

Daß ich mich als Versuchskaninchen für eine Frischzellentherapie anbot, um anschließend darüber zu schreiben, ist absolut kein Zufall. Die Arzte meinten zwar, ich sei zu jung, aber als freiberuflicher Journalist mit Untergewicht und Miniblutdruck war ich andererseits ständig so erschöpft und zerschlissen, daß ich mich wie hundert fühlte. Also doch ein geeignetes Objekt. Ich las Prospekte und unterhielt mich mit Experten. Fand heraus, daß die Spritzen zwar kein Jungbrunnen sind, aber durch und durch vitalisieren. Das heißt also, daß man sein Leben frisch und munter genießen kann, *bis man vital stirbt,* dachte ich.

Nun ist man ja nicht blöde und hört sich um. Ich habe genug junge Freunde, die Mediziner sind und habe mich mit fast allen über mein neues Thema unterhalten. Die reagierten wie fast die gesamte Schulmedizin. Mit Skepsis und Gelächter. Die meisten fragten mich, ob ich verrückt geworden sei. Genauso gut könnte ich ja zu einem Gesundbeter gehen oder nach Lourdes wallfahren oder meine Heilung durch Handauflegen erhoffen. Niemand riet mir zu. Im Gegenteil, manche sprachen sogar von einem möglichen Kollaps und anderen Scheußlichkeiten. Die Witze nahmen natürlich kein Ende. *Ich wurde gefragt, ob ich mich anschließend wie ein Cocktail schütteln würde, damit die Flüssigkeiten schön gemischt würden. Oder ob ich bewegungslos darauf warten würde, daß jede Flüssigkeit ihren Weg in das richtige Organ findet.* Ermutigend war das alles nicht.

Trotzdem fuhr ich in die mir empfohlene Privatklinik des Frauenfacharztes Dr. Grund am Großensee bei Trittau. Ideal, dachte ich, Schulmediziner, aber mit Mut und Interesse am Neuen.

Ich bekam die sogenannte Königssuite, ein riesiges Doppelzimmer, ganz für mich allein. Mit eigenem Klo, besonders modernem Bad und Garten. Alles sehr hübsch . . . Ich hatte wie alle Patienten Radio, Fernseher und Telefon im Zimmer. Nicht schlecht.

Am ersten Tag, also Sonntag, wurde ich untersucht. Außer Eisenmangel brachte ich meine Dauerleiden an. Migräne, Depressionen, Nackenwirbel- und Rückenschmerzen. Und eben Klapprigkeit und Erschöpfung auf allen Gebieten. Als Dr. Grund mir sagte, daß ich nach der Therapie wochenlang oder monatelang nicht in die Sonne und auch nicht in die Sauna dürfe (auf die Sauna kann ich zwar verzichten, aber auf die Sonne freue ich mich das ganze Jahr), wäre ich am liebsten wieder ausgerückt.

Wie gern hätte ich das ganze auf den Winter verschoben. Aber gesagt ist gesagt, und Termin ist Termin. Außerdem hatte ich von Sonntag- bis Montagvormittag, als dann gespritzt wurde, Zeit genug, rumzuhorchen, rumzufragen und vor allem mich dafür zu interessieren, warum es in so vielen Ländern verboten ist, die Frischzellentherapie anzuwenden. Nicht nur in Südafrika und Amerika, sondern auch in Skandinavien, wo ich ja herkomme und wo man normalerweise keine Angst hat, neue Dinge auszuprobieren. Es wurde mir nicht befriedigend erklärt. Mir war doch ziemlich mulmig zumute.

Das einzige, was meine Skepsis etwas beseitigte, war die Tatsache, daß Dr. Grund seine eigene Mutter, die , obwohl 76, nach wie vor seine aktive Mitarbeiterin ist, schon vor 7 Jahren als erste mit Frischzellen behandelte. *Danach, auch nach einem Herzinfarkt, noch zweimal. Eins ist klar, wäre er nicht von seiner Therapie überzeugt, oder würde er auch nur die geringste Gefahr darin sehen, dann hätte er sie nicht bei seiner Mutter, an der er sehr hängt, angewandt. So* war ich beruhigt.

Montagvormittags legte ich mich dann auf den Bauch und machte den Po frei. Man hatte mir netterweise vorher gesagt, daß es ein bißchen weh tun würde. Ich war also gewarnt. Von bißchen konnte aber nicht die Rede sein. Das tat so weh, *daß ich nur fluchte und schrie. Ich bin ja nicht gerade mutig.* Ich habe 11, sage und schreibe *elf Riesenspritzen* eingejagt gekriegt. *Eine nach der anderen. Schlag auf Schlag. Alle knallvoll Flüssigkeit. Insgesamt etwa 65 - 70 cbmm. Während ich weiter flach wie eine Flunder auf dem Bauch lag und wie ein Tier litt, wurde mir gesagt, was ich denn alles Feines bekommen hätte. Damit ich mich auch freuen könnte. Diese ganze Flüssigkeit vom ungeborenen Vieh war Plazenta, Ovar, Bindegewebe, Hirn, Leber, Niere, Herz, Milz, Knorpel - lauter gute Sachen. Und zuletzt Retina für die Augen. Wenn ich Glück habe, erspart mir das später den weißen Stock und einen Blindenhund.* Ich hatte vom Po ausgehend in beiden Beinen einen *irrsinnigen* Krampf und *total abgestorbene eiskalte Füße. Frau Ellen versuchte mir zu helfen, indem sie meine Beine massierte. Krampf und Kälte dauerten ungefähr 6 bis 7 Stunden.* Dann wurde mir glühend heiß, und ich fühlte mich ein bißchen besser. Nur schlapp, wie aus dem Wasser gezogen.

Ausgerechnet, als es mir am dreckigsten ging, kam der VITAL-Fotograf, um mein Elend für die Leser zu verewigen. Darüber konnte ich ja gar nicht mehr lachen. Die großen Pflaster wurden kurzerhand runtergezerrt, damit es auch was zu fotografieren gab. Bei dem Gedanken daran, mit einem völlig durchlöcherten Po in der Zeitung zu erscheinen, habe ich nur noch geheult.

In den nächsten Tagen, *in denen es mir saumäßig ging,* war mein einziger Trost, daß ich wie ein Kind behandelt wurde. Verwöhnt, verwöhnt, verwöhnt, Tag und Nacht. Ab 8 Uhr morgens und so oft ich Lust hatte, rund um die Uhr eigentlich, durfte ich die herrlichsten Säfte trinken, wurden mir die schönsten Puddinge auf Wunsch gemacht, Leckereien jeder Art hingestellt, Fisch, Fleisch, Salate - alles, was ich nur wollte. Stündlich. Ich kam mir vor wie im Schlaraffenland.

Ich hatte zwar einen eigenen Garten vor meinem schönen Zimmer, aber so weit wollte ich gar nicht. Daß ich vorher überlegt hatte, wie ich es bei dem herrlichen Wetter 3 Tage im Bett aushalten sollte, war total vergessen. Nach nur zwei Minuten Getappse ins Bad kroch ich wieder zurück ins Bett und konnte nicht mehr japsen. War nur dankbar, liegen zu dürfen. Unfähig, mich zu bewegen. Sitzen kam sowieso nicht infrage - aus gutem Grund.

»Dieser Zustand kann noch etwas anhalten. Sie dürfen nicht so ungeduldig sein«, tröstete mich der Arzt», *nehmen Sie doch anschließend 4 Wochen Urlaub, das braucht man dann.« Können vor Lachen! Ich muß arbeiten.*

Unglaublich gepäppelt fuhr ich Freitagabend wieder nach Hause. *Trotzdem leider ohne ein Gramm zugenommen zu haben. Ich sah zum Kotzen aus. Viel elender als vorher. Schon am Samstag mußte ein Notarzt kommen, weil mir so schlecht war. Und in den nächsten drei Tagen gaben sich zwei weitere Ärzte die Klinke in die Hand. Leider konnte ich zu Hause nicht mehr Stilliegen. Eine Untersuchung ergab, daß mein Blutzucker von 120 auf 50 gesunken war, während mein Kreislauf, der auch vorher nicht berühmt war, jetzt nur noch 90 - 50 brachte. Ich war also permanent an der Grenze eines Kollapses.* Da rief ich, *das Schlimmste vermutend,* in der Klinik an. Von Dr. Grund wurde mir erklärt, daß ich mir gar keine Sorgen machen muß. *Daß es nicht abnorm sei, daß es mir so schlechtginge. Vor allem, weil ich ja wieder arbeitete.* Mir wurde auch gesagt, daß gerade eine so heftige Reaktion ein gutes Zeichen sei und darauf hinweist, daß bald auch die positive Wirkung besonders stark sein würde. *Mit anderen Worten, je stärker die negative Reaktion auf die Spritzen ist, desto stärker ist angeblich anschließend die positive.*

Ich werde mich überraschen lassen. Noch geht es mir zwar belämmert. Aber mal sehen, was in einem Monat ist. Ich bin schon wieder optimistisch.

Konkret 12/74, S. 27

Filme im Dezember

Vorsicht zuvor: Wir empfehlen auch gepriesenen Mist; denn erstens läßt sich auch vom Dümmsten noch was lernen und zweitens setzt die wahre Liebe zum Kino auch Haß auf Mittelmaß und damit Kenntnis voraus. Wem das zu viel ist, richte sich nach den Sternchen, um Zeit, Geld und Ärger zu sparen.

Karl May. Regisseur Hans-Jürgen Syberberg (»Ludwig") stilisiert den alternden Volksschriftsteller zum Mittelstandsmessias, der von wilhelminischen Heuchlern ans Kreuz geschlagen wird. Die Passion dauert drei Kinostunden, in denen nach dem Motto May - Mayer - am maysten eindrucksvolle Bildvisionen mit papierenen Vorträgen und Rezitationen wechseln. Also Butterbrote mitbringen. Zusatzinformation: Bazon Brock, schon häufig mit Blindheit geschlagen, trieb auch ..das May'sche Ende von Sehnsucht und Heimweh die Tränen in solchen Stürzen aus den Augen. daß ich stehenbleiben mußte, weil ich nichts mehr sah«.

Jeder für sich und Gott gegen alle. Klare und wahre Verfilmung des Kaspar-Hauser-Stoffes durch den bewährten Jungfilmer Werner Herzog (‚Auch Zwerge haben klein angefangen«). Der tumbe Tor als einziger Mensch unter verschmockten Bürgersleuten, die ihn schließlich abmurksen und in die Anatomie fahren. Vom faszinierenden Hauptdarsteller Bruno S. muß man wissen, daß ihn 23 Lebensjahre in Heil- und Erziehungsanstalten für die Findlingsrolle abgerichtet haben, und wenn man das weiß, fragt man sich, ob es recht war, daß der Regisseur auf dieser »Idealbesetzung« bestanden hat.*

Der große Gatsby von Jack Clayton nach F. Scott Fitzgerald in den Sand gesetzt, beweist aufs neue, daß ein Buch zum Film bisweilen mehr erquickt als ein Film zum Kotzen.

Der Untergang Japans. Die Amerikaner kurbeln noch an ihren teuren Katastrophen - die Japaner sind schon fertig: Die (denkbare) Fiktion vom großen Erdbeben, das Nippon unwiderruflich von der Landkarte putzt, hat Regisseur Shiro Moritani mehr illuminiert als inszeniert: Statt einer spannenden Handlung gibt's bengalische Flammen und wirklich gute Weltuntergangstricks. Wem das reicht...

Stoppt die Todesfahrt der U-Bahn 123. Hinter dem idiotischen Titel verbirgt sich der Thriller »Pelham 1, 2, 3« von Joseph Sargent, in dem Gangster eine New Yorker U-Bahn klauen und an dem Hollywood (mit Walter Matthau) noch einmal vorführt, was Detailgenauigkeit ein guter Plot und eindringliche Kamera bewirken können: Schönen Nervenkitzel.*

Lebendig begraben. Das Pendel des Todes. Der Untergang des Hauses Usher. Drei Horror-Klassiker nach Edgar Allan Poe vom Hollywood-B-Filmer Roger Cormann kommen wieder. Mit Vincenprice. Und mit viel Atmosphäre. Und im Grunde ein Cremeschnittchen neben den Sado-Greueln aus Andy Warhols Factory. Aber gerade darum so schön wie Arsen in der Teetasse eines Temperenlers.*

S.P.Y.S. Ein Spionage-Jux von Irvin Kershner, bei dem es hoffentlich genügt, wenn man mal kurz davor warnt.

Konkret 12/74, S. 27

Gerald Mackenthun

Bericht zur Zage der Nation

Der Film spielt mitten im 20. Jahrhundert, welches man ja das Atomzeitalter nennt, wirft uns aber um Jahrhunderte zurück. Präziser: Wir leben bewußtseinsmäßig im Mittelalter, während die Zeit mitsamt Technologie, medizinischem Fortschritt und wissenschaftlichen Erkenntnissen spurlos an uns vorübergegangen ist.

Oder welche Zeit ist das, bitte, in der Löffelverbieger hochgejubelt werden, in der einem Fußballstar von einem Wunderheiler geholfen wird, in der Lesbierinnen der Schauprozeß gemacht wird, in der eine Unzahl von Mitmenschen nach dem Würfel-Horoskop der Regenbogenpresse lebt, in der der Papst den Teufel mit Schwanz und Hörnern beschwört, in der jedes Jahr eine neue Expedition nach Loch Ness aufbricht, in der in England und ähnlich zivilisierten Gebieten der Erde tausende von Teufelsaustreibern mit dem Segen der Kirche ihr legales Handwerk betreiben? So besehen ist der Film ein etwas ungewöhnlich aufgemachter Bericht zur Lage der Nation. Nichts weiter? Leider doch.

Denn die wissenschaftlichen Erkenntnisse sind eben nicht spurlos vorübergegangen, sondern werden voll angewendet. Allerdings nicht wie ursprünglich geplant zur Emanzipation der Menschheit von Aber- und Irrglauben, Schuld- und Angstgefühlen. Sondern um Abhängigkeiten aufrecht zu erhalten, zu verstärken, um dem Irrationalen, dem Unerklärlichen, auch dem Lächerlichen einen Stammplatz im Oberstübchen zu erhalten. Was heißt, sie ernst zu nehmen, als ‚wahr` zu erachten.

»Der Exorzist« ist ein raffiniertes, nach allen Regeln der psychologischen Kunst ausgefeiltes Programm, den Zuschauern Angst- und Schuldkomplexe einzujagen.

Theoretisch sind die Methoden von William Fredkin rationalisierbar und durchschaubar. Aber eben nur theoretisch, denn er wendet eine perfide Methode an, die, als sie sich in Hollywood und im amerikanischen Fernsehen (wo sonst?) breitmachen wollte, mit Verachtung bestraft wurde und eigentlich als ausgerottet galt: einzelne Einstellungen sind manchmal so kurz präsentiert, daß für den Zuschauer gerade Zeit bleibt, die Situation oder die Szene wahrzunehmen, aber keine Zeit, das Optische zu verarbeiten, auf sich wirken zu lassen, sich vom Bild und vom Schrecken zu distanzieren, Blut als Ketchup und Tränen als Vasilin zu erkennen.

Schrecken wird nicht verarbeitet und wird auch nicht vom nächsten Schrecken abgelöst, sondern verdichtet sich.

Von den »üblichen« Horrorfilmen unterscheidet der »Exorzist« sich auch dadurch, daß er im 20. Jahrhundert spielt, in einer modernen, technisierten Welt. Psychiatrie und Neurologie werden als existent anerkannt, versagen aber darin, die »Krankheit« des jungen Mädchens zu heilen.

Begleitmusik, die den Grusel konventioneller Horrorfilme zum großen Teil erzeugt, gibt es nicht. An ihre Stelle sind Geräusche des Alltags getreten, die aber doppelt so laut präsentiert werden, wodurch sie im Film etwas Irreales erhalten. Der Gag ist nun, daß diese wohlvertrauten, eben nur etwas lauten Geräusche mit dem Unerklärlichen gekoppelt werden, mit den Aktivitäten des Teufels im Mädchen. (Einfaches Beispiel: wenn der Gott-sei-bei-uns erscheinen will, bleibt die Uhr stehn.) Der Effekt: Alltägliche Vorgänge und Geräusche in unserer Umgebung lösen Angst, zumindest Schrecken und Aufmerksamkeit aus und lassen dazugehörige Bildfetzen aus dem Film in der Phantasie erscheinen. Bei sehr sensiblen Naturen sind auch Halluzinationen nicht ausgeschlossen. (Die Uhr bleibt stehen, also . . .)

Außerdem hat die Unberechenbarkeit, mit der der Außerirdische seine parapsychologischen Phänomene produziert, ein dramaturgisches System: in ganz ruhigen Szenen jault ganz unvermutet ein infernalisch-aggressiver Krach, den die vom Leibhaftigen geplagte 13-jährige von sich gibt. Die Verfremdung des Mädchens, das Bärenkräfte entwickelt, grüne Stinksoße speit und mit versoffener Grölstimme Zoten und Flüche redet, weckt Unheimlichkeiten um so mehr, als sie am Anfang als zartes, sensibles und liebebedürftiges Kind geschildert wird. Die Unerklärlichkeit dieses Vorganges ist das Gemeine, noch mehr die fehlende (spätere) Erklärung.

Die Vampire und Frankensteine früherer Jahre hatten ihre festen Verhaltensregeln. Man wußte, sie reagieren allergisch auf Knoblauch, man wußte, was sie wollen, wie sie dazu kommen und wie man sie fertig machen kann. Man darf getrost um das Opfer und seine Harm- und Wehrlosigkeit zittern und bekommt als Belohnung ein ehrlich verdientes Happyend. Im Gegensatz dazu läßt Fredkin den Kinogänger am Unerklärlichen sich grausen, das nicht nur in Grüften und in verfallenen Ruinen zu finden ist, sondern überall, auch in der eigenen Wohnung, wo es jeden treffen kann.

Ich rate jedem ab, in den Film zu gehen, wegen der verheerenden Wirkung auf die psychische Verfassung. Andererseits - der Film ist ja gerade deswegen so interessant, weil er anscheinend für viele andere interessant und beeinflussend ist. Wer reingeht, sollte sich aber im klaren sein, daß er innerhalb von zwei Stunden selber zu den Beeinflußten, den Abhängigen, den Abgestumpften, den Angeknacksten gehören kann.

Denken wir daran: Jesuitenpater waren Sachverständige für die Dreharbeiten; die Kirche, besonders die katholische, hat ein immenses Interesse daran, den Glauben an den Teufel und ähnlichen mittelalterlichen Schwachsinn am Leben zu erhalten. Denn sie weiß genau: geht der Teufel zum Teufel, geht es auch mit dem lieben Gott und der Kirche zu Ende.

Konkret 12/74, S. 28

Rüdiger Bloemeke

Drogen, Suff und Industrie

Über Joe Cocker

Wohl kein zweiter Sänger der zeitgenössischen Rockmusik hat so viele massierte, spekulativ auf die Gunst der Stunde abgezielte Auftritte hinter sich und mußte gleichzeitig so offensichtliche Mißerfolge einstecken wie Joe Cocker. Dabei hat es dem Engländer an Hits nie gefehlt. Songs wie »A little help from my friends«, »Feeling alright«, »Delta Lady« und »High time we went« brachten ihm eine Anhängerschaft, die bislang noch jede seiner Langspielplatten millionenfach kaufte.

Welcher Manager sieht da nicht volle Kassen, überfüllte Auditorien vor Augen? Dreimal innerhalb eines Jahres ließ Cocker sich von seinem Management durch die USA jagen. Keine der bekannten Rockarenen ließ man aus. Er trat in Newport auf, in Woodstock, selbst in Tulsa, Oklahoma. Joe Cocker hat vor seinen Fans gesungen, bis ihm die Stimme versagte. Bis er im Frühjahr 1970 nach der im Film »Mad Dogs and Englishmen« festgehaltenen Gewalttour mit einem Nervenzusammenbruch in seine Heimatstadt Sheffield zurückkehrte. Mit einem Reingewinn von 862 Dollar und ohne seine »Grease Band«, die längst unterwegs in die Brüche gegangen war. Den Profit müssen andere gemacht haben.

Über zwei Jahre lang mied Cocker sein Publikum, um - wie er sagte - »frische Luft zu atmen und wieder klar zu denken«. Der Comeback-Versuch 1972 aber offenbarte, daß er nicht die erhoffte Selbstsicherheit gefunden hatte. Nicht im Suff und nicht durch Drogen. Richter in Adelaide verurteilten ihn wegen Drogenmißbrauchs zu einer Geldstrafe und machten der Tournee durch Australien ein frühzeitiges Ende. Joe Cocker verschwand wieder in der Versenkung.

Daß es ein Aussteigen aus dem Showgeschäft für Cocker nicht geben würde, solange sich seine Platten verkaufen, war klar. Was machte es schon, daß seine Kreativität ausgelaugt war, seine Stimme nicht mehr die richtigen Töne traf? »Seine Fans haben erstaunlicherweise zu ihm gehalten«, resümierte Bob Garcia, Sprecher der amerikanischen Firma A&M, die jetzt die neue Cocker-LP »I can stand a little rain« herausbrachte. Eine neue Platte - eine neue Tournee? In einer Zeit, in der Bob Dylan mit Konzerten Millionen scheffelt, Elvis auch außerhalb Las Vegas auftritt, Crosby, Stills, Nash&Young durch die USA ziehen, könnte auch Cockers Stunde wieder gekommen sein. Cocker hat denn auch laut A&M ganz aus eigenen Stücken darauf gedrungen, einmal wieder, wenn auch vor kleinem, ausgewähltem Publikum zu singen.

Veranstalter der Show: A&M Records. Ort: Das Roxy Theater auf dem Sunset Boulevard in Hollywood. Schon eine halbe Stunde vor Beginn der »special performance« sind gut 400 der 450 Plätze des Roxy besetzt. Eingeladen sind Vertreter der Musikindustrie und Journalisten. Elitärer Chic in weiblicher und männlicher Variante. Man hat den »Großen Gatsby« gesehen. Jetzt fehlt noch Cocker.

Linkisch tritt Cocker an das Mikrophon. Seine Arme ragen deplaciert aus dem weißen T-Shirt, rudern um den untersetzten Rumpf. Mit glasigen Augen starrt Joe Locker vor sich hin. Keine Anheizer bereiten das Publikum auf seine Show vor. Er ist sofort gefordert und verpatzt die erste Nummer »Put out the light«, kann nicht in dem Tempo der Band mithalten, röhrt Unverständliches ins Mikrophon. Applaus ist ihm trotzdem sicher. Er rettet sich in eine Ballade: »You are so beautiful to me«, fängt sich, versucht den nächsten Rock und grölt wieder hinter der Band her. Die Stimme wirkt schwach - wie eine Locker-Parodie.

Die Band beginnt die ersten Takte von »A little help from my friends«, doch Cocker unterbricht sie. Die alten Hits, die ihm den Ruf des größten weißen Blues-Sängers einbrachten, mag er nicht mehr singen. »Ich konnte nie richtig verstehen, warum«, erinnert sich sein einstiger Bassist Alan Spenner, »es war so, als ob er sich schäme . . ., ja, als fürchte er alles, was er jemals gesungen hat.« Was er im Roxy an diesem Abend singt, sind größtenteils Titel der neuen LP. Jimmy Webbs »It's a sin when you love somebody« überläßt er schon bald dem Chor. Der Star des Abends hockt am Boden, hält sich an seiner Bierflasche fest und versucht bekannte Gesichter unter den Zuhörern auszumachen. Der Ansager nimmt ihm schließlich die Frage ab: »Ist hier jemand, den Joe kennt? Er möchte es gern wissen.« Die Band versucht sich durch Soli zu profilieren. Verpatzte Einsätze haben sie restlos verärgert. Joe schwankt ums Mikrophon, greift nach seinem Bier, rauft sich die verschwitzten Haare, kumpelhaft aus der Menge angefeuert: »Hey Joe!«

Nach dem Titel »Where am I now when I need me« - so mag sich Cocker wohl gefühlt haben - verschwinden die Musiker. Auf abgedunkelter Bühne bleibt der Sänger allein hocken. Mit ihm wartet das Publikum, um zu sehen, was der Betrunkene noch anstellen könnte. »Come sing the blues with nie«, bittet er. Dann zuckt er mit den Schultern: »No Pianoplayer!« Noch ein lallender Versuch, etwas zu improvisieren, dann geht auch er.

Für Garcia liegt der Fall klar: Cocker hat die letzten Jahre damit verbracht, sich vollaufen zu lassen (von Drogen schweigt er), was kann man von dem noch erwarten? Das Versagen als Ergebnis der Trunksucht, andersherum kann er es nicht sehen. Selbst wenn Cocker nie wieder auftreten sollte, seine Platten werden sich weiter verkaufen. Alle haben abgesahnt und werden es weiter tun. Ein Vertrag verpflichtet Cocker zu sieben weiteren Langspielplatten. Garcia: »Es reicht, wenn Cocker ein guter Studiomusiker bleibt.« Und wenn er, wie jetzt für »I can stand a little rain«, vierzehn Monate braucht, um eine Platte aufzunehmen. Was macht das?

Konkret 12/74, S. 28

Platten im Dezember

»Deutsch-Rock«, seit Jahren fester Bestandteil der internationalen Popszene, wird immer progressiver. Seine besten Vertreter gehören heute bereits in Sound und Aussage zur Avantgarde. Vor allem Lokomotive Kreuzberg und Floh de Cologne haben dabei eindeutige politische und ideologische Positionen bezogen. Mit der Chile-Kantate »Mumien« ist den Flöhen jetzt eine Symbiose von Hard-Rock, Folklore und Agitprop gelungen. Ausverkaufte Häuser auf der gegenwärtigen BRD-Tournee markieren diesen Erfolg. Die um Vridolin Enxin verstärkte Gruppe realisiert kontrapunktisch verstehbare Gegenüberstellungen, die durch Text und Musik Empörung provozieren und gleichzeitig politische Einsichten vermitteln.

TMB

In Hamburg erzählt man sich ernstlich, Hollywoods Film »Der Clou« sei nach dem gleichnamigen Liedchen Gottfried Böttchers entstanden. Wen wunderts, daß auf dem Cover der *LP□ Re□ □□ e□ hb□* das Stück als Knüller angepriesen wird. Die Rentnerband (Mitglieder verschiedener Hamburger Formationen) selbst verkündet gar, daß auch der Jazz gar nicht aus Amerika komme: »Nicht irgendein Neger im Westen/Erfand den Jazz, den satten,/Vater Brahms gab ihn zum besten. Damals in den Riverkasematten«. Lache, wer kann. So lustig ist die Rentnerband. Ja, ja in Hamburg tut sich was. Da gibt es jetzt eine Szene. Besonders bei »Onkel Pö«, wo die Rentnerband spielt: PipiJazz. Ihre großen Vorbilder: Spießbürgers Wum (»Thölke«), Kleinkinds Krümelmonster (‚Kekse«), Englands Scaffold und Bonzos, sämtliche auch im Original erhältlich.

rb

Es gab einmal eine Zeit, da bekam man von den Stones Doppelalben fürs Geld. Warum das heute nicht mehr so ist? Dafür muß wohl die Ölkrise herhalten. Wer »It's only Rock'n Roll« gehört hat, weiß mehr: Denen fällt nichts neues mehr ein. Deshalb meinen schon viele in der Gruppe *Wi□ hb□ □ e A*die Stones-Ablöser zu entdecken, zumal deren Doppel-LP »Live Dates« (im fahrbaren Stones-Studio mitgeschnitten) eine Live-Atmosphäre vermittelt, wie man sie von Mick Jagger und Co schon lange nicht mehr kennt. Aber auch Wishbone Ash hat mit der neuen, rechtzeitig zur Tournee erschienenen Studio-Produktion »There's The Rub« nur Bekanntes reproduziert. Neu allerdings Gitarrist Laurie Wisefield, der Ted Turners Stelle einnahm. Freaks werden das raushören.

rb

Konkret 12/74, S. 29

Iring Fetscher

Rumpelstilzchen und die Frankfurter Schule

Was, so wird man fragen, soll denn Rumpelstilzchen mit Theodor W. Adorno zu tun haben oder mit Max Horkheimer? Wie mir scheint, eine ganze Menge. Wollte ich mir die Sache leichtmachen, würde ich darauf hinweisen, daß für Ausländer der Name Rumpelstilzchen so schwer auszusprechen wie die Dialektik Hegels zu verstehen ist. Aber es gibt noch mehr Zusammenhänge, und nicht bloß oberflächliche.

Das Märchen vom Rumpelstilzchen spielt offenbar im Zeitalter des Merkantilismus, als die Könige wie besessen waren auf Erzielung eines Überschusses an Gold und Silber im eigenen Lande und als sie Unsummen dafür ausgaben, künstlich Gold zu machen. Damals sperrte der sächsische Kurfürst den Alchimisten Böttger ein, damit er Gold erzeuge; der aber erfand das Porzellan und verschaffte der kurfürstlichen Manufaktur einen noch heute von seinen politischen Erben benutzten Exportartikel. In dieser Zeit steckte die kapitalistische Marktwirtschaft in ihren Anfängen und konnte ihr Geheimnis noch nicht durchschaut werden. Von diesem Geheimnis erzählt das Märchen vom Rumpelstilzchen.

Ein wichtigtuerischer Mann, der sich bei seinem König beliebt machen wollte, behauptet, seine Tochter könne Stroh zu Gold spinnen. Prompt wird die Tochter eingesperrt und soll eine ganze Kammer Stroh in Gold verwandeln. In ihrer Hilflosigkeit springt ihr »ein kleines Männchen« bei, das die Arbeit für sie erledigt. Wer ist das? Ein Alchimist? Ein Zauberer? In Wahrheit kann es niemand andres gewesen sein als der »Geist des Kapitalismus« oder »das Wesen der kapitalistischen Warenproduktion«, der »sich selbst vermehrende Wert«. Das alles freilich in einer unentwickelten, von magischen Wesen kaum zu unterscheidenden Gestalt.

Natürlich kann man aus Stroh Gold machen. Man muß es nur - mit Hilfe von Lohnarbeit - verwandeln und die so erzeugte Ware auf einen geeigneten Markt bringen, wo sie sich in Geld (Gold) eintauschen läßt. Es ist auch möglich, diesen Prozeß zu beschleunigen, indem man im Hinblick auf den künftig zu erzielenden Profit einen Bankkredit aufnimmt, oder einen Wechsel auf einen Schuldner ausstellt. Das Märchen zieht diese Vorgänge metaphorisch in eine Nacht und ihre Arbeit zusammen, wodurch wohl der > undurchsichtige Charakter« des wirtschaftlichen Mechanismus der Mehrwertproduktion angedeutet werden soll.

Der Erfolg der ersten Nachtarbeit läßt die Begehrlichkeit des Königs nur noch mehr wachsen, und er sperrt das Mädchen abermals, diesmal in einen größeren Raum mit mehr Stroh, ein. Wiederum kommt ihm das kleine Männlein zu Hilfe und > spinnt alles Stroh zu Gold«. Als es aber in der dritten Nacht wiederkommt und das Mädchen vor einem noch größeren Strohhaufen sitzt, fordert das Männlein für seine Arbeit als Lohn das erste Kind, das es zur Welt bringen werde. In seiner Not - der König hatte ihm nämlich den Tod angedroht, falls es nicht mit der Arbeit fertig würde, sonst aber seinen Sohn als Mann in Aussicht gestellt - verspricht es diese Gabe und kann am Morgen wiederum eine ganze Kammer voll Gold vorweisen.

Mit seiner unmenschlichen Forderung gibt sich das kleine Männlein zu erkennen, als menschenbluttrinkender Geist des Kapitalismus zeigt es seine bestialische Seite. Auf der Ausbeutung von Lohnarbeitern und auf der Entmenschlichung von Unternommenen wie Unternehmern beruht ja dieses - damals noch junge Wirtschaftssystem. Wer sich ihm mit Leib und Seele hingibt, so kann man das Versprechen des Mädchens deuten, verzichtet damit auf Mutterfreuden wie auf Freundlichkeit und Liebe, der muß hart und unerbittlich werden, wie es das kleine Männlein schon ist.

Bis hierhin ist das Märchen realistisch, jenseits dieses Punktes beginnt seine optimistische Utopie. Das Mädchen erhält den Königssohn zum Gemahl, und nach einem Jahr gebiert es einen Sohn. Eines Nachts kommt das kleine Männlein und fordert das Kind. Auf Bitten und Flehen der Mutter willigt es aber ein, auf sein Recht zu verzichten, falls es ihr gelinge, binnen einer Woche seinen Namen zu erraten. In zweifacher Hinsicht ist dieser Bericht utopisch.

Einmal kann der > Geist des Kapitalismus«, der kalten Rechenhaftigkeit, des Prinzips des formalen Äquivalententauschs, gar nicht Ausnahmen zulassen und auf sein Recht verzichten. Strengstes Recht (z. B. Schuld- und Wechselrecht) ist die notwendige Voraussetzung eines berechenbaren Geschäftsgangs, wo es nicht existiert, kann sich der Kapitalismus auch nicht entfalten. Zum anderen aber ist es vollends utopisch anzunehmen, das bloße »Beimnamennennen« könne seinen

Zauber bereits brechen und Menschlichkeit wiederherstellen.

Beides aber ereignet sich im »Rumpelstilzchen«. Zwar nimmt der Märchenerzähler an, daß Rumpelstilzchen -seines unaussprechlich-schwierigen Namens wegen - fest an die Unmöglichkeit des Erratens glaubt, aber immerhin stellt sein Versprechen doch ein Aufgeben des strengen Wechselrechts dar. Das Mädchen hat ihm gleichsam einen Wechsel auf das erstgeborene Kind ausgestellt, den das Männlein ordnungsgemäß am Verfallstag präsentiert hat und auf dessen Honorierung es nun - wenn auch unter, wie es meint, nicht zu erfüllenden Bedingungen - verzichtet.

Durch den Zufall, daß ihr Späher Rumpelstilzchen belauscht und aus seinem eigenen Munde den Namen erfährt, gelangt die junge Prinzessin in den Besitz seines Geheimnisses und kann es aussprechen. Damit wird es von seiner vertraglichen Verpflichtung frei und kann leben, als ob es sich nie mit dem » Geist des Kapitalismus« eingelassen hätte.

Und die »Frankfurter Schule«? Ihr kritisches Schlüsselwort heißt zwar nicht > Rumpelstilzchen«, sondern verzaubernde Macht der warenproduzierenden Wirtschaft, Warenfetischismus, Geldschleier oder so ähnlich, aber wie das zur Prinzessin aufgestiegene Mädchen im Märchen vom Rumpelstilzchen, glaubt (oder glaubte) sie fest daran, daß es genüge, diesen Namen in kritischer Absicht auszusprechen, um sich vom Druck der alles beherrschenden Produktionsweise wenigstens im Bewußtsein, und dort lebt die Schule natürlich vor allem - zu befreien. Die Magie des kritischen Wortes hat das Märchen überlebte). Und wer hat der Schule das Geheimnis ausgeplaudert? Rumpelstilzchen selbst, der kapitalistische Geist in seinen ätherischsten und sublimsten Erscheinungsformen in Philosophie, Kunst, Musik und Literatur. Die sensiblen Späher der Schule haben ihn belauscht und sprechen unerschrocken sein Geheimnis aus. Vergessen wir nicht, daß schon das seinerzeit nicht immer gefahrlos war.

1) *In der »Dialektik der Aufklärung« von Max Horkheimer und Th. W. Adorno, Amsterdam 1947, findet sich im Essay »Mensch und Tier«, der von Max Horkheimer stammt, ein Passus, der die Bedeutung des »erlösenden Spruchs« (also des Zauberwortes »Rumpelstilzchen«) zwar nur für die stumme und vernunftlose Welt der Tiere beschreibt, gewiß aber auch für die verzauberte Welt der kapitalistischen Produktionsweise gemeint ist: »So bannt Mangel an Vernunft das Tier auf ewig in seine Gestalt, es sei denn, daß der Mensch, der durch Vergangenes mit ihm eins ist, den erlösenden Spruch findet und durch ihn das steinerne Herz der Unendlichkeit am Ende der Zeiten erweicht« (S. 297).*

Aus dem Märchen-Verwirrbuch von Iring Fetscher, Claassen Verlag GmbH, Düsseldorf

Konkret 12/74, S. 30

Post

Verdammt froh, daß es Euch wieder gibt, kaufte ich das erste Heft und bin mit dem Text-Inhalt auch hochzufrieden. Als Bildfüller gibts keine Nacktgirls, das ist gut. Stattdessen aber Frankieboys - oh Graus-Ironie hin Ironie her. Bitte: Wenn in Zukunft Bilder im Posterformat drin sind, dann vielleicht ein gelungenes Staeck-Poster! A propos Format: So fuhr ich denn heim, stolz mein KONKRET in der Hand (Straßenbahn, Doppelbank) und jetzt will ich das Ding aufschlagen -die Hälfte fällt herunter (Kontrolleur trampelt drauf rum) Nebensitzer wird unwillig, bekommt meinen wehausholenden Arm in die Seite und dann später in der Kneipe sehr ähnlich: KONKRET lesend kann ich dann nur noch mit Genossen ins Lokal, die müssen dann gewillt sein, die obligatorische Mitleserei mitzumachen, wenn ich meine linke Wundertüte aufgefaltet habe. Gut, ich weiß, das ist alles Formatmist, aber die frische Rote muß unters Volk! Und das muß halt ein Blatt zum »Hinlangen« sein, denn merke, es gibt »Sotte an Sotte«, und »Sotte«, die sich nicht von der Aufmachung blenden lassen, sind seltener.

Konrad Götz,

Stuttgart

Jedem sein bißchen Böll. Der anonyme KONKRET-Autor des Wienand-Nachrufs bzw. Nachschrei-Krampfs mochte da wohl nicht fremd gehen. Nur: Bölls Frage an Wehner (»Und wissen Sie immer noch nicht, daß ein Begriff wie Moral immer nur gegen Ihre Partei, nie gegen *die* verwendet werden darf?«) wirkt überaus naiv, wenn Sie dem Leser vorenthalten, daß Heinrich Böll diesen Satz schrieb, als er sich für die von mir bei Desch herausgegebenen »Alarmierenden Botschaften - Zur Lage der Nation« vorstellte, was Shaw dem Wehner hinter die Ohren geschrieben hätte. Der Brief ist übrigens zehn Seiten lang, und daß KONKRET ihm eine Rosine aus dem Zusammenhang reißt, ist genauso schlimm, als wenn ich nur den Schluß des Briefes an Wehner zitieren würde: »Sollten Sie je den Ehrgeiz verspüren, auch einmal eine internationale Organisation gründen zu wollen, so schlage ich Ihnen vor: gründen Sie ein Weltinstitut zur Lenkung wirtschaftlicher Absurdität, und regen Sie als erste Maßnahme an, daß man die Autos, die man nicht mehr los wird, in die Hungergebiete exportiert unter dem Slogan Im Auto stirbt sich's leichter.«

Ist's vermessen zu sagen, daß wir KONKRET genauso nötig haben wie Böll und Wehner?

Ulrich Greiwe,

München

Es ist sehr zu begrüßen, daß KONKRET wieder erscheint. Ist es doch die einzige Zeitung, die -wie Beate Klarsfeld richtig erkannt hat, daß die sogenannte Bundesrepublik »Deutschland« ein Nachfolgestaat Hitlerdeutschlands ist.

Werner Dietz,

Hamburg

Das neue KONKRET hat es verstanden an die alte Form von 1972 anzuknüpfen. Eine einheitliche politische Linie und ein Stil, der trotz langer Artikel nie ermüdet, verhindern die üblichen Krämpfe beim Lesen äquivalenter Publikationen. Selbst die Zusammenstellung der Artikel rechtfertigt den Anspruch , Zeitschrift für Politik und Kultur« voll. Das neue Format ist überraschend angenehm zu lesen es gibt einen komplexeren Eindruck der einzelnen Artikel. Verwirren mußte (?) mich allerdings der Name Blüm. War der Artikel des SPD-MdB Hansen noch rhetorisch und politisch annehmbarer Stil und die Betrachtung von Nenning eine offene Meinungsäußerung, so war die Kolumne des CDU»Linken« Blüm wohl mehr ein »Schuß in den Ofen«, um gleich im Sprachniveau des konservativen Reformers zu bleiben. Ein solcher, die Taktik der Reaktion gut verdeutlichender Artikel, gehört nicht in eine sozialistische, oder zumindest »linke« Zeitschrift. (Auch die besten Bekanntschaften müßten ihre Grenzen haben!)

Thomas Regnietz,

Hamburg

Vier Pluspunkte vergebe ich an das neue KONKRET:

1. Es ist gut gemacht.

2. Es ist - stellenweise witzig.

3. Es steht was drin.

4. Es ist als Klopapier für die Hintern der Reaktion nicht saugfähig genug.

Bleibt, Genossinnen, Genossen (um bei Degenhardt zu bleiben) die publizistische Gretchenfrage: Und wie haltet Ihrs mit der betrieblichen Mitbestimmung? Da entscheidet sich doch wohl konkret, wie glaubwürdig KONKRET ist.

Sigi Lehmann,

Wetter

Gut, daß es KONKRET neu gibt! Eine vernünftige linke Zeitschrift ohne Sex. Die Artikel im neuen KONKRET sind im großen und ganzen gut am interessantesten die Diskussion zwischen Degenhardt und Steffen. Man merkt sofort: KONKRET wird wieder *die* linke Zeitschrift in der BRD!

Reinald Wohlert,

Dortmund

KONKRET ist wieder erstanden und doch nicht. Die erste Nummer signalisiert, daß Schwächen, Fatalitäten und Fehler der Ära Röhl korrigiert werden sollen. Das erste Editorial verkündet, in KONKRET sollen sich »die Linken . . . (nicht) gegenseitig die Köpfe einschlagen«. Das hört sich gewiß gut an, aber klänge noch besser, wenn wir Leser wüßten, wer und was für Euch »links« ist, bzw. ‚demokratisch links«. Nachdem Hermann Gremliza gesagt hat, wovon er »nicht ausgeht«, sollte er uns klar wissen lassen, wovon er ausgeht - und: wohin er gehen will. Ist dies auch Basis und Richtung des KONKRET-Kollektivs (oder gibt es das nicht)? Im Überblick gefiel mir vieles in der ersten Nummer, (besonders die express«-Rubrik dürfte didaktisch gut sein). Vermeidet aber hoffentlich, hoffentlich eine Personalisierung, wie sie das Titelblatt ankündigt.

Jens Wagner,

Würzburg

Früher wußte ich nie, was das eigentlich ist, »links« zu sein, wie ja Sie sich und Ihre Postille bezeichnen, jetzt aber, nachdem ich mein erstes und zugleich auch letztes KONKRET erworben und gelesen habe, weiß ich es: »Links« sind solche Leute, denen die rechte Hälfte des Gehirns fehlt u. . umgekehrt, also geistige Krüppel, zu denen ich auch ein bundesweit bekanntes »Telefonferkel« zähle, welches sicher bald bei Ihnen schreiben wird.

Dieter Rieckmann,

Hildesheim

Also, irgendwie finde ich es ja hinterfetzig, den Dr. Blüm als Kolumnisten zu gewinnen und ihm Katzer auf 's Titelblatt zu collagieren, übrigens ungekonnt wie die ganze Frontseiteman fragt sich nach dem ersten Blick, seit wann trägt der Wehner eine Soutane, ehe man nach intensiver Durchdringung des Bildes den verbissenen Münchner Kardinal erkennt.

P. J. Bock,

Köln

Habe Nr. 1 von KONKRET gekauft und beginne mit Interesse zu lesen. Weitermachen, aber mit der Sprache auf dem Teppich bleiben, damit es alle verstehen, um was es geht. Auf geht's.

Hans Reitberg,

Husum

Sehr geehrter Herr Professor Fetscher! Weil es mich interessierte, habe ich am Kiosk die Oktobernummer der wiedererstandenen Zeitschrift KONKRET erworben. Ihre graphische Gestaltung gefiel mir, so blieb es denn nicht aus, daß ich auf Seite 26 Ihren Artikel »Die Bremer Stadtmusikanten« oder »Die erste gelungene Hausbesetzung durch ein Rentnerkollektiv« las. Darin steht so ziemlich am Ende zu lesen: Bremen aber gehörte von 1715 bis 1810 zum Königreich

Hannover, das in Personalunion mit der englischen Krone verbunden war.« Wäre dieser Satz eindeutig witzig gemeint, so hätte ich ihn gerne gelesen. Ich vermute allerdings, ich hätte Sie dann mißverstanden. Bleibt zu bemerken:

1. Das Königreich Hannover wurde auf dem Wiener Kongreß aus der Taufe gehoben. Der war vermutlich nach 1810.

2. Bremen ist seit mehr als 700 Jahren freie Hansestadt. Man kann auch sagen, es ist die älteste Demokratie der Bundesrepublik. Hannover oder Niedersachsen gegenüber hat nie eine staatsrechtliche Abhängigkeit bestanden.

3. Der hannoversche Kurfürst und spätere britische König Georg I. erwarb in der Tat zwischen 1715 und 1719 ein Bremen, das aber mit der heutigen Stadt nur mittelbar zu tun haben dürfte: Das Herzogtum Bremen, das im Besitz des Erzbischofs von Bremen-Hamburg war, nach der Reformation säkularisiert wurde und im Westfälischen Frieden an Schweden kam. Dieses Herzogtum umfaßte so etwa die Gegend des Regierungsbezirk Stade.

Vermutlich wird dies nicht der einzige Leserbrief sein, der meint, Ihnen diesen nicht gerade kleinen Fehler nachweisen zu müssen. Ich habe ihn aber nicht um eines Ätsch-Effektes willen geschrieben, sondern in der Hoffnung, daß ein Professor, der so kapitale Böcke zu schießen fähig ist, dem unbekannten Prüfling gegenüber Milde zu gewähren willens ist.

Wilfried M. Neidmann,

Berlin

Ich kann Ihre Zeitung für 1975 nicht abonnieren, weil 1. Ich in U- und S-Bahn (1 1/4 Std.) nicht damit fertig werd, 2. sie im Bett nicht zu lesen ist, 3. zu »Konkret« mal Nackedei gehören.

Eugen Vogt,

Hamburg

Der Schmidt-Titel von KONKRET und der Blick in die Erosbinsen bei »Jemen dort« macht den Unterschied zwischen Euch und Eurem Vorbesitzer auch optisch klar: Einmal der Kopf und einmal der Arsch der Bewegung.

Marcus Hoegner,

Kassel

Konkret 12/74, S. 31

Toms Mots

radikalauer

Während die Sozialdemokraten noch immer um ihre 51 Prozent feilschen, denkt Franz Josef schon wieder an 99,9 Prozent.

Er war links und sie hatte auch 'ne Boutique.

Der Deutsche Reederverband hat die unternehmerische Initiative ergriffen, das Risiko zu wagen, die privatwirtschaftliche Struktur der Schiffahrt mit Subventionen zu erhalten.

Der Automobilindustrie wäre schon sehr geholfen, würden alle Käufer von Neuwagen zu einem Zusammenstoß nach mindestens zwei Jahren verpflichtet.

Franz Strauß möchte nur einen Tag Kanzler sein, und sei es unser letzter.

Die Massen sind wirklich schwer von K.P.

Er schnallte seine Brettln unter, lief einmal über den See und ließ sich nach dem so verrichteten Wunder auf Lebenszeit als Heiliger aushalten.

Meine Damen und Herren, auf der Autobahn bei Frankfurt in Fahrtrichtung Süden staut sich der Verkehr jetzt schon auf über acht Kilometer Länge - Ursache dafür ist wie immer die zögernde Abfertigung durch die DDR-Behörden.

Von einem linksfaschistischen Rentner wurde der einstige SS-Mann Ludwig Hahn während seines Massenmordprozesses durch einen Regenschirmschlag verletzt, der arme Kerl.

»Und Sie wollen, meine Dame, nichts zu verzollen haben?«, wunderte sich der Mann vom Zoll und nahm die Hand aus ihrer Hose, »mir scheint, Sie schmuggeln Muschis?«

Besuch der alten Freundin

»Weißt du noch«, erinnerte die, nach all den Jahren immer noch attraktive, doch verschleierte Dame ihren einstigen Freund, in dessen Büro sie unangemeldet aufgetaucht war, »weißt du noch, wie wir damals zusammen... ach, diese übermütigen Tollereien im Himmelbett, die durchzechten Nächte, die fröhlichen Orgien, das waren noch Zeiten, was?« Und, sein Knie streichelnd, fuhr sie fort: »Erst neulich hat mich ein gutgelaunter Herr vom BND mit einem Stapel Fotos aus jener Zeit aufgesucht, ja, es sind schöne Erinnerungen, doch ich finde, sie gehen nur uns beide und sonst niemanden etwas an. Meinst du nicht auch?« Und so kam es, daß der Kanzler diskret, doch energisch die Untersuchungen und Veröffentlichungen über die Tätigkeit des BND einzustellen hieß.

Das Mißverständnis

»Ich möchte«, bestellte der Gast »eine Blonde und eine Flasche Sekt.«

»Die Dame kommt sofort«, entgegnete der Ober, »leider haben wir im Moment keinen Sekt. Darf's etwas anderes sein?«

»Na schön«, sagt der Gast, »dann nehme ich eine Rote.«

»Verzeihung«, erklärte der Ober, ‚Blonde können Sie reichlich bekommen, nur mit dem Sekt hapert es, verstehen Sie, mit dem *Sekt.* Whisky?«

»Ja, ja, ich versteh' schon«, erwiderte der Gast, »ich warte eben, bis ein Mädchen frei ist, und fang' schon 'mal mit dem Sekt an.«

»Mein Herr«, beteuerte der Ober, »bei den Damen können Sie frei wählen nur statt des Sektes muß ich Ihnen etwas anderes bringen, vielleicht . . .«

»Ist in Ordnung«, sagte der Gast, »bringen Sie mir nun endlich den Sekt - bumsen kann ich ja auch anderswo.«

Der Humanist

»Hör'n Sie 'mal«, sagte der junge Mann zur Verkäuferin in der Haushaltsabteilung, »es ist nicht so, daß ich als Mann nun . . . verstehen Sie, aber meine Frau meint, und hat sie ja auch recht, daß wir nun ezipamiert, ne, ezipaniert, also, Epaminondas - sehen Sie, ich bin Akademiker, wie heißt denn das Wort, na - sagen doch mal: also wir sind emanitoupiert, epizamaniriert, verdammt, ich will 'ne Abwaschbürste.«

Die Dauerwurst

In einer ersten Stellungnahme zum Beschluß des Kabinetts sagte Prof. Carstens: »In einer normal funktionierenden Demokratie wäre der betroffene Minister zurückgetreten.«

In der Tagesschau erklärte Oppositionsführer Carstens am Abend . . . Vor den Abgeordneten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion betonte Carstens am Vormittag . . . In einer Rede vor der Industrie- und Handelskammer . . . Im Gespräch mit Vertretern der Landwirtschaft . . . In einem Interview des ZdF . . . Gegenüber dem Westdeutschen Rundfunk . . . in einer Unterredung mit dem auf einem Fahrrad sitzenden Minister . . . im Verlaufe seines Gesprächs mit dem an der Wand lehnenden Minister bekräftigte Carstens seine Ansicht, in einer normal funktionierenden Demokratie müsse der betroffene Minister zurücktreten.

Nach einer Woche hatte er bei den verschiedensten Anlässen 134 Mal erklärt, in einer normal funktionierenden Demokratie müsse der Minister zurücktreten. In einem Interview der »Bild am Sonntag« sagte Carstens auf die Frage, ob in einer normal funktionierenden Demokratie der Minister hätte zurücktreten müssen, kurz: »Ja!«; antwortete einem Wähler, der sich über die wiederholte Forderung beschwerte, in einer normal funktionierenden . . . und schließlich meinte er auf die Frage, was er von der CDU halte: »In einer normal funktionierenden Demokratie wäre der betroffene Minister zurückgetreten.«

Carstens hat Recht: das Linksregime in Bonn ist demokratisch unzuverlässig, denn in einer normal funktionierenden Demokratie wäre Prof. Carstens bestenfalls Leierkastenmann.

Ein Unterschied

Herr B., ein Buchhalter, hatte beim Konkurs seiner Bank alle Ersparnisse und das Vertrauen in die Marktwirtschaft verloren. Ihn schimpfte man daher einen Systemverränderer. Derweil erholte sich der Vorstandsvorsitzende der Bank vom Schock der Pleite auf seiner Jacht im Mittelmeer. Ihn bedauerte man als Unglücksraben.